

# politicum

Josef Krainer Haus  
Schriften

Modell Steiermark  
in Diskussion

3

**Dr. Hans BINSWANGER**  
Universitätsprofessor für Nationalökonomie an der Hochschule St. Gallen, Schweiz

**Dr. Rudolf BRETSCHNEIDER**  
Geschäftsführer des Institutes für Markt- und Meinungsforschung, FESSEL + GfK

**Dr. Johann EDER**  
Assistent am Hygiene-Institut der Universität Graz

**Dipl.-Ing. Franz FASCHINGER**  
Geschäftsführer der Diözesankommision für Welt-Kirche und Entwicklung

**Detlef HARBICH**  
Chefredakteur der „Südost-Tagespost“

**Dipl.-Ing. Heiner HERZOG**  
Leiter der Abteilung „Bildung“ in der Landwirtschaftskammer, Graz

**Dr. Gerhard HIRSCHMANN**  
Geschäftsführer des Modell Steiermark

**Herwig HÖSELE**  
Pressereferent der ÖVP Steiermark

**Dr. Lindi KALNOKY**  
Geschäftsführerin der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz

**Dkfm. Dr. Herbert KRAUS**  
Universitätsprofessor an der Universität Graz und wissenschaftlicher Direktor der Österreichischen Akademie für Führungskräfte, Graz

**Dipl.-Ing. Herbert PAIERL**  
Institut für Umweltforschung, Graz

**Dr. Manfred PRISCHING**  
Universitätsassistent am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Graz

**Dr. Bernd SCHILCHER**  
Landtagsabgeordneter, Universitätsprofessor am Institut für bürgerliches Recht, Graz

**Dr. Stefan SCHLEICHER**  
Universitätsprofessor am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Graz

**Dipl.-Ing. Dieter SCHOELLER**  
Landesgeschäftsführer des Steirischen Volksbildungswerkes

Gerhard Hirschmann  
Modell Steiermark — Steirische Reform-Kost aus Herz und Hirn 5

Herwig Hösele  
Der Polit-Wecker rasselt weiter 6

Herbert Paierl und Dieter Schoeller  
Alternativen — vom Programm zur Aktion 8

Herbert Kraus  
Das Unbehagen des Bürgers an der Bürokratie 10

Lindi Kalnoky  
Grau in Grau: Nur „Wohnungsfrau“? 13  
Heiner Herzog  
Kompetenzüberschreitung in Sachen „Frauenthema“ 15

Franz Faschinger  
Internationale Verantwortung — ein neuer Anlauf 16

Manfred Prisching und Stefan Schleicher  
Die Frage nach unserer „Energiezukunft“ 18

Johann Eder  
Konfliktfeld Steirische Umweltpolitik 20

Rudolf Bretschneider  
Neue Selbständigkeit 22

Hans Binswanger  
Wege aus der Wohlstandsfalle 26

ad Rote Markierungen II:  
Detlef Harbich 33

Ein Dokument der Ratlosigkeit  
Bernd Schilcher 35

Merk's ÖVP  
Literaricum:  
Sterz stellt sich vor 37

Ex libris politicis 41

Herausgeber: Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Redaktion: Dr. Gerhard Hirschmann

Eigentümer und Verleger: ÖVP Steiermark, für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Kapfer, alle 8045 Graz, Pfeifferhofweg 28

Grafische Gestaltung: Georg Schmid

Druck: Styria, Graz, Schönaugasse 64

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus, Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

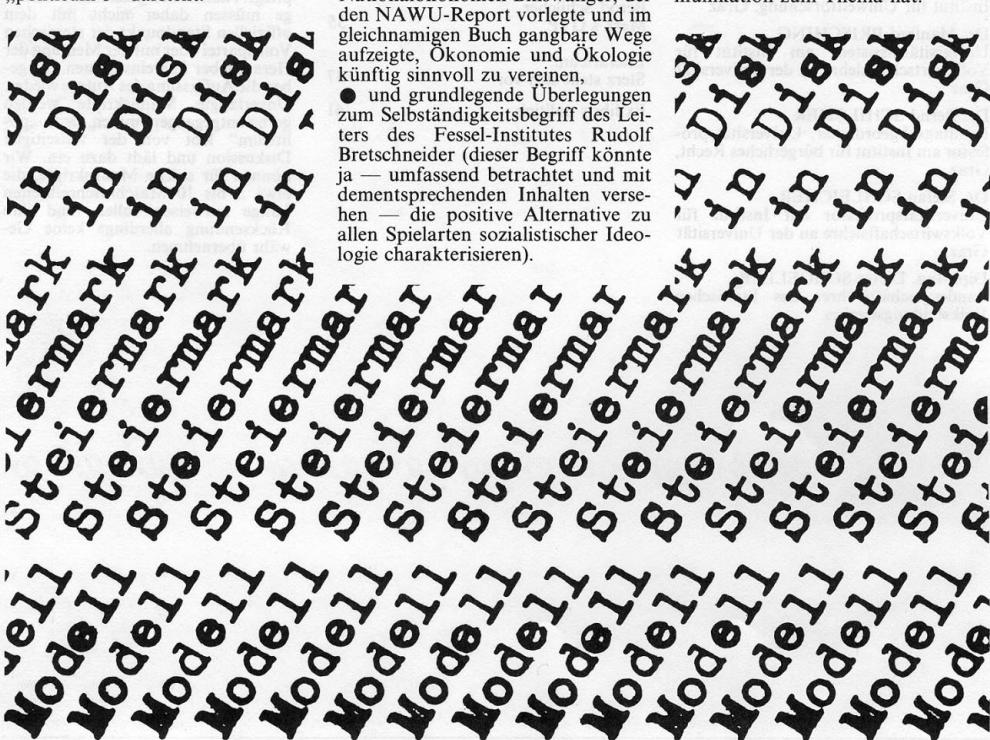


„politicum“ versteht sich als Zeitschrift, die die offene Diskussion pflegt. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen daher nicht mit dem offiziellen Standpunkt der steirischen Volkspartei oder mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen. Sie geben die Auffassung des Autors wieder. Unverlangte Manuskripte werden gerne entgegengenommen, denn „politicum“ lebt von der vielseitigen Diskussion und lädt dazu ein. Wir können für solche Manuskripte, die etwa 3 bis 10 Maschinschrifte Seiten Länge aufweisen sollen, und ihre Rücksendung allerdings keine Gewähr übernehmen.

# EDITORIAL

„E in Medium dieser vorurteilsfreien, anregenden Diskussion ist auch die zu Jahresbeginn ins Leben gerufene Zeitschrift des Josef-Krainer-Hauses „politicum“. Hier werden einerseits Arbeitsergebnisse dokumentiert, aber andererseits insbesondere auch Überlegungen zu brisanten neuen Themen geäußert. Mit „politicum“ kann es künftig auch gelingen, einem bundesweit oft beklagten Mangel an offenen theoretischen Informationsorganen (unserer Partei) Abhilfe zu schaffen. Vor allem in der Arbeit im Josef-Krainer-Haus und im „politicum“ werden viele junge kritische Geister positiv wirksam, die auch über unsere neue Modell-Steiermark-Initiative für die programmatische und politische Arbeit unseres Landes eine wesentliche Bereicherung sind.“

Diese Aussage von Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl anlässlich der festlichen Eröffnung des großzügigen Erweiterungs- und Neubaus des Bildungszentrums Josef-Krainer-Haus haben wir nicht nur des Lobes wegen zitiert, das wir natürlich gern hören und das uns Verpflichtung ist, sondern vor allem auch, weil sie zugleich eine Brücke zu „politicum 3“ darstellt.



In dieser Ausgabe sind Beiträge von verantwortlichen Denkern dieser neuen großen programmatischen Modell-Steiermark-Initiative abgedruckt. Es handelt sich hierbei nicht um einen repräsentativen Querschnitt, wohl aber um einen Ausschnitt aus dem Geist, der diese wohl ungewöhnlichste und zugleich konsequenste Grundlagen- und Pro grammarbeit Österreichs prägt (zu seiner Philosophie: siehe den Artikel des Modell-Steiermark-Geschäftsführers Dr. Gerhard Hirschmann). Es wird Einblick gegeben in die Ideenwerkstatt des Modells Steiermark, in die Art und Weise der Diskussion und Aktivität, in die Gedanken und Überlegungen, in die Anläufe zu neuen politischen Theorien für die achtziger Jahre und ihre Umsetzung in die Praxis.

Diese Gesinnung der neuen Modell-Steiermark-Initiative wird auch laufend in Fachingenüten sichtbar. Es ist daher konsequent, auch zwei wichtige Referate von Gastreferenten dieser Enquêtes abzudrucken, die das Modell Steiermark mit bereichern: ● die „Wege aus der Wohlstandsfalle“ des bedeutenden Schweizer Nationalökonomens Binswanger, der den NAWU-Report vorlegte und im gleichnamigen Buch gangbare Wege aufzeigte, Ökonomie und Ökologie künftig sinnvoll zu vereinen,

● und grundlegende Überlegungen zum Selbständigkeitssatz des Leiters des Fessel-Institutes Rudolf Bretschneider (dieser Begriff könnte ja — umfassend betrachtet und mit dementsprechenden Inhalten versehen — die positive Alternative zu allen Spielarten sozialistischer Ideologie charakterisieren).

In den diesmal recht ausführlichen Buchbesprechungen ist folgerichtig ebenfalls ein starker Akzent auf die Untersuchung eines „Modells“ gelegt, das allerdings wesentlich fragwürdigere Resultate brachte — des österreichischen Modells der Sozialdemokratie. Zum zehnjährigen Alleinregierungs- und Hauptverantwortungsjubiläum Bruno Kreiskys legte Heinz Fischer als Herausgeber neue „rote Markierungen“ vor. Professor Bernd Schilcher, zu Recht immer wieder als einer der Chefdenker der Volkspartei apostrophiert, und der Chefredakteur der Südost Tagespost, Detlef Harbich — bekannt als brillanter Leitartikler und Essayist —, analysieren diese Markierungen.

„Literaricum“ wiederum präsentiert ebenfalls ein eigenständiges Modell, und zwar aus der steirischen Kulturszene. Die Deutschlandsberger Gruppe „Sterz“ stellt sich auf vier selbstgestalteten Seiten vor.

Abschließend ein Hinweis auf das Herbstprogramm von „politicum“: im September die Nummer „Arbeit“, zum Nationalfeiertag eine „Zeitgeschichtenummer“ und um Weihnachten eine Ausgabe, die die Kommunikation zum Thema hat.

Hier sei gleich eine historische Kurznotiz über **STEIERMARK** und **Steiermark** in der österreichischen Presse der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgeführt. Die **Steiermark** war damals ein wichtiger Teil des österreichischen Staates und eine der wichtigsten Wirtschafts- und Handelsregionen des Kaiserreichs. Die **Steiermark** war eine der ältesten und am längsten bestehenden Provinzen Österreichs und eine der wichtigsten Industrie- und Handelsregionen des Kaiserreichs. Die **Steiermark** war eine der ältesten und am längsten bestehenden Provinzen Österreichs und eine der wichtigsten Industrie- und Handelsregionen des Kaiserreichs.

Letzte Notiz über **STEIERMARK** und **Steiermark** in der österreichischen Presse der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist eine Kurznotiz über **STEIERMARK** und **Steiermark** in der österreichischen Presse der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

# Die neuen Modell-Steiermark-Arbeitskreise

## 1 „ARBEITSPLATZ“

Vorsitzender:  
Kammerrat Paul Burgstaller  
Angestelltenbetriebsrat und Vorsitzender der  
Arbeitsgemeinschaft verstaatlichte Industrie  
Berichterstatter:  
Univ.-Ass. Mag. Dr. Franz  
Bekerle  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz

## 2 „INVESTITIONSPOLITIK“

Vorsitzender:  
Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz  
Berichterstatter:  
Univ.-Ass. Mag. Dr. Michael  
Steiner  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz

## 3 „LÄNDLICHER RAUM“

Vorsitzender:  
Vizepräs. Bgm. Rupert  
Buchberger  
Berichterstatter:  
Landessekretär Hermann  
Schützenhöfer  
Österr. Arbeiter- und Angestelltenbund

## 4 „NEUE SELBSTÄNDIGKEIT“

Vorsitzender:  
LAbg. Dr. Friedrich Pfohl  
Berichterstatter:  
Dir. Dr. Christian Sedlitzky  
Bundesgeschäftsführer des Management Clubs

## 5 „DIE SOZIALE TAT“

Vorsitzender:  
Bundesrat Waltraud Klasnic  
Berichterstatter:  
Dipl.-Ing. Helmut Strobl

## 6 „GESUNDHEITSVORSORGE“

Vorsitzender:  
Univ.-Doz. Dr. Karl  
Harnoncourt  
Vorstand der II. Med. Abteilung des LKH Graz  
Berichterstatter:  
Dr. Alois Baumann  
Leitender Chefarzt-Stellv. der Gebietskrankenkasse Graz

## 7 „ALTERNATIVE LEBENSFORMEN“

Vorsitzender:  
Dipl.-Ing. Dieter Schoeller  
Berichterstatter:  
Dipl.-Ing. Herbert Paierl  
Institut für Umweltforschung

## 8 „INTERNATIONALE VERANTWORTUNG“

Vorsitzender:  
LAbg. Univ.-Prof. Dr. Bernd  
Schilcher  
Berichterstatter:  
Dipl.-Ing. Franz Faschinger  
Diözesankommission für Weltkirche und Ent-  
wicklung

## 9 „DEMOKRATIEREFORM“

Vorsitzender:  
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mantl  
Institut für öffentliches Recht, Politikwissen-  
schaft und Verwaltungswissenschaft  
Berichterstatter:  
Dr. Gerd Novak  
IMUD — Institut für Meinungsforschung und  
Demoskopie in Graz

## 10 „BÜRGER UND BÜROKRATIE“

Vorsitzender:  
Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Herbert  
Kraus  
Wissenschaftlicher Direktor der Österreichischen  
Akademie für Führungskräfte, Universität Graz  
Berichterstatter:  
Dr. Gerhard Unger  
Büro für Bürgerinitiativen der Stadt Graz

## 11 „DER UMGANG MIT DER ENERGIE“

Vorsitzender:  
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Stefan  
Schleicher  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz  
Berichterstatter:  
Univ.-Ass. Mag. Dr. Manfred  
Prisching  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz

## 12 „BAUEN UND WOHNEN“

Vorsitzender:  
LAbg. W. Hofrat Dipl.-Ing.  
Hermann Schaller  
Berichterstatter:  
Dipl.-Ing. Dr. Wolfdieter  
Dreibholz  
Architekt

## 13 „VERKEHR“

Vorsitzender:  
LAbg. Gen.-Dir. Dr. Helmut  
Heidinger  
Berichterstatter:  
cand. Ing. Manfred Uttenhaller  
Technische Universität Graz

## 14 „UMWELT“

Vorsitzender:  
LAbg. Johanna Jamnegg  
Berichterstatter:  
Dr. Hans Eder  
Hygiene-Institut der Universität Graz

## 15 „KUNST UND KÜNSTLER“

Vorsitzender:  
Günther Waldorf  
Berichterstatter:  
Dr. Heimo Steps  
Leiter des Afro-Asiatischen Instituts in Graz

## 16 „LEHR- UND LERN- INHALTE“

Vorsitzender:  
Präs. Hofrat Dr. Eduard Moser  
Berichterstatter:  
Dr. Anneliese Frantsits  
Professor für Humanwissenschaft und Sonder-  
pädagogik an der Pädagogischen Akademie  
Graz

## 17 „FRAUEN IN FAMILIE UND BERUF“

Vorsitzender:  
Dr. Lindi Kalnoky  
Geschäftsführerin der Steirischen Gesellschaft  
für Gesundheitsschutz  
Berichterstatter:  
Dipl.-Ing. Heinrich W. Herzog  
Abteilungsleiter für Bildung und Kultur in der  
Land- und Forstwirtschaftskammer Graz

## 18 „ALTER UND GESELLSCHAFT“

Vorsitzender:  
LAbg. W. Hofrat Prim. DDr. Gerd  
Stepantschitz  
Berichterstatter:  
Dir. Dr. Erna Hansemann  
Leiterin der Akademie für Sozialarbeit in Graz

## 19 „JUGEND UND POLITIK“

Vorsitzender:  
Dr. Alfred Grinschgl  
Landesobmann-Stellvertreter der Jungen ÖVP  
Steiermark  
Berichterstatter:  
Red. Herwig Hösele

## 20 „SPORT“

Vorsitzender:  
Vzbgm. Dipl.-Ing. Franz Hasiba  
Berichterstatter:  
Prof. Josef Mundigler  
Pädagogische Akademie in Graz

## 21 „LEBEN IN GEMEINSCHAFT“

Vorsitzender:  
Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr.  
Hanns Koren  
Berichterstatter:  
Dipl.-Ing. Fritz Breitfuß  
Wirtschaftsleiter der Katholischen Hochschul-  
gemeinde in Graz

# MODELL STEIERMARK – STEIRISCHE REFORMKOST AUS HERZ UND HIRN



in unabhängiger Journalist der grünen Mark hat das „Modell Steiermark“ bei der Präsentation der neuen Initiative im Herbst 1979 die bunte „Ideenküche“ der steirischen Volkspartei genannt. Vergleiche hinken bekanntlich, haben aber ihre richtigen Ansätze: Es geht tatsächlich um Delikates, Würziges, Steirisches, wie auch Internationales, im besonderen um Reformkost. Schließlich um Lebenswichtiges: Küche hat ja mit Nahrung zu tun und diese zählt zu den elementarsten Grundbedürfnissen der Menschen. Und — Programmarbeit, umfassendes Nachdenken über die Zukunft, zählt heute mehr denn je zur lebensnotwendigen Nahrung einer zukunftsorientierten Partei. Getreu dem Motto: „Nichts ist praktischer als eine gute Theorie.“

Hier sei gleich eine historische Einblendung gestattet. Das „Modell Steiermark“ ist nicht erst ein Kind unserer Tage, entstanden inmitten der langen Schlange der Computermodelle, in der Folge der ersten Schock-Reports des „Club of Rome“. Es waren die heute schon als goldenes Zeitalter anmutenden 60er Jahre, die den damaligen steirischen Landeshauptmann, Josef Krainer, etwas stutzig machten. Und einmal mehr gelang den Steirern mit der Installierung des „Modells Steiermark“ eine Pionierat, die weit über unsere Grenzen Beachtung und schließlich auch mehr oder weniger gelungene Imitationen gefunden hat. Als nämlich nach mehrjähriger intensiver Denk- und Diskussionsarbeit im Jahre 1972 unter dem Nachfolger Krainers, Landeshauptmann Friedrich Niederl, die Ergebnisse dieses Modells der Öffentlichkeit präsentiert worden waren, war die Überraschung eine doppelte:

Erstmals hatte eine Landespartei ein umfassendes Programm ihrer politischen Zukunftsvorstellung vorgelegt und zum zweiten war dieses Programm nicht für einen billigen Wählerfang gerade für eine bevorstehende Wahl ausgelegt, sondern es war als politisches Langzeitprogramm für die gesamten 70er Jahre konzipiert.

Einblendung Nr. 2: die fatale Wechselbeziehung Programm/Schublade. Also die berechtigte Frage „Was soll's?“ Unzählige Protokolle des steirischen Landtages sind unbestechliche Zeugen davon, wie sehr das „Modell Steiermark“-Gedankengut die politische Arbeit in der Steiermark im vergangenen Jahrzehnt geprägt hat. Ein umfangreicher „Modell-Steiermark“-Bericht konnte bereits im Jahre 1976 die — immer wieder zu Recht geforderte — Umsetzung in die Tat nachweisen.

Zugegeben, das eine oder andere an Forderungen und Zielen konnte der Konfrontation mit der Realität (noch) nicht standhalten. Die Zukunft bringt eben vieles anders, als man sich das so mit dem Bleistift in

der Hand hin und wieder vorstellt. Denken wir beispielsweise nur an den Bereich der Energie oder des wirtschaftlichen Wachstums insgesamt, hier sind uns gerade in den letzten Jahren so manche Schuppen von den Augen gefallen. Auf ein völlig neues Lebensgefühl in all seinen Facetten und Schattierungen sei hier nur andeutungswise hingewiesen.

Gerade in dieser veränderten Problemsicht war es nur konsequent, daß im Herbst 1979 Landeshauptmann Friedrich Niederl und der geschäftsführende Parteiobermann, Josef Krauner, den Startschuß zu einer großen „Modell-Steiermark“-Initiative für die 80er Jahre gaben. Seither werden in 21 Arbeitskreisen (Sie finden die Themenstellungen und die Namen der Vorsitzenden und Berichterstatter nebenan abgedruckt) alle für unser Land wichtigen Fragen erörtert und mutige, vielfach wohl sehr unbekomme Forderungen formuliert.

Einblendung Nr. 3 erweist sich jetzt unumgänglich: Die mehr als 400 ständigen Mitarbeiter in diesen 21 Arbeitsgruppen sind durchaus mehr als nur ein Signal der Offenheit der steirischen Volkspartei. Mehr als die Hälfte dieser großen Mitarbeiterzahl sind weder Funktionäre noch Mitglieder der Volkspartei. Sie garantieren ein gnadenloses Denken und Diskutieren ohne Ärmelschoner. Es befinden sich darunter einige der besten Vertreter der steirischen Hochschulen, ebenso wie viele sogenannte „einfache Menschen“, Betroffene, Junge, Alte, Frauen, Arbeiter, Bauern, Grüne, Konservative, Fortschrittliche — schlicht das Spiegelbild der Struktur unserer Gesellschaft. Dies ist gerade deshalb

A white t-shirt with black text. The text 'Steiermark' is written in a bold, sans-serif font, rotated 45 degrees counter-clockwise. Below it, the word 'Modell' is written in a smaller, bold, sans-serif font, also rotated 45 degrees counter-clockwise. To the right of 'Modell', the number '1' is written in a large, bold, sans-serif font, rotated 45 degrees counter-clockwise. The text is repeated in a grid pattern across the entire surface of the t-shirt.

# **INTERNATIONALE VERANTWORTUNG – EIN NEUER ANLAUF**



Eine der Grundtatsachen ist: die Länder der Dritten Welt sind in den nördlichen Ländern kaum bekannt. Man trifft zwar diesen oder jenen Studenten oder Diplomaten, auch hin und wieder einen Arbeiter; einige reisen an afrikanische Sonnenstrände, wo alles naturgemäß "sonnig" ist; man sieht zwar im Fernsehen Berichte, die jedoch im Interesse der Spannung und Aktualität zumeist im Zusammenhang mit außergewöhnlichen Ereignissen stehen: Durch diese Art der Berichterstattung werden jedoch Vorurteile eher verstärkt. Die Gelegenheit zu einer neuen Perspektive wird selten genutzt.

- Die Entwicklungskonzepte der letzten beiden Jahrzehnte, die meist das wirtschaftliche Wachstum in den Vordergrund rückten, brachten keine wirkliche Entwicklung. Sie schafften eher mehr Probleme. Der ehemalige deutsche Entwicklungshelferminister E. Eppler beispielhaft: „Wenn in einem südamerikanischen Anden-dorf ein deutscher Chemiekonzern eine Kunstfaserfabrik baut und dort mit weniger als 200 Menschen den ganzen Markt dieses Landes und möglicherweise der Nachbarländer mit Kunstfaser beliefern konnte, dann hat dies das Bruttonsozialprodukt des Landes sicher gesteigert, hat Wachstum produziert. Gleichzeitig hat es die Lamaschäfer in den Anden geschädigt, hat die Spinnereien und Webereien in den Dörfern ruiniert, hat also mehr Arbeitsplätze zerstört als geschaffen — aber es gab wirtschaftliches Wachstum.“

- Zornig schrieb ein steirischer Entwicklungshelfer, Rainer Toma-selli, aus Brasilien: „Wer eigentlich Entwicklungshilfe leistet, sind die Länder der Dritten Welt an Europa, durch billige Rohstoffe, Gewinnab-zug, Ausbeutung in allen Schattie-rungen.“

Drei Gründe für den Arbeitskreis „Internationale Verantwortung“, als ersten Schwerpunkt die Förderung von „entwicklungspolitischer Bildungsarbeit“ zu wählen.

Die Ziele entwicklungspolitischer Bildungsarbeit: auf breiter Ebene — in der Schule, im Gespräch mit Gewerbetreibenden, Arbeitern und Bauern — sollen Kenntnisse über die Welt und insbesondere über die Dritte Welt vermittelt werden.

Die eigene Zukunftsvorstellungen und -hoffnungen sollen unter dem Aspekt einer globalen Entwicklung kritisch überlegt werden.

Sie sollen auch in Beziehung zu den Zukunftschancen der Menschen in den Entwicklungsländern gesetzt und möglicherweise auch geändert werden. Der einzelne und Interessensverbände sollen fähig sein, aus einem globalen Zusammenhang heraus zu denken.

Aus globaler Sicht wird in diesen Wochen in Österreich für Atomstrom argumentiert: nur Kernenergie bei uns ermöglicht den armen Ländern im Süden die nötige Industrialisierung mit dem dann billigen Erdöl.

Atomstrom bei uns hilft der Dritten Welt! Darf man solcher — noch dazu so plötzlich erwachter — Nächstenliebe trauen?

Neben der Frage nach der Glaubwürdigkeit eines Ölverzichts im noch immer verschwenderischen Norden wäre auch die Frage nach der sachlichen Richtigkeit des Arguments noch zu beantworten.

Freilich: Maßhalten kann ein Akt der Solidarität sein. Aber: Ist den ärmsten Bevölkerungsschichten mit der herkömmlichen Industrialisierungswelle geholfen? Gibt es nicht bessere Wege für arme Entwicklungsländer und für uns?

Damit zum Beispiel befaßt sich  
entwicklungspolitische Bildung.

Für den wirtschaftlichen Bereich machte dem AK „Internationale Verantwortung“ als Gast Dr. Heinz Seitzer am Beispiel Sudan in sehr konkreter Weise deutlich, welche Überlegungen in Zukunft bei uns verstärkt werden müssten: Eine Hilfe für Entwicklungsländer wäre schon, wenn sie bei uns kaufen könnten, was wir wirklich kaufen möchten. „Kleine und intelligente Produkte aus dem kleinen und intelligenten Österreich“ – so lautete ein Motto.

Heute gibt es noch wenige Betriebe in Österreich, die im Hinblick auf Bedürfnisse von Entwicklungsländern produzieren. Intensive Informationstätigkeit und Umdenken vorausgesetzt, ist jedoch der Rückblick von Prof. Stefan Schleicher in die 80er Jahre (politicum 2) nicht mehr so märchenhaft: „Eine beachtliche Entwicklung hat die Krisenregion Aichfeld-Murboden genommen. Sie begann 1981 mit einem Experiment im ehemaligen VEW-Werk Judenburg. Nachdem Kooperationsversuche mit ausländischen Unternehmen fehlgeschlagen waren, starteten die Judenburger eine Eigeninitiative. Sie entdeckten in den Entwicklungsländern eine Marktlinke für sogenannte mittlere Technologie, Industrieprodukte von der Art einfacher Pflüge und einfacher Biogasanlagen, die auf den Bedarf dieser Länder zugeschnitten waren und für die sich die vorhandenen Anlagen in Judenburg als sehr brauchbar erwiesen.“

Resümee dieser Überlegungen: Gemeinsam mit Fachleuten aus der Dritten Welt wären Geräte, Maschinen und landwirtschaftliche Geräte zu entwickeln, die den Bedürfnissen dieser Länder angemessener sind als unsere kapitalintensiven Methoden der Großtechnologie.

Sie würden auch eher zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (Arbeit, Bildung, Ernährung, vernünftige Wohnung, Mindestmaß an sozialer Sicherheit, Verhinderung von Slumbildung) dienen.

# Wirtschaftliches Wachstum.“

Um dieses Ziel zu erreichen, war es uns in der mehrmonatigen Vorbereitungsphase klar, daß wir neue, unkonventionelle Wege beschreiten müssen.

Dies garantierte allein schon die Zusammensetzung des Arbeitskreises — viele engagierte junge Menschen, die sich erstmals an einer solchen politischen Aktion beteiligten. Insbesondere war es der junge Grazer Märchenerzähler Folke Tegethoff, der für diesen Polit-Wecker wichtigste inhaltliche und organisatorische Impulse gab.

Es wurden auch neue Wege in der Werbearbeit beschritten, um an jene jungen Menschen heranzukommen, die mit Politik nichts zu tun haben wollen. So trat eine Animationsgruppe — sehr wirksam — über eine Woche lang an allen wichtigen Jugendtreffs von Graz auf.

Und der Polit-Wecker selbst: Zwei Tage war das Kulturzentrum Minoriten Zentrum eines Jugendfestivals, bei dem die vielfältigen Möglichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Engagements der Jugend präsentiert wurden. Info-Stände zeigten konkrete Aktivitäten der Jugend (von der Dritten Welt über die Behindertenhilfe und die Bio-Ernährung bis hin zu Menschenrechtsfragen), Politiker standen der Jugend Rede und Antwort, eine Kreativmeile regte zum schöpferischen Tun an, ein Alternativokino lief, eine eigene Jugendzeitschrift wurde produziert und vor allem gab es viel Musik.

Der große alte Mann der Steiermark, Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren, richtete ein eindrucksvolles Wort an die Jugend, bei dem dieser den Sinn des politischen Engagements deutlich machte.

Dieses Wort dieses bedeutenden Kulturpolitikers und Repräsentanten steirischen Wesens an die Jugend war auch als bewußter Brückenschlag zwischen jung und alt — gleichsam als Symbol für die notwendige Synthese und das Zusammenwirken von Tradition und Fortschritt gedacht.

Insgesamt ist der Polit-Wecker als ein gelungener Versuch zu betrachten, eine offene Begegnung junger Menschen mit der Politik zu ermöglichen und zum notwendigen demokratischen Engagement zu wecken. Aus den Erfahrungen und Beobachtungen sind aber auch viele Lehren für die Zukunft zu ziehen:

1. Pop zog wesentlich mehr junge Leute an als die Politik. Der organisatorische Ablauf künftiger ähnlicher Veranstaltungen muß den politischen Inhalt besser und organisatorisch integrieren.

2. Sehr erfreulich war aber, daß zu über 90% ein Publikum angesprochen wurde und kam, das sonst noch nie bei einer „Parteiveranstaltung“ war. Diese Gesprächsbasis muß verbreitert werden. Nur durch dieses dauernde Gespräch können wahrscheinlich jene Desintegrationsercheinungen, wie wir sie etwa durch Parteibildungen in der Bundesrepublik beobachten, verhindert werden, die sowohl den „grünen Anliegen“ als auch der Demokratie insgesamt schaden. Denn es ist wesentlich wirkungsvoller und für die Zukunftsbewältigung sinnvoller, wenn grünes Gedankengut und alternative Ideen in die politische Gesamtkonzeption integriert werden.

3. Das traditionelle Publikum blieb zu Hause — offenbar, weil es straffe Organisation und nicht lose, lockere Einladungen gewohnt ist (vielleicht ist dieses Ausbleiben auch ein Symptom für die von allen Partei-Jugendorganisationen beklagten Schwierigkeiten)!

4. Es gab viele Probleme und bittere Erfahrungen — die aber dürfen nicht entmutigen und sie werden nicht entmutigen, vor allem wenn man das Poppersche Bild des „positiven Sisyphus“ vor Augen hat, der ja bei allen Rückschlägen und Mühsalen doch immer wieder ein kleines Stück weiterkommt. Der Polit-Wecker darf daher keine einmalige Aktion sein, sondern muß weiterrasseln — in verschiedenen Formen, speziell auch für die Jugend und Politik.

Im allgemeinen aber ist die gesamte „Modell Steiermark“-Initiative als ein großer Polit-Wecker zu verstehen. Denn Parteienverdrossenheit und Zukunftspessimismus sind zwar in der Jugend besonders stark, aber auch in der ganzen Bevölkerung vertreten.

Steiermark  
Modell

Steiermark  
Modell

Diskussion  
in  
Steiermark  
Modell

# ALTERNATIVEN – VOM PROGRAMM ZUR AKTION



## Anmerkungen zu Theorie und Programmatik

Warum ertönt der Wunsch nach Alternativen in unserem öffentlichen und privaten Leben gerade heute so stark?

Die Antwort auf diese Frage füllt in den Buchläden bereits eine eigene Literaturrecke und sieht stichwortartig etwa so aus:

Weil unser Leben so eintönig, so erlebnislos, so unentdeckbar wurde; weil es für jedes und alles bereits voraufzubrachte Strukturen, Muster und Maßregeln gibt.

„Analphabeten des Gefühls“, „Krebs der Seele“, „Sinnkrise“ sind die treffenden Schlagworte der Analytiker unserer postindustriellen Gesellschaft.

Und noch eine Randbedingung sorgt für Schlagzeilen:

Viele Versuche der privaten und in Gruppen entstehenden Initiativen werden durch bestehende, mächtige und sich als effizienterinstellende Organisationen verhindert. Konkurrenz ist nicht erwünscht; der Staat, die Institution haben dafür zu sorgen, daß Ordnung herrscht.

Monopolbildungen, protektionistisches Staatshandeln und letztlich unentwirrbarbare Verflechtungen von Personen und Institutionen sind eine deprimierende Zeitscheinung.

Will man sich dergestalt nicht bedienen lassen, geht's ab in die Randgruppe der Windradlindianer, Körndlfrässer, Spinner und — damit's politisch wird — in die Ecke der „Grünen“.

Jeder Ansatz alternativer Lösungen für auftauchende Probleme oder alternatives prophylaktisches Handeln bei erkennbaren problematischen Entwicklungstendenzen wird in der Regel erst einmal als Träumeri oder als unangebrachte Verzögerungs- und Verkomplizierungstaktik abqualifiziert.

Die technokratisch beste Lösung ist gefragt, der technokratische Polit-Machertyp wird's schon besorgen, denn allein er ist in der Lage, die hochkomplizierten Wechselbeziehungen unseres Daseins zu durchschauen und zu steuern.

Damit es überhaupt faßbar ist, wird das menschliche Leben auch in Sektoren eingeteilt; die Wirtschaft funktioniert „arbeitsteilig“, der Mensch hat „lebensteilig“ zu funktionieren. Ein durchschnittlicher Mensch, der vielseitig ist, entspricht nicht der Leistungsnorm.

Und plötzlich gibt es Bereiche, in denen der Spezialist nichts mehr gilt; in der Ökologie, Biologie, in der Medizin, im Energiekreislauf usw. versagt der Stückwerkstechnokrat.

Richtiger gesagt, es entsteht ein Streit zwischen dem Denker in Zusammenhängen und dem Verfechter des Ressorts-Prinzips.

## Rolle von Staat und Parteien

Die Koppelung wirtschaftlicher Krisensymptome mit soziokulturellen Vereelungen und mit einer immer deutlicher werdenden Sinn- und Seinskrise wird unseren gesellschaftlichen Strukturen ganz neue Qualitäten des Handelns abverlangen.

Dabei bedarf es der Hilfe der Politik in Form der Förderung von Experimenten, von Risikoprojekten, 0-Serien. Letztlich ist die Schaffung eines positiven Klimas für Neuerungen und Alternativen erforderlich.

Das undifferenzierte Einstimmen in das Geschrei nach „Beseitigung des Staatseinflusses“ erscheint uns daher falsch und gefährlich.

Die Aufgabe öffentlicher Instanzen, die von der Politik einer Partei geprägt werden, wird es sein müssen, den Spielraum für menschliches Handeln wieder zu vergrößern bzw. in bestimmten Bereichen neu zu schaffen.

Wir glauben an die Kreativität und Initiative des Menschen; es ist gefährlich und fatalistisch, positionskonservativ und manchmal sogar reaktionär, mit dem Hinweis auf die Kompliziertheit eines Problems den grundsätzlichen Mitgestaltungs- und Mitbestimmungswunsch des Bürgers zu unterbinden. Wir treten dafür ein, daß der demokratische Staat seine Lebensgrundlage, die Lern- und Diskussionsbereitschaft seiner Bürger und Gruppierungen durch das Offenhalten seiner Strukturen für möglichst selbständige Individuen verstärkt.

**V**om Suchen und Finden neuer Verhaltensformen in praktisch allen Bereichen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens wird die Qualität der Zukunft unseres Landes entscheidend abhängig sein. Das ist die grundsätzliche Leitlinie, die dem Arbeitskreis 7 „Alternativen Lebensformen“ im Rahmen der neuen Modell-Steiermark-Initiative vorgegeben wurde.

Neue Verhaltensformen in allen Bereichen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens zu suchen, bedarf einer Such-Methode, zu der sich in einer politischen Partei mit demokratischen Prinzipien die Mehrheit bekennen soll.

Wir verstehen das Modell Steiermark als Ganzes, als eine beispielgebende und vielversprechende Such-Methode, die dazu dienen kann,

● für bestimmte Verhaltensformen theoretische Ursachen-Wirkungs-Zusammenhänge zu ergründen;

● mögliche Strategien zur Änderung von Verhaltensformen aufzuzeigen,

● und nicht zuletzt, das Schlagwort der „Politikverdrossenheit“ Lügen strafend, viele Bürger unseres Landes zur breiten Aktion aufzurufen.



Offthalten der staatlichen Strukturen zielt auf eine Lebendigkeit und Farbigkeit unserer Gesellschaft ab und soll die Risikobereitschaft zur Übernahme von Verantwortung haben und zu einer selbständigen Haltung führen.

Die Politik der 80er Jahre wird von der Zugänglichkeit der traditionellen Parteien für Ideen und Initiativen „der bunten Hunde“ (der Ausdruck stammt von E. Busek) abhängig sein.

### Anmerkungen zur praktischen Umsetzung von alternativen Lebensformen

Eine Beteiligung an der Problembeschreibung, -gewichtung und -lösung, die nicht verniedlicht und verdummend wirkt, sondern die Politik etwas näher an ihre ursprüngliche Definition — „Gemeinwesenarbeit“ — heranbringt, bedeutet aber auch den Abbau der herrschenden gegenseitigen Ablehnung der Kritiker herrschender Zustände bzw. Vertreter von Alternativen und der etablierten Väter des technischen, wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Fortschrittes.

Im Abbau dieses feindseligen Klimas liegen unseres Erachtens auch der Unterschied und die erhöhten Chancen gegenüber der hinreichend bekannten 68er Bewegung, von der zwar wesentliche Impulse ausgegangen sind, die jedoch in einer Elite steckengeblieben sind.

Miteinander reden können, zuhören können und die grundsätzliche Einstellung, Kritik zu tolerieren und auf neue Ideen reagieren zu können, werden für alle Beteiligten jenes Klima schaffen, das Politikverdrossenheit und Radikalisierung als die beiden Extremstandpunkte verhindert.

Wesentlich und zugleich spannend erscheint uns der darauf aufbauende Prozeß der konkreten Umsetzung vor alternativen Projekten, die folgenden Zielen und Grundsätzen entsprechen sollen:

- **Unabhängigkeit und Selbständigkeit** (mit Selbsthilfegruppen für Kinderbetreuung oder Krankenhilfe; Selbstbesteuerung für gemeinsame Projekte; alternative Energieversorgung; alternative Verkehrssysteme; Produktion in selbstverwalteten Genossenschaften).

- **Offenheit und Partnerschaft** (mit politischer Willensbildung von unten nach oben; Wohnbaualternativen unter Mitbestimmung; Teilzeitarbeit für Frauen; offene neue Schulen; Neubürgerbetreuung und Pendlergemeinschaften; Offenheit gegenüber dem Ausland und Hilfe für die Dritte Welt).

● **Sensibilität und Nächstenliebe** (nicht Betreuung, sondern Hilfe zur Selbsthilfe; neue Einstellung zur Natur mit biologischem Landbau, natürlichen Gärten, Recycling, Strahlenkunde; eigene Gesundheitsvorsorge mit vernünftiger Ernährung, gesunden Baustoffen, Abbau psychosomatischer Erkrankungen; neue Formen der Kultur, die die alten ergänzen, ohne sie zu verdrängen).

Wir treten dafür ein, daß konkrete Projekte erarbeitet und umgesetzt werden; erst an dieser praktischen Erprobung von Modellprojekten wird es uns gelingen, einerseits Vorurteile abzubauen, aber andererseits auch wesentliche Erkenntnisse für die breite Anwendung zu gewinnen.

Wir wollen damit keine Symptomkuren zur Befriedigung von Randgruppen, sondern meinen, daß es Aufgabe eines demokratischen und fortschrittlichen Staates ist, dort Hilfen zur Selbsthilfe bei der Lebensgestaltung zu leisten, wo es notwendig ist, d. h. wo der Markt grundsätzlich versagt oder (noch) nicht angesprochen wurde.

Das heißt auch, daß es dort anzusetzen gilt, wo es Benachteiligung gibt — regionale, strukturelle und soziale.

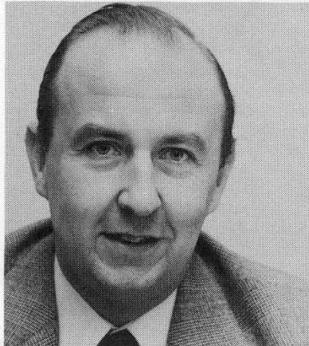
Wir glauben daher, daß das Modell Steiermark jenen Initiativen und Ideen entgegenkommen soll, die sich für strukturschwache Regionen, krisengeschüttelte Erwerbszweige, für benachteiligte Menschengruppen, für alternative Energieversorgungssysteme und für Selbsthilfegruppen im Gesundheits- und Sozialwesen einsetzen.

Abgeschließend erscheint uns wesentlich zu sein, darauf hinzuweisen, daß dadurch keine neuen Ressorts und Budgetposten entstehen sollen. Es soll auch keine Investitionsförderungspolitik als Faß ohne Boden durch neue Subventionsempfänger betrieben werden, sondern Starthilfen befristeter Art, die größtenteils aus Informations- und Wissensvermittlung bestehen werden.

Wir hoffen und wünschen, daß es dem Modell-Steiermark-Arbeitskreis 7 gelingt, das Verständnis und das entsprechende Klima in der Politik der steirischen Volkspartei für alternative Vorstellungen, für Ideenreichtum und für eine experimentelle Umsetzung dieser Ideen zu erreichen.

Modell Steiermark Diskussion

# DAS UNBEHAGEN DES BÜRGERS AN DER BÜROKRATIE



In immer stärkerem Maße wächst die Sensibilität des Bürgers in Hinblick auf jenen Teil der Gewaltentrennung, der als Exekutive bezeichnet wird. In den seltensten 10 Fällen wird die Exekutive als eine Einheit der gewählten politischen Ebene und der auf Lebenszeit bestellten Beamtenelite gesehen. Der Staatsbürger, die Medien und vor allem auch eine Vielzahl politischer Funktionäre finden hier oft ungerechtfertigte Gruppierungen mit verschiedenen Interessensbündeln. So mancher politische Funktionär — selbst dann, wenn er aus der Beamtenelite aufgestiegen ist — zieht oft eine scharfe Trennlinie zwischen der politischen Arbeit der Ressortchefs und der nachhinkenden Beamtenenschaft, die ständig zu drängen ist. Auf der anderen Seite sehen engagierte Vertreter der Beamtenchaft in der politischen Ebene eine Gruppierung wenig informierter, die, nur auf die verfassungsmäßige Weisungsberechtigung gestützt, die organisatorischen Einheiten nicht in Einklang mit dem Legalitätsprinzip steuern.

Selbstverständlich sind beide Darstellungen Extremsituationen. Doch Ausnahmesituationen werden von unkritischen Betrachtern gerne zur Regel erklärt. Es hilft daher gar nichts, wenn die große breite Befundnahme zeigt, daß eine Vielzahl wohlfunktionierender Einheiten zwischen Politik und Verwaltung vorhanden ist, wenn immer wieder auf diese Extrem- und Ausnahmebeispiele in den Medien hingewiesen wird.

Seit Jahrhunderten ist der Begriff „Bürokratie“ in der Umgangssprache mit negativem Vorzeichen verbunden\*). In freier Übersetzung heißt Bürokratie nichts anderes als die Herrschaft des Büros, mit anderen Worten, die Herrschaft der an Schreibtischen Sitzenden. Wobei es hierbei zu einer gedanklichen Verschiebung kommt, weil jene, die an Schreibtischen sitzen und Büroarbeiten durchführen, scheinbar nicht die tatsächlichen Herrscher sind, sondern jene, die die Herrschaft anderer um- bzw. durchsetzen. Das ergibt bis heute jenes Spannungsverhältnis, welchem der Gedanke zugrunde liegt, daß die Schwierigkeiten, die ein Bürger hat, nicht vom eigentlichen „Herrschern“, sondern vom Herrschaftsvermittler stammen. Die Herrschaftsvermittler sind „die Beamten“ und somit der Sammelbegriß für einen der größten Berufsstände. Die Einheit von Beamten und Bürokratie ergibt in den Ohren vieler — bedauerlicherweise — den Begriff eines nur zur Verhinderung des Wohlbefindens des Staatsbürgers vorhandenen Berufstyps, der nur zur Selbstdarstellung ins Leben gerufen wurde. Mit großer Freude stürzen sich die Medien immer wieder auf die großen Zahlen der Bundes-, Landes-, und Gemeindebeamten und verkünden im Sinne Kassandras: „Die Beamten fressen den Staat auf.“ Daraus ergibt sich in der Öffentlichkeit — auch bei politischen Funktionären — oft ein „Beinahe-Feindbild“, welches für vieles Übel im Staat verantwortlich gemacht wird. Diese Darstellung ist irreführend und unrichtig. Analysiert man die Hintergründe dieser unbefüllten Äußerungen und stereotypen Meinungen, so ergeben sich viele neue Aspekte:

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß die geringste Zahl des kritisierten Monsterrapparates „Beamte“ dem eigentlichen Zweck der Verwaltung, nämlich der Hoheitsverwaltung dient. Nur ein bescheidener Anteil von etwa 20% ist mit der Ordnungsverwaltung beschäftigt. Der sehr ansehnliche Rest besteht aus Spitalsbediensteten, Lehrern, Beschäftigten von öffentlichen Verwaltungen, Entsorgungsunternehmen usw.

Die Leitlinie eines jeden Mitarbeiters im öffentlichen Dienst ist das Gesetz. Im Sinne des sogenannten „Legalitätsprinzips“ darf die öffentliche Verwaltung nur das tun, was durch die Gesetze präzise geregelt ist. Sehr viele der Verhaltensmuster sind daher nicht auf die Typologie der dort beschäftigten Menschen, sondern auf Umfang und Art der Gesetze zurückzuführen. Mit der flutähnlichen Übertragung von Aufgaben an den öffentlichen Bereich wächst natürlich zwangsläufig auch die Vielzahl der damit verbundenen Gesetze. Das progressive Anwachsen der Gesetzesmaterie führt natürlich zu einer gewissen Undurchsichtigkeit und damit Unsicherheit für den Laien. Sicherlich ist daher eine der gegenwartsnahesten Forderungen, welche durch die Worte „Vereinfachter Zugang zum Recht“ geprägt wird, sehr notwendig. Dies wird jedoch durch die große Gesetzesmenge selbst verhindert. Durch die faktische und praktische Unmöglichkeit für Gesetzesinitiatoren, stets auf dem letzten Stand der Gesetzesentwicklung und vor allem der Gesetzesübersicht zu stehen, werden oft auch für bereits genormte Bereiche neue Gesetze beschlossen, wobei vorhandene Gesetze nicht immer eindeutig außer Kraft gesetzt werden. Dadurch ergibt sich eine sehr dichte Überlappung von Geboten und Verboten für den Staatsbürger. Auch die Handlungen der Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sind durch Gesetze geregelt. Die Verwaltung ist somit dadurch charakterisiert, daß sie in ein eisernes Korsett von Regelungen eingeschlossen ist. Praktisch seit der Existenz von Regelungen weiß man, daß mit einer Aktion „Vorschrift“ alles lahmgelagert werden kann. Bei der vollständig buchstabengetreuen Ausführung der Gesetze könnte das

\*) Büro (franz.) = Schreibtisch, Verwaltungsstelle;

Bürokratie = Herrschaft der Verwaltung, in der Umgangssprache = engstirnig, engerzlig (DUDEN-Fremdwörterbuch)

öffentliche Leben bereits heute zum Erliegen kommen. Jeder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes weiß überdies noch ganz genau, daß er die volle Verantwortung dafür übernimmt, wenn er diese Regelungen auch nur „ganz gering“ verletzt.

Im einzelnen Gesetz selbst wird nicht immer viel Rücksicht auf die sogenannte „Bürgerfreundlichkeit“ im Vollzug genommen. Das bedeutet, daß es ohne weiteres möglich ist, daß ein solches Gesetz dem Geiste nach zur Förderung der Bürgerbeiträgt (verbesserte Wohnraumschaffung, Zinsenzuschüsse, soziale Förderungen usw.), jedoch im Durchführungssteil bürgerfeindlich ist (20 bis 30 Formulare; mehrfache Ausfüllung der gleichen Daten; Angabe von Daten, die für den Fördungsfall gar nicht relevant sind, usw.). Das bedeutet, daß man bei der Gesetzesgestaltung zwei Sorten von Bürgerfreundlichkeit unterscheiden müßte: jene dem Inhalt nach und jene der äußeren Form nach. Die demokratische Willensbildung in einem Staat sichert zwar weitgehend die Bürgerfreundlichkeit dem Inhalt nach, jedoch kümmert sie sich kaum um die Bürgerfreundlichkeit der Form nach.

In der Regel wird nun die Bürokratie für 3 Arten des Versagens verantwortlich gemacht:

- a) für den Inhalt der Gesetze
- b) für die Form der Gesetze
- c) für das Gesprächsklima im Vollzug der Gesetze

Aus diesem Grunde werden in den letzten Jahrzehnten immer häufiger Verbesserungsfordernungen aufgestellt. Eine Aufgabenstellung: „Verbesserung des Bürokrieverhaltens“ ist aber prinzipiell genauso zu sehen wie jedes Organisationsvorhaben. Ein Organisationsvorhaben muß in die Phasen:

- Zielsetzung
  - Aufgabenstellung
  - Bestandsaufnahme
  - Problemkatalog
  - Lösungsalternativen
  - Auswahlprozeß
  - Einführung und Kontrolle
- gegliedert werden.

Betrachtet man aber die meisten Vorhaben, welche sich mit der Verbesserung der Beziehungen zwischen Bürger und Bürokratie beschäftigen, so stellt man überraschenderweise fest, daß eine der wichtigsten Phasen, nämlich eine echte und detaillierte Bestandsaufnahme, selten durchgeführt wird. Das führt letzt-

lich dazu, daß jeder für die Verbesserung dieser Beziehung Verantwortliche seine persönlichen Anliegen zum Anliegen der Gemeinschaft macht und daher in der Regel oft nur periphere Anliegen bewältigt werden. Das ist auch der Grund für die großen Schwierigkeiten, die bei der Koordination der daraus resultierenden Maßnahmen entstehen. Im Rahmen des Arbeitskreises „Bürger und Bürokratie“ des Modells Steiermark soll nun prinzipiell ein anderer Weg begangen werden. Durch ein auf statistische Methoden aufgebautes Verfahren soll es zu einer Bürgerbefragung kommen. Dem Bürger wird dadurch die Möglichkeit geboten, seine wesentlichsten Wünsche, die zu einer Verbesserung der Beziehung zur Bürokratie führen, zu artikulieren. Dabei wird auch zu klären sein, was der Bürger eigentlich unter Bürokratie versteht: Versteht er darunter die Institutionen der Bundesverwaltung, der Landesverwaltung und der Gemeindeverwaltung oder werden in die Bürokratie auch Institutionen einbezogen, die eigentlich keine sind, z. B. Kammern, Post- und Telegraphenämter, Sparkassen, Banken usw. Zahlreiche Befundnahmen zeigen deutlich, daß nur wenige Bürger in der Lage sind, präzise Unterscheidungen zwischen den Institutionen des föderalistischen Rechtstaates zu ziehen. Weiters ist es schwer möglich, die positiven Elemente der Beziehung zwischen Bürger und Bürokratie herauszukristallisieren, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß nur das in der Erinnerung bleibt, was außerordentlich und was negativ war. Selbst eine breite Befragung wird daher unter dem Aspekt gesehen werden müssen, daß vorhandene Positiva kaum sichtbar sein werden. Die gestellten Fragen sollen aber trotzdem behilflich sein, realistisch änderbare Vorgangsweisen zu erfassen und zu lokalisieren. Um diese realistischen Bereiche etwas abzugrenzen, soll in der Folge beispielhaft auf einige Schwerpunkte der Befragung eingegangen werden.

Eine nützliche Organisationsmaßnahme des Kontaktes zwischen Bürger und Bürokratie ist die Gestaltung der Zeiten des Parteienverkehrs. Probleme treten insbesondere dort auf, wo die Zeiten nicht bekannt, zu kurz oder bei mehreren Institutionen, die gleichzeitig besucht werden, nicht koordiniert sind. Es ist vor allem für die Landbevölkerung nicht einsichtig, warum Bundes- und Landesinstitutionen ihre Sprechzeiten zu völlig verschiedenen Zeiten ansetzen, wodurch die Notwendigkeit entsteht, in der gleichen Angelegenheit, sofern sie mehrere Institutionen betrifft, an verschiedenen Tagen vorzusprechen. Auch die Festsetzung der Parteien-

verkehrszeiten selbst ist unter Berücksichtigung der Fahrpläne öffentlicher Verkehrsmittel, der notwendigen Parkplätze sowie der durchschnittlichen Anreisezeit von elementarer Bedeutung für den Bürger.

Immer häufiger wird auch die Chance einer telefonischen Erledigung gefordert. Abgesehen von der existenten Problematik, daß jede Vorsprache in irgendeiner Form schriftlich gesichert vorliegen soll, gibt es doch sicherlich trotzdem eine Vielzahl von Möglichkeiten, die einer telefonischen Erledigung zugänglich gemacht werden sollten. Besonders in all jenen Bereichen, wo es sich um eine unverbindliche Information bzw. eine Ergänzung von Unterlagen handelt, die nur Vollständigkeitscharakter haben.

Ein bedeutsamer Schwerpunkt der Reform der Beziehung von Bürger und Bürokratie liegt im Formularwesen. Hier trifft man auf das interessante Paradoxon, daß sich die meisten Menschen befähigt fühlen, ein Formular zu entwerfen, jedoch nur die wenigen in der Lage sind, ein solches auszufüllen. Die meisten Formulare stellen ein lebendiges Bild der tagtäglichen Informationsproblematik dar. Neben der Tatsache, daß der Formularentwerfer in der Regel zu viel vom Ausfüllenden voraussetzt und nicht bereit ist, der angeborenen und angelernten Sprachwelt des Bürgers zu folgen, wird durch das wiederholte Ausfüllen, auch nicht benötigter Informationen, die Akzeptanzbereitschaft des Ausfüllenden stark beansprucht. Qualität und Quantität des Inhaltes und die notwendige Anzahl der Exemplare, die selten im Durchschreibeverfahren erstellt werden können, stellen daher ein breites Feld einer notwendigen „Benutzerforschung“ dar.



Ebenso umfangreich sehen die Informationsprobleme, ausgelöst durch die nicht oder nur in bescheidetem Maße vorhandenen Informationsstellen, aus. In diesem Bereich wären noch einige Verbesserungen möglich, die nicht nur dem Bürger, sondern auch der Verwaltung selbst helfen würden. Das primäre Anliegen ist das genaue Wissen über die Pflicht und das Recht, eine Behörde in Anspruch nehmen zu müssen oder zu können bzw. das Richtige über die Zuständigkeit für sein Anliegen zu erfahren. Jede Rückfrage bei einem Bereich, der nicht zuständig ist, ist ein spezifischer Störfaktor und führt auf der Seite des Bürgers bei mehrfacher Wiederholung zu fühlbaren Frustrationsscheinungen. Selbstverständlich wäre die Chance einer telefonischen Auskunft von besonderem Wert, vorzugsweise, wenn es sich um räumlich getrennte Institutionen handelt. Ein weiteres Informationsdefizit besteht in der Regel über die Anzahl und Art der beizubringenden Dokumente. In beispielgebender Form haben hier schon zahlreiche öffentliche Dienste Informationschriften produziert, welche in anschaulicher Weise dem Bürger bei der Beibringung der Unterlagen behilflich sind. Die wichtigsten Bestimmungsstücke einer solchen Informationschrift sind:

- minimaler, jedoch aussagefähiger Inhalt
- visuelle Erschließung des Materials
- ausführliche Beispiele.

Ist die Zuständigkeit geklärt und sind die Unterlagen vollständig, so tritt ein weiteres Problem des Zugangs zur Behörde — die Wartezeit — als Störfaktor auf. Jede Art der Hilfestellung, wie Nummernverteilung, präzise Einladung (zu vorgegebenen Zeiten) usw., kann hier ohne größeren Aufwand für viele Bürger entlastend und auch positiv stimulierend wirken. Ist einmal aus organisatorischen Gründen die Wartenotwendigkeit nicht beseitigbar, so sollten zumindest durch ansprechende Raumgestaltung bzw. durch entsprechende Sitzgelegenheiten auch hier die Humanisierungsmöglichkeiten beachtet werden. Gerade die menschliche Seite des Kontaktes zwischen Bürger und Bürokratie hängt doch stark von der gegenseitigen Einstellung ab. Es muß den meisten Institutionen mit Nachdruck bescheinigt werden, daß die sogenannte „Amtskappelmentalität“ im Verschwinden ist. Manchmal weicht sie sogar dem Gegenextrem, nämlich einer Art der Unterwürfigkeit, die sicherlich auch nicht zielführend sein wird. Trotzdem stellt sich heraus, daß weniger informierte Behördenmitarbeiter manchmal einiges an Freund-

lichkeit und Entgegenkommen vermissen lassen. Im Einzelfall wäre natürlich der Grund hierfür zu prüfen. In der Regel liegt die Schuld bei der obersten Behördenleitung, die es nicht der Mühe wert findet, die manchmal problematischen, an Schnittstellen befindlichen Mitarbeiter entsprechend zu informieren bzw. zu schulen. So werden Telefonisten oder Portiere sehr leicht zu „Imagekillern“ der Verwaltung, ohne daß sie hiebei eine subjektive Schuld trifft. Es wäre die Aufgabe der Schulung und Ausbildung, auf diese Probleme hinzuweisen und entsprechende Abhilfen anzubieten. Viele Institutionen der öffentlichen Verwaltung im In- und Ausland beschäftigt gerade dieses Problem. Es werden in zunehmendem Maße Umgangs- und Verhaltensregeln an die Mitarbeiter der Behörden herangetragen. Beispiellebend für viele solcher Bemühungen sind die sieben Regeln, die bereits im Dezember 1972 für den Umgang mit dem Bürger der Stadt Nürnberg publiziert wurden:

1. Behandeln Sie Ihre Mitbürger, so wie Sie selbst gerne behandelt werden würden.
2. Sie sind ein Aushängeschild der Stadt.
3. Der Ton macht die Musik.
4. Nur wer zuhören kann, erfährt genau, worauf es ankommt.
5. Spielen Sie Ihren Ärger nicht hoch.
6. Ihr Briefstil ist Ihre Visitenkarte.
7. Geschwindigkeit ist keine Hexerei.

Diese sieben Regeln, die gut aufbereitet sind, erläutern und umfassen tatsächlich die wesentlichsten menschlichen Kontaktbereiche des täglichen Betriebes.

Viele solcher Bemühungen erreichen allerdings dann nicht ihr Ziel, wenn die Verteilung solcher Broschüren bzw. Informationsmaßnahmen bei den Führungskräften aufhört und gar nicht zu den Personen an den Schnittstellen gelangt. Ein Phänomen, das bedauerlicherweise öfters festzustellen ist.

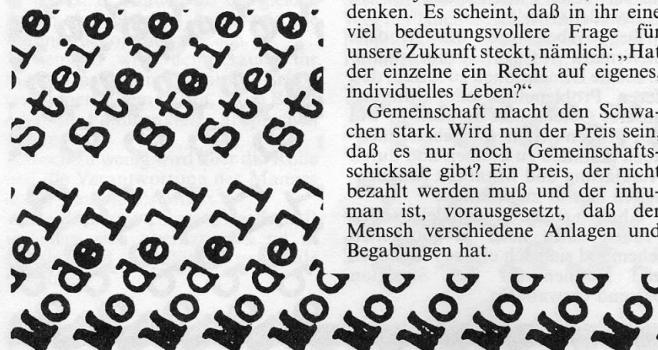
Eines der wesentlichsten Anliegen des Bürgers soll zum Schluß genannt werden. Es ist das Ziel, welches mit der Vorsprache bzw. mit einem Antrag oder einer Eingabe erreicht werden soll. Durch vielfache Fehlinformationen, die in der Regel auch unwidersprochen bleiben, sind viele Bürger der Meinung, daß bei einem „Amt“ nur der etwas erreicht, der die entsprechende Protektion aufweist. Das führt dazu, daß völlig reguläre und schnell erledigbare Anliegen überhaupt nicht mehr über den Normalweg, sondern bereits vom Beginn an auf dem Interventionsweg eingebracht werden. Sehr zum Bedauern aller Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes kommt es dadurch zu spezifischen Kanalisierungen, welche dann jenen, die es gar nicht anders probiert haben, automatisch recht geben. Auf der anderen Seite ist sicherlich feststellbar, daß bedingt durch die oft sehr komplexen Materien einerseits und durch den praktisch permanenten Personalmangel andererseits lange Erledigungszeiten in Kauf genommen werden müssen. Die vom Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) als Grundlage genommene Frist von 6 Monaten reicht daher oft nicht aus. Gleichzeitig stellen jedoch 6 Monate fast für jeden Antragsteller eine unzumutbare zeitliche Belastung dar. Das von vielen Behörden daher eingeführte Verfahren der Zwischenreledigung mit Bekanntgabe des Namens und der Telefonnummer des Sachbearbeiters ist geeignet, eine entsprechende Hilfe anzubieten. Vor allem die sofortige Nominierung des zuständigen Sachbearbeiters ist ein wertvoller Beitrag auf dem Weg, die Anonymität der Behörden, wenn nicht schon zu beseitigen, so doch sehr fühlbar zu mildern.

ist ein Anliegen nicht im Sinne des Antragstellers erledigt worden, so sollte diese Ablehnung für den Antragsteller verständlich erläutert werden. Das umfassende Zitieren von Paragraphen und Absätzen der Gesetze und Verordnungen kann zwar für einen Experten von großer Bedeutung sein, für das Verständnis des Bürgers über das Warum der Ablehnung trägt es nur sehr selten bei. Eine gute Begründung wird einem Antragsteller die Gründe einsichtig, verständlich und vor allem glaubwürdig erscheinen lassen und er wird sehr selten bemüht sein, dagegen Einspruch zu erheben. Unverständliche Erläuterungen führen sehr schnell zur Behauptung einer Behördenwillkür und bringen oft einen verstärkten Druck im politischen Bereich mit sich.



Alle diese Überlegungen sind sicherlich nicht neu. Wenn sie trotzdem in diesem Zusammenhang noch einmal erwähnt werden, so nur aus der immer stärker werdenden Überzeugung, daß zwischen dem Wissen und dem Tun noch immer ein fast unendlicher Weg liegt. Gerade die „Binsenweisheiten“ sind es oft, die, weil sie nicht angewendet werden, eine Vielzahl von Problemen auslösen. Der Serviceleistungsgedanke der Bürokratie an den Bürger muß daher immer wieder an alle Behörden und politischen Funktionäre herangetragen werden. Die hilfsbereiteste politische Ebene wird erfolglos bleiben, wenn die Detailgesetzgebung die Vollzugsfreundlichkeit verhindert. Die bereiteste Beamenschaft wird versagen müssen, wenn nicht die entsprechenden Ermächtigungen und Impulse von der politischen Ebene her erfolgen.

Zu all dem kommt jedoch noch ein Phänomen, welches abschließend herausgestrichen werden sollte. Es ist dies die unvollständige Information. Der Bürger leidet an einem Informationsdefizit, das er weder durch Schulbesuch noch durch intensive Konfrontation mit den Informationsmedien beseitigen konnte bzw. kann. Die wunderschöne Formel „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“ beginnt sich im Spiegel der progressiv anwachsenden Gesetzesflut selbst in Frage zu stellen. Kaum ein Rechtsgelehrter ist in der Lage, sämtliche Regelungen aller Bereiche auch nur zu übersehen, und es ist daher praktisch eine für den Bürger unhaltbare Forderung, davon auszugehen, „daß man zu wissen hat“. Es müßte daher von allen positiven Kräften eines Staates, der politischen Ebene, der Beamenschaft und in ganz besonderer Weise den Schulen und den Medien alles unternommen werden, dieses Informationsdefizit laufend zu mildern. Wie in vielen anderen Bereichen, so gilt auch hier das alte Sprichwort: „Man sollte den Tag nützen, es ist schon viel später, als wir alle denken.“



Lindi Kalnoky

## Grau in Grau: Nur „Wohnungsfrau“?



**A**m Meer überraschte mich einmal die Flut. Solange ich gehen konnte, war auch ein Gefühl für die Entfernung zum Ufer da. Als ich schwimmen mußte, hätte ich viel darum gegeben, nur einen Moment den Kopf über Wasser heben zu können, ich hatte das Maß für die Entfernung verloren.

Wir alle — und zwar zu jeder Zeit — befinden uns in einem Zustand des Schwimmens. Jede Vorhersage setzt voraus, daß es nicht anders kommt. Wie etwas wirklich war, dafür brauchen auch die Beobachter einen Abstand — den Kopf sozusagen über „Wasser“.

Wenn Frauenpolitik zu eng und ohne Zusammenhang gesehen wird, dann bekommt sie leicht etwas Kleinliches und Lächerliches. Als wenn alle Schwarzhaarigen und Langnasigen zur Bewältigung ihrer Probleme sich zusammenschließen würden. Sieht man Frauenpolitik aber als Teil einer Strömung von viel weittragenderer Bedeutung, dann muß sie jeden herausfordern, nachzudenken. Es scheint, daß in ihr eine viel bedeutungsvollere Frage für unsere Zukunft steckt, nämlich: „Hat der einzelne ein Recht auf eigenes, individuelles Leben?“

Gemeinschaft macht den Schwachen stark. Wird nun der Preis sein, daß es nur noch Gemeinschaftsschicksale gibt? Ein Preis, der nicht bezahlt werden muß und der inhuman ist, vorausgesetzt, daß der Mensch verschiedene Anlagen und Begabungen hat.

Besonders hart trifft das die Frau — denn ihre Lebensbedingungen ändern sich ständig: Sie hat ein kleines Kind — sie hat mehrere kleine Kinder — sie hat größere Kinder — sie hat keine Kinder mehr im Haus, sie muß die Familie erhalten, sie kann sich's leisten zu Hause zu bleiben, sie will zu Hause bleiben — sie will nicht usw. Jedesmal eine vollkommen andere Situation; wird sie einmal beantwortet, zahlt entweder die Frau oder die Familie drauf.

Im Arbeitskreis „Frau in Familie und Beruf“ des Modells Steiermark haben wir uns bemüht, Frauen nach Anlage und jeweiliger Lebensbedingung getrennt zu sehen und differenzierte Hilfen anzubieten. Das Bekenntnis der ÖVP zum Dezentralismus sollte hier das Bemühen erleichtern und unterstützen — denn Dezentralismus kann sich nicht nur auf Betriebe und Behörden beschränken — das Dezentrale ist der einzelne Mensch. Ein Bekenntnis zum Dezentralismus ist also auch ein Bekenntnis zum Versuch, den Menschen einzeln zu sehen.

Gelingt das nicht, so könnte zum Beispiel einem großen Teil von Frauen nicht geholfen werden. All die, welche Teilzeitarbeit wollen, um mehr Zeit für ihre Familie zu bekommen, oder diejenigen, die zusätzliche Aufgaben zur Familie haben wollen, müßten sich mit dem Argument abfinden, daß erst jenen Frauen geholfen werden muß, die, um ihre Familie zu erhalten, arbeiten müssen. Mag das auch stimmen, hier sind zwei getrennte Probleme nicht auf einen Nenner zu bringen. Man könnte auch fragen: „Will man warten, bis auch dieser Prozentsatz an Frauen ganz hilfsbedürftig wird? Will man immer nur löschen, statt Brand zu verhüten?“

Es wäre doch denkbar, daß durch Teilzeitbeschäftigung Plätze frei werden bzw. halbe Plätze frei werden. In Deutschland sagt ein öffentliches Institut sogar eine Verbesserung der Arbeitsplatzsituation voraus, falls vermehrte Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung geschaffen werden. Wie immer wir die Frauenpolitik betrachten, kommen wir nicht daran vorbei, sie gemeinsam mit der Familienpolitik zu sehen und ihr so auch einen bedeutend größeren Rahmen zuzugestehen.

Es gehört wahrscheinlich zu den entscheidenden Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, ob wir nicht mit der Eingrenzung der Frau einen unserer letzten funktionierenden Selbstversorgerkreise — die Familie — aufgeben.

Familie ist keine biologische Konstante. Sie ist jedoch der natürlichste soziale Selbstversorgerkreis für den einzelnen Menschen. Jung und hilflos, alt und schwach oder krank, schutzbedürftig oder beschützend, erneuernd, verändernd oder bedenkend erhalten, das alles sind Eigenchaften, die in einem gesunden Familienleben Platz haben und sich auf die Gegebenheiten der jeweiligen Zeit einpendeln.

Ahnlich den Reaktionen der Organe, die durch Antagonisten reguliert werden, lernt der einzelne sein Können und Wünschen in Wechselbeziehung zur Familie und somit zur Gesellschaft einzuordnen.

Man braucht nicht an Atomkatastrophen denken, um sich einen Schauer des Unbehagens über den Rücken laufen zu lassen. Schon der Anblick einer mehrstöckigen Bauanlage in Verbindung mit Strom- und Wasserausfall ohne Nahrungsmitteltransport — eine Situation, die nichts Unmögliches an Vorstellungskraft voraussetzt — läßt einen ahnen, welcher Not der einzelne und welchen Depressionen er ausgesetzt sein könnte.

Zerstört man mit einer falsch gerichteten Frauenpolitik den Selbstversorgerkreis — Familie — dann wird der einzelne seelisch hilflos und verloren einem Mammutunternehmen sozialer Betreuung ausgeliefert sein und sich einsam fühlen.

Unser Arbeitskreis betrachtet es als seine Aufgabe, sowohl die Wichtigkeit der Frau in der Familie zu betonen als aber auch ihr Recht zu betonen, sich ihr Leben individuell zu gestalten.

Bleibt die Frau in der Familie, ist sie oft einem verallgemeinernden Anschauungsverzug ausgeliefert. Dieser kann sowohl von außen wie auch von innen kommen. „Hausfrauen gehören an den Herd“, „Hausfrauen verdummen“, das sind die sich widersprechenden Meinungen. Dabei wird mit dem Wort „Hausfrau“ recht leichtfertig umgegangen. Zu einer Hausfrau gehören sinngemäß ein Haus, ein Dachboden, ein Keller und vielleicht noch ein Garten. Die meisten Frauen aber heutzutage sind „Wohnungsfrauen“ mit bedeutend weniger Raum. So sollten wir ihnen doch zunächst geistige und seelische Erweiterungsbereiche zugestehen.

Anders als beim Mann, der im Laufe der Entwicklung seinen Aufgabenbereich oft nur in einer räumlichen Verschiebung erlebt hat, steht die Frau im Zuge der industriellen Umwandlung oft einer völlig veränderten Situation gegenüber. Natürlich findet ein nicht kleiner Prozentsatz an Frauen selber eine Lösung, so manche aber glaubt zu tun, was immer schon Frauenpflicht war, mit einem undefinierbaren Ahnen, daß ihr etwas fehlt.

Unser Arbeitskreis will niemanden bevormunden, sondern nur dort Ratschläge oder Hinweise anbieten, wo sie gesucht werden. Vielleicht fehlt so mancher Frau in der heutigen Zeit nur die Anerkennung, daß kaum eine männliche Leistung mit der Erziehung junger Menschen vergleichbar ist. Vielleicht fehlt ihr nur die Bestätigung, wieviel Begabung und Wissen sie in der Familie einsetzen kann. Es kann aber auch sein, daß sie mehr braucht, als sie zu Hause findet, mehr Anregung, mehr Kontakt, mehr Geld, mehr Weiterbildung. Es wäre gesellschaftspolitisch unverantwortlich, stellte man sie bei dieser Entscheidung vor ein „Entweder-Oder“.

Der Arbeitskreis des Modells Steiermark versucht, Frauenpolitik in solche Dimensionen zu setzen, daß deren Problematik jedes Mitglied unserer Gesellschaft berührt. Er will den Frauen helfen, ihr Leben individuell gestalten zu können und durch Aufklärung und Mitarbeit Möglichkeiten hierfür zu schaffen.

Ahnlich einem Modellkleid, sollen Frauen darin neue Möglichkeiten sehen und sie nach eigenem Belieben und Können für ihre Situation passend umwandeln.

# KOMPETENZÜBERSCHREITUNG IN SACHEN „FRAUENTHEMA“



Als Mann über ein „Frauenthe-  
ma“ zu schreiben, wird von vielen Frauen als Kompetenz-  
überschreitung empfunden werden. In einem Arbeitskreis des Modells Steiermark zum Thema: „Frau in Familie und Beruf“ mitzuarbeiten, ruft bei vielen „emanzipierten“ Männernverständnisloses Lächeln her-  
vor.

Allzu leicht wird aber dabei übersiehen, daß die Zukunft unserer Familien, des wirtschaftlichen Wohl-  
standes und eines menschenwürdigen Daseins entscheidend auch von den Frauen mitgetragen wird.

Die Diskussion über den Wert der Frau und über die Lösung ihrer Probleme kann nur unter Einbeziehung des Mannes als gemeinsames Anliegen von Mann und Frau erfolgreich geführt werden.

Es steht außer Diskussion,  
• daß die Frauen das gleiche Recht auf Arbeit haben wie die Männer,  
• daß Frauen grundsätzlich die gleichen Berufsmöglichkeiten haben müssen und  
• daß z. B. Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie die Männer bekommen müssen.

Niemand wird den Frauen ihr Streben nach Anerkennung, Erfolg und sinnerfülltem Leben, ob im Beruf oder im Familienkreis, absprechen wollen.

Noch zu wenig wird aber die Rolle und die Verantwortung des Mannes in der Familie diskutiert.

Die Probleme unserer Gesellschaft verlagern sich aber zunehmend in soziale und psychisch personale Bereiche.

Psychosomatische Erkrankungen, Zunahme des Alkoholismus und der Drogensucht, hohe Scheidungsquoten, sinkende Geburtenzahlen, steigende Abtreibungsziffern, Zunahme von Zerstörungswut und Aggression sind Zeichen, die ein Umdenken und ein Neubewerten erstrebenswerter Ziele unseres Lebens notwendig machen.

Vordergründige Scheinlösungen und emotional geführte Diskussionen ohne Hinterfragen der Ursachen bringen keine Lösungen der gegebenen Probleme, sondern führen nur zu einer weiteren Polarisierung von Gruppen und Standpunkten.

Häufig wird diese Konfrontations-  
diskussion von jenen berufstätigen Frauen und sogenannten „Nurhaus-  
frauen“ geführt, die die Zeit und Kraft haben, weil sie **entweder Beruf oder Familie leben**; aber auch von jenen Frauen, die aus persönlicher Enttäuschung, beruflichen Mißerfolgen oder falschem Ehrgeiz in dieser Auseinandersetzung „Selbstverwirklichung“ suchen, oder ist es eine Flucht aus der mangelnden Bereitschaft, die Nachteile einer stärkeren persönlichen Auseinandersetzung anzunehmen?

Die Gruppe von **Frauen mit Familie und Beruf** ist vielfach eine schweigende Mehrheit, weil sie durch die Doppelbelastung von Familie und Beruf überfordert ist.

Der Arbeitskreis beschäftigt sich daher vor allem mit dem Problem dieser Frauengruppe. Modelle und Lösungsvorschläge sollen Anreiz sein, daß die Betroffenen ihrer individuellen Arbeitsplatz- und Familiensituation entsprechend eigene Lösungen finden.

Einerseits glauben wir an die Notwendigkeit von vermehrten Selbsthilfearbeitsgruppen, etwa über den Weg der Nachbarschaftshilfe und der Möglichkeiten, die sich im eigenen Familienverband ergeben.

Andererseits scheint es notwendig, daß auch in Österreich, einem internationalen Trend entsprechend, für Frauen mit Familie und Beruf mehr Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung in den verschiedensten Formen wahrgenommen werden können. In der Teilzeitbeschäftigung liegt die Chance, daß Frauen und/oder Männer sich der Idee „Familie“ wieder mehr zuwenden können. Denn Familie als tragfähige kleine Gemeinschaft von Menschen wird an Bedeutung wieder gewinnen, weil in ihr Vertrauen und Geborgenheit erlebt werden können.

Zwei Grundbedürfnisse, die für jeden existentiell notwendig sind, um das Leben sinnvoll gestalten zu können. Viele Probleme unserer Gesellschaft werden damit wieder von ihren Ursachen her gelöst werden.

Die Einführung der Teilzeitbeschäftigung verlangt ein gutes Konzept, damit Vor- und Nachteile für Betrieb und Beschäftigte klar abwägbar sind. Denn erst dann können die vorhandenen Vorurteile abgebaut und vermehrt Teilzeitbeschäftigung angeboten und angenommen werden. Dem zunehmenden Wunsch vieler doppelbelasteter Frauen könnte dadurch entsprochen werden. Sie würden den Anforderungen des Betriebes wie der Familie leicht gerecht werden, wenn die Belastungen in einem ausgewogenem Verhältnis zueinander stünden und es weder zu einer physischen noch psychischen Überforderung kommt.

Für Frauen mit Familie und Beruf — besser Eltern mit Kindern und Familie, die sich auf Grund ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeiten für diese „Doppelbelastung“ entscheiden müssen — werden vermehrt Teilzeitbeschäftigung und Mut zur Selbstinitiative verlangt.

Die Chance für eine sinnvolle Gestaltung des Lebens haben sie damit, wenn Mann, Frau und Kinder aus dem Bewußtsein um ihre Zusammenghörigkeit und dem Miteinander leben.



# DER POLITWECKER RASSELT WEITER



In diesem Sinne haben wir in unserem Arbeitskreis die Veranstaltung „Polit-Wecker“ vorbereitet, der die drei Hauptverantwortlichen — der Arbeitskreisvorsitzende und Junge ÖVP-Landesobmann Dr. Alfred Grinschgl, Folke Tegetthoff und der Autor — folgende Präambel vorstellten:

„Politik — ohne mich, ein schmutziges Geschäft, ich kann ohnehin nichts beeinflussen.“ Durchaus gängige Antworten junger Menschen. Die Meinungsforscher diagnostizieren eine zunehmende Politik- und Parteiversion. Das ist nicht gut so, ist beunruhigend. Denn wer nicht politisiert, sich nicht engagiert, mit dem wird politisiert, über den wird entschieden. Ohne politisches Engagement keine Demokratie, keine Freiheit.

Genauso aber sehen wir: Sehr viele junge Menschen stellen sehr ernste Fragen nach dem Sinn unseres Daseins, zeigen konkretes idealistisches Engagement, den Willen zur sinnvollen Aktivität — wenn auch oft außerhalb der Parteien. Das stimmt hoffnungsvoll. Denn Politik ist mehr als enge Parteipolitik, ist Handeln in unserer Umwelt, in unserer Gesellschaft. Gerade wir Jungen können viel gestalten, wir sind aufgerufen, unsere Zukunft mitzubestimmen.

Möglichkeiten dafür will der Polit-Wecker aufzeigen, Beispiele präsentieren, Orientierung anbieten, vorurteilslose Gespräche und eigene Aktivität, gemeinsames Kultur- und Musikerlebnis ermöglichen, kurz — anregen, wecken. Polit-Wecker will zeigen, daß Politik mehr ist als bloßer Parteienhader. Ob wir uns in der Dritten Welt engagieren, für Einhaltung der Menschenrechte rund um die Welt einsetzen, für Alternativen in der Ernährung eintreten oder verstärkt für die Interessen behinderter Mitmenschen kämpfen sollen — alles politische Fragen, zu deren Beantwortung wir und die Politiker wachgerufen, geweckt werden müssen.

„Polit-Wecker will uns alle wecken, geht uns alle an, auch dich. Komm, nimm Freunde mit, mach mit.“

wichtig, weil dieses Modell kein Minderheitenprogramm erarbeiten und nicht davor zurückscheuen will, das Notwendige mehrheitsfähig zu machen. Es geht darum, die vermeintlichen und oft zitierten Realitäten auf ihre Widersprüche und die sogenannten Utopien auf ihre Möglichkeiten abzuklopfen.

Und gerade in einer Zeit, wo das Wort von der großen Verweigerung und Politikverdrossenheit die weite Runde zieht, ist es schon erstaunlich, wie viele junge, unkonventionelle Denker dieses Landes weder Zeit noch Mühe für diese Arbeit scheuen. Gerade das große öffentliche Interesse bei vielen Veranstaltungen und Aktionen während des vergangenen Jahres darf ruhig als Erfolg der Arbeit und der Ideen dieser Mitarbeiter verbucht werden.

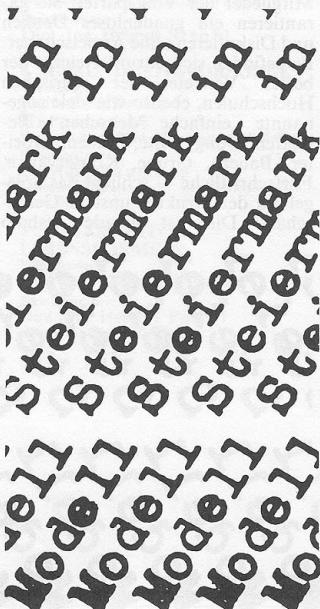
Hier ist nicht der Platz, und es wäre verfrüht, schon heute über die Ergebnisse der gesamten Arbeit zu berichten. Diese werden etwa in einem Jahr der Öffentlichkeit präsentiert werden. So sind auch die nachstehenden Beiträge einiger „Modell-Steiermark“-Autoren nur als Momentaufnahmen aus der Arbeit und Problemsicht einzelner Arbeitsgruppen zu verstehen. Wie überhaupt diese Arbeit niemals als abgeschlossen betrachtet werden kann. Das „Modell Steiermark“ versteht sich als Promotor für ständige Innovation. Kurz — als Stoff, aus dem die steirische Politik der 80er Jahre ist. Eine Anreicherung dieses Stoffes ist nicht nur erlaubt, sondern erwünscht.

**E**ine notwendige und chancenreiche Sisyphus-Arbeit“ — unter diesem Titel ist vom gleichen Autor im „politicum 1“ über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines neuen, besseren Kontakts von Jugend und Politik geschrieben worden.

Die Hauptthese war: Wenn es gelingt, die in den letzten Jahren immer stärker gewordene Entfremdung von Jugend und Politik zu überwinden, dann wären sehr viele nützliche Antriebskräfte für eine gute und menschlichere Zukunftsbewältigung freigesetzt. Und wenn ehrliche und gute Anstrengungen unternommen werden, besteht auch Anlaß zu diesbezüglichem Optimismus.

Nur — gesagt und geschrieben wurde das immer wieder. Getan muß es werden. Daher sind wir im „Modell-Steiermark“-Arbeitskreis „Jugend und Politik“ von Anfang an von der Überlegung ausgegangen, daß nicht nur ein theoretisches Konzept, sondern insbesondere auch darauf abgestimmte Aktionen nötig sind.

Diese Notwendigkeit, die Theorie zumindest schrittweise in die Praxis umzusetzen und Konzepte zu verwirklichen, wird überhaupt für die Glaubwürdigkeit demokratischer Politik in Zukunft immer mehr zur Überlebensfrage werden. Das „Modell Steiermark“, das in größtmöglicher Offenheit arbeitet und seit 1972 weitgehend in der Landespolitik umgesetzt wird, ist ein herausragendes positives Beispiel für diese Identität von Denken und Handeln.



Für uns könnten dabei Beispiele von dezentraler, wenig kapital- und energieintensiver Produktion entstehen. Das wäre aus zwei Gründen begrüßenswert: einmal, weil dadurch dem Eindruck entgegengewirkt wird, wir wollten anderen „kleine“, „sanfte“ und daher minderwertige Produkte einreden, selber jedoch bei der „harten“ Technologie bleiben; zum anderen, weil hochkonzentrierte, schwer überschaubare Technologien auch bei uns eine Alternative hätten.

Die „Ökonomie“ beherrscht viele entwicklungspolitische Diskussionen, auch im Modell-Steiermark-Arbeitskreis: Warum sind Bananen billiger als Äpfel? Warum arbeiten bei Faber-Castell in Brasilien vorwiegend — die sozial und politisch rechtmäßige Kinder? Warum verlagert Steyr seine Produktionsstätten in die Dritte Welt? Warum beteiligt sich Österreich an der wirksamsten Form von Entwicklungsverhinderung, der Aufrüstung in der Dritten Welt? Ist Ihnen aufgefallen, daß der Krieg — Prototyp der Antentwicklung — fast ganz und gar in die südliche Hemisphäre evakuiert worden ist?

Aber nicht nur um Wirtschaftsstrukturen und „Small is beautiful“, sondern auch um Fragen der Kultur, der Identität und Lebensweise geht es bei entwicklungspolitischer Bildung.

Ein Beispiel: Wesentliches Motiv des leidenschaftlichen Aufstandes der Schiiten war die drohende Verwestlichung des Iran. Viele sahen die Gefahr, wegen dieses oder jenes technischen Fortschrittes zu Kultursklaven zu werden.

Die Idee der „Rückständigkeit“ ist vielleicht die schlimmste Ursache für die derzeitigen Entwicklungsprobleme. Sie beruht auf der Vorstellung, daß die Menschheit eine Karawane wäre, die nur einen Weg hat und bei der die Entwicklungsländer hinten dran hängen. Sie beruht auf der Vorstellung, daß der Karawanenführer immer recht hat und daß die Zurückgebliebenen ihn nur nachzuäffen brauchen, um auf dem richtigen Weg voranzukommen.

Andererseits wird in Österreich zunehmend gefragt: Was können wir von der Dritten Welt lernen? Was ist für ein soziales Gefüge, in dem Waisenhäuser und Altersheime unbekannt sind? Das Zeitgefühl des Afrikaners: entspricht es unserer Sehnsucht nach einer langsamer verrinnenden Zeit? Beinahe alle zurückgekehrten Entwicklungshelfer betonen, daß sie „menschlich“ sehr viel mitgenommen hätten.

Die Meinung, Europa könne am schwarzen Wesen genesen, ist aber wohl als Pendelausschlag zu sehen, als Folge von jahrhundertelanger Verniedlichung aufseuropäischer Kulturen.

Der berühmte afrikanische Historiker Joseph Ki-Zerbo sagte unlängst anläßlich eines Pädagogentreffens in der BRD:

„Die Jugend in Europa empfängt täglich Dutzende, ja Hunderte von Hinweisen auf die Dritte Welt — teils audiovisuell über das Fernsehen, teils konkret durch Waren usw. Diese Hinweise sind jedoch chiffriert, und häufig fehlt der Schlüssel, um ihre wirklichen Inhalte und Aussagen zu verstehen. Wie kann man diesen Zustand des unwissenden Empfängers verändern? Wie kann man die Zeichen besser erkennen und sie dann auch besser verstehen? Das muß meines Erachtens das Hauptziel einer Erziehung hinsichtlich der Dritten Welt und der Probleme ihrer Entwicklung sein.“

Ergebnis eines fruchtbaren Gesprächs mit Landesschulratspräsident Hofrat Dr. E. Moser war, daß im Rahmen des Unterrichtsprinzips Politische Bildung „Signale“ hinsichtlich Entwicklungspolitik gesetzt wurden (Erlasse, Lehrerfortbildungsseminare, ein für entwicklungspolitische Bildung zuständiger Beamter...) und daß Aktivitäten von Lehrern und Schulen (zum Beispiel im Hinblick auf die Steirische Akademie 1980 zum Thema „Afrika“) unterstützt werden.

Noch zweier weiterer Bereiche haben wir uns im Arbeitskreis exemplarisch angenommen: Tourismus und Kommunikation.

Joseph Ki-Zerbo sagt über den Tourismus:

„Selbst wenn man als Tourist ein Entwicklungsland besucht, entdeckt man meist nicht das, was ein gegenseitiges Lernen fördern könnte. Die meisten Touristen suchen im Süden nur das, was die Plakate der Reiseunternehmen versprechen, und dies sind nicht Menschen, sondern was zu Hause fehlt: Sonne, Strand, saubere Luft, eine wilde Fauna usw. Sicher — der Tourist sieht auch Menschen, aber die interessieren ihn nicht als Menschen, sondern höchstens in ihrer Exotik und ihrer Auffälligkeit. Der Mensch des Südens wird auf einige wenige Merkmale reduziert, die übertrieben sind: sein lautes Lachen, sein Tanzen, seine fremde Kleidung bzw. seine Nacktheit, seine sexuelle Kraft...“

Gemeinsam mit steirischen Reisebüros wollen wir Hintergrundinformationen für Afrikatouristen erstellen.

Zum Schluß sei auf ein Problemfeld zurückgekommen, das für eine global angelegte Entwicklungsstrategie von größter Bedeutung ist: die Kommunikation. Die wenigsten Entwicklungsländer verfügen über funktionsfähige Agenturen. 65% aller Informationen, die auf dem Erdball zirkulieren, werden in den USA produziert. 5 große Nachrichtenagenturen kontrollieren den Welt Nachrichtenmarkt.

„Ein stummes Land ist nicht souverän“, sagen Afrikaner. Im Nachbarland Jugoslawien verbreitet — beispielhaft für Europa — eine Nachrichtenagentur („Third World Pool“) ausschließlich Nachrichten, die von Agenturen der Entwicklungsländer kommen.

Um die Präsenz entwicklungspolitischer Themen in den Medien zu erreichen, kam aus dem Arbeitskreis der Vorschlag, einen „Journalistenpreis für Entwicklungspolitik“ ins Leben zu rufen.

Diese Idee ist Teil eines Antrags an den Landtag zur kontinuierlichen und nachhaltigen Förderung entwicklungspolitischer Initiativen in der Steiermark: 250.000 S für ein Jugendaustauschprogramm (zur kulturellen Begegnung, zur Mitarbeit in Projekten) und 250.000 S zur Unterstützung von konkreten Projekten im Rahmen einer Partnerschaft zwischen steirischen Regionen und solchen der Dritten Welt.

Zur Zeit sammelt der Arbeitskreis Ideen für eine Erweiterung des „kulturellen trigon“ zu einem „politischen trigon“ oder „Volkstrigon“.



# DIE FRAGE NACH UNSERER „ENERGIEZUKUNFT“



W er an den jeweiligen Versorgungskrisen mit Energie die Schuld trägt, darüber gibt es mannigfache Spekulationen: die Araber, die aus ihren Bodenschätzen einen möglichst hohen Gewinn herausschlagen wollen; die internationalen Konzerne, deren rasante Gewinnsteigerungen auch die geschicktesten Bilanzbastler nicht mehr zu verbargen mögen; die Politiker, deren Unvermögen zu langfristiger Planung in Zweifel gestellt wird; die Konsumenten, bei denen Sparappelle vielfach ungehört verhallen...

Außer Diskussion steht jedenfalls die Tatsache, daß unsere Energieversorgung gefährdet ist, daß die Zeiten reichlich fließender und billiger Energieträger ein für allemal vorbei zu sein scheinen. Da ist schon eher interessant, ob eine Prognose die endgültige Erschöpfung der Ölreserven in zwanzig, die andere in fünfundzwanzig oder dreißig Jahren ansetzt. Die Entscheidungen, die angesichts dieser Situation zu treffen sind, stehen uns heute im Haus.

## Zwei Konzepte — keine Lösung

Zwei Konzepte - keine Lösung  
Jene zwei Lösungskonzepte, die in der Öffentlichkeit dominieren, geben ein eher verzerrtes Bild von den Problemen, die wir zu bewältigen haben; einige Stichworte zu diesen Vorschlägen sollen genügen:

Konzept I geht von den Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte aus; dieser Perspektive zufolge sei es unvorstellbar, daß es so nicht weitergehen sollte. Die Menschen wollen besser leben, und sie brauchen daher mehr Energie. Die Wirtschaft müsse wachsen, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern, und auch dazu brauche man mehr Energie. Es müsse daher eine exponentiell wachsende Energiemenge bereitgestellt werden, kostet es, was es wolle.

Konzept 2 geht von den Negativerscheinungen des Wachstumspfades der Industriegesellschaften aus. Wir sollen uns wieder bescheiden lernen, mit Fahrrädern statt mit Autos fahren, Sonnenkollektoren basteln und Biogemüse züchten, aufs Land siedeln und uns einer ungestörten Natur erfreuen. Das sei ohne viel Energieverbrauch möglich.

Das „Mit-Hurra-in-die-Zukunft“-Konzept scheint genauso kurzstichtig zu sein wie die „Zurück-auf-die-Bäume“-Lösung. Eine moderne Industriegesellschaft kann nicht so leicht in halbagrarische Strukturen zurückverwandelt werden — oder was man sich darunter vorstellt. Und ob das — wenn erst die modische Bewußtseinstörung vorbei ist — wirklich so schön wäre?

Sehr viel klarer kann allerdings abgesehen werden, daß die Fortsetzung des globalen Wachstumspfades unmöglich wird, und das aus mancherlei — inzwischen allenthalben diskutierten — Gründen. Somit erhebt sich die bange Frage, welche Wege uns tatsächlich offen stehen, die wir — im Einklang mit unseren Vorstellungen über „wünschenswerte“ Entwicklungen — zu gehen versuchen können.

## Rahmenbedingungen

Es gibt eine Reihe von gesellschaftspolitisch weitgehend akzeptierten Rahmenbedingungen der Energieversorgung. Dazu gehört nicht nur von vornherein ein pragmatischer Blick für das Mögliche und Machbare, verbunden mit technischer und sozialer Phantasie; dazu zählen auch Erwägungen über die Aufrechterhaltung und Mehrung unseres Wohlstandes und Lebensstandards — was nicht heißen muß, daß alles so wie früher (nur mit entsprechenden Zuwachsraten) weitergehen muß. Aber auch die Verminderung der Auslandsabhängigkeit der Energieversorgung, die Erhöhung der ökonomischen Effizienz von Energieversorgungseinrichtungen, die Erhöhung der Funktionssicherheit von Energieversorgungssystemen, die Beachtung der gesellschaftlichen Implikationen von Energietechnologie hinsichtlich aktueller und künftiger Umwelteffekte müssen in diesem Zusammenhang genannt werden. Diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern eine Prüfung der Frage, ob trotz steigender Ansprüche der Verbrauchergruppen zumindest eine Stabilisierung des Energieverbrauchs erreicht werden kann, und — wenn dies möglich ist — ob Versorgungspotentiale im Bereich der eigenen erneuerbaren Energieträger gefunden werden können.

## Die Stabilisierung des Energieverbrauchs

Mehrere internationale Studien über die Möglichkeit einer konservierenden Energiepolitik liegen vor, deren Ergebnisse auch auf die steirische Energiesituation übertragbar sind. Dabei zeichnet sich für alle energieverbrauchenden Sektoren ein so ausgeprägtes Energieeinsparungspotential ab, daß in wenigen Jahren eine langfristige Stabilisierung des steirischen Primärenergieverbrauchs erreichbar erscheint. Detaillierte Verbrauchsstudien ergeben, daß sogar der Sättigungsbedarf an End-Energie durch einen zumindest stabilen Primärenergiebedarf gedeckt werden kann. Voraussetzung für die Realisierung eines solchen konservierenden Energieverbrauchsszenarios sind allerdings entsprechende energiepolitische Maßnahmen, die durch einen breiten Konsens von Energiekonsumenten und Energieproduzenten zu tragen wären.

Das Energiepotential des Industriesektors ist aufgrund des hohen Anteils der Grundstoffindustrie mit technologisch bedingtem abnehmenden spezifischen Energieeinsatz sowie der erwünschten Reduzierung des Anteils der energieintensiven Grundstoffindustrie an der Gesamtindustrieproduktion der Steiermark gegeben. Geänderte Verbrauchsgewohnheiten sowie technologische Fortschritte schaffen ein realisierbares Einsparungspotential im Verkehrssektor. Bei den Haushalten und Kleinverbrauchern sind bedeutende Einsparungsmöglichkeiten an Primärenergie durch effizientere Energieversorgung gegeben, ohne daß damit ein Komfortverlust verbunden wäre.

Dies bedeutet, daß sich der Energieverbrauch der Steiermark auf etwa jenem Niveau stabilisieren läßt, wie es Ende der 70er Jahre gegeben ist; dies kann ohne Einbußen an

Bequemlichkeit, ja sogar unter den Annahmen sehr luxuriöser Verhältnisse in der Haushaltsausstattung, einem nahezu verdoppelten Pkw-Bestand und einem mittleren industriellen Wachstum prognostiziert werden.

## Der Übergang auf erneuerbare Energieträger

Entscheidende Änderungen in der Struktur des Energieverbrauchs im Hinblick auf die eingesetzten Energieträger im Sinne einer importunabhängigeren Energieversorgung sind möglich.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei dem Sektor Haushalte und Kleinverbraucher zu, der rund 90 Prozent seines Energiebedarfs für Warmwasserbereitung und Raumheizung verwendet. Dieser Bedarf kann schon kurzfristig einerseits durch rentable Investitionen zur Verbesserung der thermischen Gebäudequalität reduziert werden, andererseits aber mittelfristig von der gegenwärtigen Basis fossiler Brennstoffe und hochwertiger elektrischer Energie auf die Basis erneuerbarer Energieträger umgestellt werden. Eine tragende Rolle kommt dezentralen Fernwärmennetzen zu, die mit Kraft-Wärme-Kopplung, Industrieabwärme sowie Biomasse im weitesten Sinn betrieben werden.

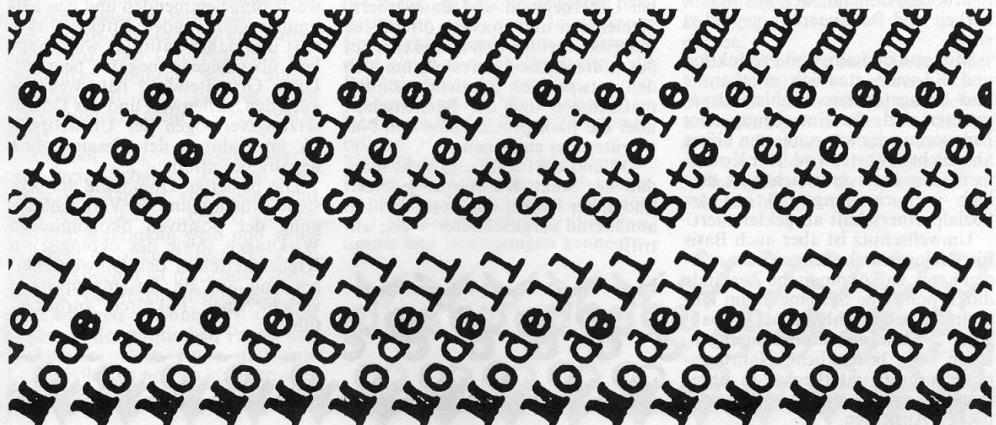
Bis zu 25 Prozent des Primärenergieverbrauchs erscheinen in einem Zeitraum von 20 Jahren durch bewußte Nutzung des reichen Biomassepotentials der Steiermark abdeckbar. Der Anteil der Wasserkräfte könnte auf mindestens 10 Prozent des Primärenergievolumens ausgedehnt werden. Rund 65 Prozent Primärenergie wären aber weiterhin durch fossile Energieträger zu bedenken. Dazu müßten alle Anstrengungen unternommen werden, um neue Lagerstätten zu erschließen, die Möglichkeiten der Kohlevergasung

unter Tag geprüft und schließlich langfristige und breitgestreute Lieferverträge mit dem Ausland abgeschlossen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine Neuorientierung der Energiepolitik von der vermehrten Bereitstellung zur effizienteren Verwendung und zu inländischen und erneuerbaren Energiequellen gerade in der Startphase aktive Unterstützungen des öffentlichen Sektors erfordert.

Abzuwägen sind auch die Investitionserfordernisse, die für eine konservierende Energiepolitik zu leisten sind. Auch hier zeigen jedoch internationale Studien und ausländische Musterprojekte, daß bereits bei den jetzigen Energiepreisen in den meisten Fällen der Investitionsaufwand zur Einsparung von Energie geringer ist als der Investitionsaufwand zur Bereitstellung von zusätzlicher Energie. Von einer konservierenden Energiepolitik sind auch positive Effekte für den steirischen Arbeitsmarkt dadurch zu erwarten, daß die Energieproduktion verstärkt vom Ausland auf das Inland verlagert wird.

## Der Beginn einer Energiepolitik

Es ist darauf hinzuweisen, daß diese Perspektive eine „vorsichtige“ Entwicklung in Hinsicht auf eine konservierende Energiepolitik darstellt; d. h.: Es wird keine abrupte Kurskorrektur mit dem Erfordernis tiefgreifender staatlicher Eingriffe vorausgesetzt. An der Notwendigkeit einer bewußten und langfristigen Energiepolitik, die sich nicht bloß um „drei Prozent mehr pro Jahr“ schert, sondern ein klares Konzept für die Zukunft aufzuweisen hat, führt allerdings kein Weg vorbei. Für eine kleinkarierte Kirchturmpolitik, für Parteihader und die Durchsetzung von Gewinninteressen ist die Frage nach unserer „Energiezukunft“ zu dringend, zu (über)lebenswichtig, zu bedrängend geworden.



# KONFLIKTFELD STEIRISCHE UMWELTPOLITIK



**U**mweltschutz ist allgemeine Realität geworden, dafür zeugen zahlreiche einschlägige Landesgesetze und Verordnungen (11 Gesetze und mehr als 30 Verordnungen seit 1973), dafür zeugen die vorbildlichen Einrichtungen des Landes Steiermark und dafür zeugen auch die realistischen Auseinandersetzungen in der politischen Konfrontation innerhalb der Interessenvertretungen im weitesten Sinn.

Umweltschutz ist eine äußerst mühsame Realität.

Mühsam deshalb, weil die Naturhaftigkeit des Menschen mit seinem grenzenlosen Geist rauft.

Mühsam deshalb, weil wir aus der Tradition die Zukunft gestalten sollten, diese Tendenz dem Zeitgeist aber widerspricht.

Mühsam deshalb, weil uns die maximale Nutzung innerhalb kürzester Zeit wirtschaftlich empfohlen werden.

Mühsam deshalb, weil uns Machbarkeit und Relativierung gepredigt wird.

Mühsam deshalb, weil Produktion und Konsum staatlich anerkannte und hochgeförderte Wohlstandsparameter sind, die Entsorgung oder Erneuerung der konsumierten Güter aber nicht bewertet wird. Der Konsument, der Letztabrechende ist deshalb ja auch singgemäß aus der Sozialpartnerschaft ausgeschlossen.

Umweltschutz ist aber auch Basis für Dialoge, weil nachgewiesen werden kann, daß ökologische Zustände durch politische Systeme kaum längerfristig beherrschbar sind. Autoabgase, Gewässerverunreinigungen, Lärm oder bedenkliche Nahrungsmitzelsätze unterliegen in ihrer Wirkung ganz eindeutig keinen politischen Absichten.

Die tagespolitischen Schwierigkeiten in Österreich und teilweise in der Steiermark ergeben sich grob aus 3 Momentaufnahmen:

1. Die Ökonomie ist der Ökologie weit überlegen.
  2. Das Feindbild Umweltschutz, dem plötzlichen Arbeitsplatz-, Einkommen- und Fortschrittminderer; der Naturschutz bedroht die Bauern.
  3. Die unangenehme Gewissheit, daß unsere Naturgüter und urreigenste Lebensmittel, wie z. B. Luft, Wasser, Ruhe, Boden und Nahrung, ähnlich zu behandeln sind wie andere erworbene Rechte; es geht um die Gewährleistung auch dieser „öffentlichen Interessen“

## Vollzugsdefizit

Wie z. B. im Bereich des Lärmschutzes und der Abfallbeseitigung, so fehlt es auf dem Gebiet des Wasserwesens weniger an neuen gesetzlichen Bestimmungen als in der Handhabe und Beachtung der bestehenden Regelungen, die zumindest ausreichend sind.

Das Ergebnis der Bereitschaft von Gemeinden oder sonstigen öffentlichen Betreibern zur Durchführung von Immissionsschutzmaßnahmen ist wahrlich oft erstaunlich. Da sie ebenso wie einschlägige Behörden das „öffentliche Interesse“ vertreten, sollte man bei ihnen eine besondere Aufgeschlossenheit über die Erfordernisse des Umweltschutzes und der Nutzung der Naturgüter erwarten können.

Tatsächlich ist aber ihre Bereitschaft oft niedriger einzuschätzen als bei Unternehmen und Bauwerbern. Gemeinden und sonstige öffentliche Betreiber berufen sich umgekehrt auf das „öffentliche Interesse“, um sich den notwendigen Immissionsschutzmaßnahmen und der Rechenschaft über die Inanspruchnahme von Naturgütern zu entziehen.

Da und dort weiß und sieht man, daß der Staat den Bürger jederzeit findet, der Bürger den Staat nicht in annähernd vergleichbarer Weise antrifft.

Es ist für das Publikum nicht einzusehen, daß man wegen geringer Verkehrsdelikte — soweit man erwischt wird — angezeigt und danach bestraft wird, während z. B. bei Übertretungen der Gewässerschutzbestimmungen selbst die Polizei- oder Gendarmerieorgane nicht einschreiten. Es wird daher als notwendig angesehen, daß die Organe der öffentlichen Sicherheit auch die Umweltschutzbestimmungen in gleicher Weise beachten, also Umweltschutz als Teil öffentlicher Sicherheit betrachtet wird. Es geht hier nicht vordergründig um Strafen, sondern um das Aufnehmen der Anliegen, dem Nachgehen der Beschwerden und um das Vorhalten und dann erst um die Durchsetzung von Ansprüchen.

Dem Staat ist mit seinen derzeitigen Einrichtungen zuzumuten, daß er auch für alle seine Bürger ein Mindestmaß an Umweltsicherheit, wenigstens durch Aufnahme oder Erhebungen, garantiert.

## Umweltschutz und Arbeitsplatz, Ökonomie gegen Ökologie

Die seltsam einseitige Beurteilung von Umweltschutz und Umweltpolitik, wie sie heute noch in einer breiten Öffentlichkeit, aber auch noch in Wissenschaft und Politik anzutreffen ist, charakterisiert in kurzer Form folgendes:

Umweltschutzmaßnahmen werden ökonomisch allein unter dem Gesichtspunkt der von ihnen verursachten Kosten, der individuell finanziellen Belastungen und ihrer wachstumshemmenden und beschäftigungsgefährdenden Effekte diskutiert und daher natürlich wirtschaftlich überwiegend negativ beurteilt. Diese Grundtendenz hat zweifellos auch den Stellenwert und das Durchsetzungsvermögen der Umweltpolitik im Rahmen der Gesamtpolitik negativ beeinflußt.

Die bisherige Dominanz der Kostendiskussion und die Vernachlässigung der positiven ökonomischen Wirkungen sowie des ökologischen Kreislaufeffektes des Umweltschutzes sind auf ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren zurückzuführen:

# WEGE AUS DER WOHLSTANDSFALLE

Referat von Univ.-Prof. Hans Binswanger bei der Umwelt-Enquête des Modells Steiermark am 13. Juni 1980 im Josef-Krainer-Haus.

**N**eue Ideen — Ideen für ein wirtschaftspolitisches Konzept der 80er Jahre — nach Graz bringen heißt eigentlich Eulen nach Athen tragen. Die Österreichische Volkspartei der Steiermark hat schon mit dem ersten „Modell Steiermark“ einen Markstein gesetzt für eine Politik, die nicht in ausgetretenen Geleisen verharrt, sondern mit Elan und Phantasie an die konkrete Arbeit herangeht, und trotzdem — oder vielleicht gerade deswegen — volksnah bleibt. Dieser Elan beweist sich auch in der Tatsache, daß das Modell Steiermark jetzt für die 80er Jahre überarbeitet werden soll und dabei ausdrücklich auch neue Gesichtspunkte, die vielleicht vor 10 Jahren noch nicht so im Vordergrund standen, zur Geltung kommen sollen — Gesichtspunkte eines qualitativen Wachstums. Es sind, wie ich erfahren habe, 21 Arbeitsgruppen am Werk. Ich habe einige Protokolle der Arbeitsgruppe „Umwelt“ gelesen und bereits vieles daraus lernen können.

\*

Das Wichtigste, was ich heute vortragen möchte, sind nicht konkrete Vorschläge für eine oder andere politische Maßnahme hier in der Steiermark, das Wichtigste ist, Sie in der Absicht zu verstärken, den ganzen Bereich dessen, was man als „Umwelt“ bezeichnet und eigentlich alles umfaßt, was uns die Natur sowohl als Grundlage der wirtschaftlichen Aktivitäten wie als ökologische Lebensgrundlagen bietet, wesentlich ernster zu nehmen als bisher — und zwar einfach deswegen, weil wir in vielfacher Hinsicht an die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Natur stoßen, ja sie da und dort bereits überschritten haben.

Die bisherige Wirtschaftspolitik — zu der auch die Ordnungspolitik, also die Eigentumsordnung und die Regelung der Vertragsbeziehungen gehört — beruhte auf der Annahme, daß die Natur eine unerschöpfliche Quelle wirtschaftlicher Rohstoffe sei und eine ebenso ausgedehnte Sickergrube, in der alle Abfälle wirtschaftlichen Prozesses wieder verschwinden, ohne irgendwelche Spuren zu hinterlassen. Infogedessen sollte — das ist die entscheidende Konsequenz — die Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet sein,

1. die wirtschaftliche Produktion — das sog. Sozialprodukt — so stark und so rasch wie möglich zu steigern und

2. die gesamte Produktion, den gesamten Output, dem Konsum zuzuführen, wobei sich nur das Problem der Verteilung auf das Kapital bzw. die Arbeitgeber einerseits, die Arbeit bzw. die Arbeitnehmer andererseits stelle.

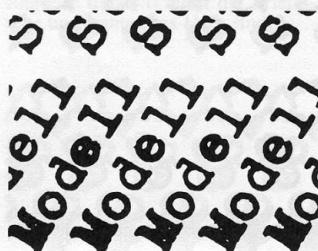
Dazu herrschte die Auffassung, das Problem der Verteilung ließe sich unter Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung umso besser lösen, je rascher sich das Sozialprodukt erhöhe, je schneller also das sog. wirtschaftliche Wachstum vor sich gehe. Auf die Natur, d. h. auf all das, was dem Menschen vor-gegeben ist, was er also nicht selber produzieren kann, sei keine Rücksicht zu nehmen.

Dieses Konzept hat nach dem Zweiten Weltkrieg recht gut funktioniert, wenn wir von den Zahlungsbilanz-Krisen absehen, die schließlich den Übergang zu den flexiblen Wechselkursen und damit eine größere Instabilität im internationalen Handel gebracht haben. Vor allem hat es uns — d. h. vor allem der industrialisierten Welt — eine unglaubliche Steigerung des Wohlstands beschert. Die Frage ist nur, ob wir mit diesem Wohlstand nicht in einer Falle sitzen, in der wir zu immer weiterer Wohlstandsteigerung verdammt sind, obwohl das Wort „Wohlstand“ immer mehr in Anführungszeichen zu setzen ist und sich in eine Plage verwandelt kann, ja in gewissen Bereichen schon in eine Plage verwandelt hat. Es ist die Frage, ob es uns geht wie dem Zauberlehrling in Goethes Gedicht, der wohl wußte, mit welchem Zauberwort man sich die tote Materie dienstbar macht, aber nicht mehr das Zauberwort kannte, mit dem

man diese Dienste stoppt bzw. reguliert, wenn ein Optimum erreicht ist, so daß eine Überschwemmung, ein Chaos alles zu vernichten droht.

Ich möchte die Antwort auf diese Frage vorläufig dahingestellt sein lassen und kurz auf die Problematik des wirtschaftlichen Wachstums eingehen, die sich aus dem nicht wegzuleugnenden Zusammenhang von Natur und Wirtschaft ergibt. Vor allem an drei Stellen des Wirtschaftsprozesses macht sich ein zunehmendes Unbehagen bemerkbar, das zur Vorsicht mahnt:

● An vorderster Stelle die Tatsache, daß die Reserve derjenigen Energie, die die tragende Grundlage des Wirtschaftsbooms der letzten drei Jahrzehnte war — nämlich des Erdöls — begrenzt sind; die vermutlich gewinnbaren Weltvorräte an Erdöl würden zwar bei Aufrechterhaltung der augenblicklichen Jahresproduktion noch ca. 100 Jahre ausreichen — also länger als vielleicht viele vermuten, aber die Lebensdauer dieses Vorrats schrumpft auf ca. 50 Jahre wenn wir die Produktion um 2–3 % ausdehnen, wie das in den letzten Jahren im Durchschnitt der Fall war. Außerdem haben die Industrieländer, die den Löwenanteil verbrauchen, nur noch einen kleinen Teil der Vorräte selber in der Hand, so daß die Lieferländer in der Lage sind, durch Steigerungen des Erdölpreises einen immer größeren Teil des Welt-Sozialprodukts für sich abzuschneiden. Tatsächlich ist über das Erdöl ein weltweiter Umverteilungsprozeß in Gang gekommen, den jeder an seiner Heizöl- und Benzinrechnung ablesen kann. — Zu der Begrenzung des Erdöls kommt die Tatsache, daß sich weltweit ein wachsender Widerstand gegen die Kernkraft, die zunächst als wichtigste Alternative gedacht war, bemerkbar macht, wobei auch auf den beschränkten Uranium-Vorrat und auf die noch größeren Risiken der Plutoniumwirtschaft hinzuweisen ist, wenn man der Beschränkung der Uraniumvorräte ausweichen will.



Natürlich ist mir klar, daß man die präsumtiven Betriebsblindnen nicht allein agieren lassen kann.

Der Umweltschutz als vielschichtiger und umfassender Problemkomplex verlangt, grundsätzlich über die Verantwortbarkeit unseres Umganges mit der Natur laufend nachzudenken und Lösungsschritte zu entwickeln, die insgesamt in die Einführung eines verantwortenden treuhänderischen Lebensstils münden müssen.

In der Umweltpolitik geht es natürlich auch um eine geistige Dimension, die für die Bewältigung unserer Umweltprobleme unerlässlich ist.

Da bin ich aber durchaus Optimist, persönlich und beruflich.

Dr. Rudolf Bretschneider

# NEUE SELBSTÄNDIGKEIT

Referat von Dr. Rudolf Bretschneider bei einer Modell-Steiermark-Veranstaltung am 19. Mai 1980 im Josef-Krainer-Haus.

**E**s gibt Menschen, die um das Wort „Selbständigkeit“ einen Bogen machen — weil sie nicht sicher sind, ob man es mit einem oder zwei „st“ schreibt. Andere machen darum einen Bogen, weil sie sich nicht trauen; sich selbst nicht genug trauen. Wieder andere gehen dem Prinzip „Selbständigkeit“ aus dem Weg, weil sie fürchten, daß sich dahinter egoistischer Individualismus und eine Leugnung sozialer Verantwortung verbirgt.

Aber es sind Bogen und Umwege um ein wichtiges Element eines humanistischen Menschenbildes, das zentrale Bestandteil unserer abendländischen Kultur ist. Eine Verdrängung, ein Leugnen, eine Aufgabe dieses Prinzips hätte für unsere kulturelle Identität weitreichende Konsequenzen, die nicht beliebig rasch rückgängig gemacht und „saubert“ werden können.

Ich bin als Sozialforscher nicht in der Lage, auch nur die wesentlichsten geistesgeschichtlichen Wurzeln aufzuzeigen, quasi die Ideengeschichte des Prinzips Selbständigkeit nachzuzeichnen. Die einschlägigen Verweise sollen nur illustrieren, daß „Selbständigkeit“ kein neuer Wert ist, nicht neu erfunden wird, sondern als Motiv und Impuls unsere abendländische Geschichte durchzieht, daß es ein Prinzip ist, das immer neu entwickelt werden muß, das sich gegen immer andere Widerstände behaupten muß.

Diese Widerstände liegen zum einen in Barrieren und Schwierigkeiten, die in unserer Umwelt begründet sind (überkommene Regeln und Gesetze, räumliche und zeitliche Bestimmungen, die das Verhalten steuern — denen wir uns beugen, ohne mit ihnen übereinzustimmen oder sie zu verstehen; Erwartungen unserer Mitmenschen, denen wir widerwillig gerecht werden, weil wir den Konflikt scheuen, der durch stille Konformität vermieden werden kann).

Die Widerstände gegen die stärkere Realisierung des Prinzips Selbständigkeit liegen aber immer auch im einzelnen Individuum, das das Wagnis von mehr Autonomie scheut. Schon der fundamentalen sokratischen Forderung, der Prämisse geistiger Selbständigkeit, dem philosophischen Streben des „Erkenne dich selbst“ weichen wir geschickt und ausredenreicher aus (trotz und manchmal geradezu mit der Psychoanalyse); aus Bequemlichkeit verzichten wir oft auch nur auf den Versuch einer eigenen Meinungsbildung und suchen entweder den „Seelenfrieden der Meinungslosigkeit“ oder übernehmen — unselbständig — eine solche von einer „meinungsproduzierenden Institution“.

Und trotz aller Widerstände hat es das Streben nach Selbständigkeit in den mannigfaltigen Lebensäußerungen immer gegeben. Und nicht nur als Norm und Prinzip, sondern auch als Realität.

Wenn wir heute den Begriff „Selbständigkeit“ hören, so denken viele — vor allem wirtschaftlich und soziologisch verschulte Personen — an den wirtschaftlich Selbständigen bzw. freiberuflich tätigen Menschen. Obwohl das — wie ich zeigen werde — eine verkürzte und sehr oberflächliche Sicht ist, werde ich mich eingangs mit ihr beschäftigen.

Im langjährigen Durchschnitt geht der Anteil der selbständig erwerbstätigen Personen (gemessen an der Zahl der Berufstätigen) zurück. Dennoch ist die Zahl der Personen, die sich selbständig machen bzw. selbständig machen wollen, sehr hoch. So haben (laut einer Untersuchung im Jahr 1977) ca. ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung schon einmal daran gedacht, sich beruflich selbständig zu machen. Besonders jüngere Personen (bis ca. 35 Jahre) ventilieren den Sprung in die berufliche Selbständigkeit verhältnismäßig oft. Ausschlaggebend dafür ist nicht primär das Gewinnmotiv, sondern der Wunsch, „sein eigener Herr zu sein“, souverän über Arbeit und Zeit zu entscheiden.

Wiewohl man um die starken zeitlichen und arbeitsmäßigen Belastungen der Selbständigkeit weiß, reizt einen die Möglichkeit weitgehender Selbstbestimmung und Eigenverantwortung.

Oft scheut man aber vor der Aktualisierung des Wunsches zurück, weil man zuwenig Voraussetzungen zu haben glaubt bzw. das Risiko zu hoch erscheint. „Wollt tätat ma ja, aber dürfen trau' ma uns net“, heißt es bei Karl Valentin.

Aber immer wieder gibt es viele, die den Schritt in die selbständige Berufstätigkeit vollziehen, Mehrbelastungen und Risiko auf sich nehmen. Oft führen sie eine familiäre Tradition weiter, oft wagen sie den Sprung — und es ist ein Sprung und nicht bloß ein Schritt — auch ohne unmittelbar bekannte Vorbilder. Sie trauen sich soweit, daß sie einen gewissen Lebensplan entwickeln, einen weiteren Zeithorizont wählen und längerfristig auf eigenen Füßen stehen wollen. (Ihnen müßte man „Kredit“ geben und nicht den Unternehmern, die dem Staat periodisch mit neuen Stützungsforderungen in den Rücken fallen, weil dieser einmal versprochen hat, daß er ihnen denselben stärken würde; siehe Eu-mig etc.)

Wiewohl die Quote der beruflich Selbständigen abgenommen hat, wurden Werte und Normen früherer „selbständiger Generationen“ übermittelt. Söhne und Töchter früherer eingewanderter Händler und Gewerbetreibender haben diese befruchtende Idee weitergetragen (spezieller Fall von sinkendem bzw. sickerndem Kulturgut).

Auf diese Weise entstand auch — anders als es Karl Marx prophezeit hatte — ein neuer Mittelstand. Es kam nicht zu einer Bildung von zwei Klassen (Kapitalisten vs. Proletarier), sondern zur Bildung differenzierter Mittelschichten, die sich, ungeachtet ihres unterschiedlichen beruflichen Milieus, in den Mittelstand einstufen.

Kennzeichnend für das Selbstverständnis dieser relativ neuen Schichten sind Wertvorstellungen und Verhaltensnormen, die jenen der „klassischen Selbständigengruppen“ ähneln (wie diese ihrerseits gewisse Ansprüche der neuen Schichten übernommen haben — soziale Mindestsicherung). So ist — soziologischen Analysen zufolge — Verantwortungsstreben, Vertrauen in die eigene Leistung als Aufstiegskriterium, Veränderungswille etc. vor allem für die Spitze des Mittelstandes charakteristisch. Als zentraler Wertbegriff, der hinter Wertnormen wie Leistung, Verantwortung, Selbstentfaltung steht, kann das Streben nach Selbständigkeit bzw. Selbständigerwerb angesehen werden.

So überrascht es auch nicht weiter, wenn ca. zwei Drittel der Berufstätigten in Untersuchungen (1977) angeben, in ihrer Arbeit eher selbständig zu sein und 55% — danach befragt, welche Dinge ihnen an einem Beruf wichtig sind — darauf verweisen, daß man die Möglichkeit haben sollte, die eigenen Fähigkeiten zu entfalten. Auch die Möglichkeit selbständiger Zeiteinteilung im Beruf erachtet ein starkes Drittel der Berufstätigten für wichtig. Aber die wenigsten können ihren Arbeitsrhythmus selbst bestimmen. Dementsprechend hoch ist die Forderung nach mehr Gleitzeitmöglichkeit (die ja nur eine Möglichkeit flexibler Arbeitszeitgestaltung darstellt).

Mehr Selbständigkeit am Arbeitsplatz zu realisieren (durch entsprechende Arbeits- und Zeitmodelle, durch Dezentralisierung der Entscheidungen, Einbeziehung der Mitarbeiter in Planungsvorgänge), ist eine wichtige Maßnahme, die Arbeit (wichtige Sinnquelle) weiter zu humanisieren. Gleichzeitig besteht hier auch eine Chance, Selbständigkeit, eigene Planung einzuführen und für andere Lebensbereiche zu lernen. Wer gewohnt ist, selbst einzuteilen, wird sich nicht so leicht „einteilen lassen“.

Um am Arbeitsplatz Selbständigkeit zu präferieren (und nicht gedankenlose Routinearbeit vorzuziehen), bedarf es der Erfahrung und Einübung; andernfalls hat man zuwenig Selbstvertrauen oder ergibt sich aus Bequemlichkeit seinem Schicksal, das man auch dann gern als solches bezeichnet, wenn es bloß widrige Umstände oder mitverschuldetes Unglück ist.

So ist Einübung in Selbständigkeit im frühen Kindesalter und der Schule eine wichtige Voraussetzung, um sich später zu trauen — zu getrauen. Kinder streben diesen Ablösungsprozeß von den (elterlichen) Autoritäten — wie die Entwicklungspsychologie lehrt — mehr oder weniger automatisch an. Aber es erfordert (zu) viel Fingerspitzengefühl von Eltern und Pädagogen, diese Schritte (zwei vor einer zurück) zu ermutigen. Häufig bleibt es von ihrer Seite bei der paradoxen Forderung: „Sei selbstständig!“ (unerfüllbar!) bei gleichzeitiger Pflege der Abhängigkeit und Einübung in die Unmündigkeit.

Auch im Wohnbereich, um ein weiteres Beispiel zu nehmen, mißtraut man dem Gestaltungswillen der Mieter, Genossenschaftsmitglieder, ja Eigentümer (wo sind die vielen Modelle der Planungsmit sprache, der Gestaltungsmöglichkeit bei Grünflächen?). Bis zur Haustierhaltung und dem Ausstauben von Fetzen reichen die Vorschriften der Hausverwaltungen; nur innerhalb der vier Wände darf man sich — begrenzt — eigenständig austoben.

Im Bereich der sozialen Vorsorge findet man scheinbar eine weitgehende Verantwortungsdelegation an den Staat und eine Einwilligung in die Unselbständigkeit. Die Sicherung der Renten und Pensionen, die Vorsorge für den Krankheitsfall zählen zu den von allen geschaffenen und bejahten Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates; höchster politischer Konfliktstoff für den Fall, daß jemand diese Basis sozialer Sicherheit untergraben wollte.

Aber: Man erkennt auch die Lücken; Pflegefälle, die „ausgesteuert“ werden; große Risiken, die nicht gedeckt sind, während Bagatellfälle voll berücksichtigt werden; dementsprechend spricht man sich (Härfälle ausgenommen) oft für Selbstbehalt aus.

Auch halten es fast drei Viertel der Österreicher — trotz sozialer Basis sicherung — für erforderlich, für den Lebensabend auch selbst ergänzend Vorsorge zu treffen (siehe auch die hohe Zahl von Lebensversicherungen, Sparformen).

Und auch für den Krankheitsfall schließt man vielfach private Zusatzversicherungen aus — aus Mißtrauen gegen die Qualität der „Normalbetreuung“, aus Skepsis bezüglich der Höhe der staatlichen Leistungen.

Man übt auch in zunehmendem Maße Kritik an den Möglichkeiten der Mitbestimmung im Gesundheitssystem. Nicht, daß man den Rückzug des Staates aus diesem Bereich wünscht: Aber man ergänzt die staatlichen Leistungen durch Eigenversorge und spricht sich für mehr Partizipation der Patienten in Spital und Sozialversicherung aus (eben, weil man sich als Kranke besonders abhängig und wenig selbständig erlebt).

Die Institutionen, die die jeweiligen Lebensbereiche verwalten oder gepachtet zu haben glauben, reagieren auf die diversen Ansprüche auf Selbständigkeit meist (noch) aversiv:



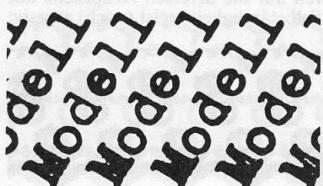
so die Gewerkschaft:  
auf Wunsch nach Zeitflexibilität  
so die Schule:  
auf Wahlfreiheit zwischen Modellen  
(wenig Kreativförderung, mehr Wissensvermittlung)  
so die Wohnbaugenossenschaften:  
auf Mitbestimmungswünsche  
und das Gesundheitssystem und die Ärzte:  
auf „mitredende“ Patienten.

In Schule, Beruf und vielen gesellschaftlichen Institutionen wird oft Selbständigkeit gepredigt, aber Anpassung und Konformität verlangt, Eigeninitiative gefordert, aber Dresur geübt, Mündigkeit postuliert, aber Verantwortung entzogen; so, als ob man Selbständigkeit und Eigenverantwortung mißtrauen würde, wird die Entscheidung allzugen „Experten“ und „Planern“ überlassen. Linke und rechte elitäre Ideologen sprechen in diesem Zusammenhang „den Menschen gern falsches Bewußtsein zu und die Fähigkeit ab, selbst darüber zu befinden, was ihnen guttut.“

Der Konflikt zwischen kulturellem Wertsystem und geübter Praxis läßt bei vielen, die selbständig sind oder es werden wollen, das Gefühl entstehen, offen oder geheim manipuliert zu werden.

Wohl bekennt sich die in Österreich in den 70er Jahren betriebene Politik mit Schlagworten wie Demokratierung und Mitbestimmung zu selbständigen Verhaltensweisen; in der politischen und institutionellen Praxis jedoch wurde gerade am Beginn der 70er Jahre das Anspruchsdenken gefordert und der Staat als optimaler Problemlöser dargestellt. Gerade auch bei „neuen Problemen“ wie Umweltschutz, umfassender Sicherheit etc. Dabei wurden die Probleme alle als so komplex und schwierig dargestellt, daß das Vertrauen in die Vernunft und eine Lösungsmöglichkeit durch kleinere Einheiten untergraben werden mußten (konsequenterweise löste solcherart geschaffenes „Problembewußtsein“ den Ruf nach der Intervention des Staates aus, der aber umso gedämpfter erklingt, je klarer einem die Steuerbelastung wird, die staatlichen Leistungen folgt und links eingreift: dort wo meist die Brieftasche und immer das Herz sind).

24



Auch sieht sich der Mensch, der selbständig zu seinem Ziel kommen wollte, immer mehr in das Laufgitter eines enger werdenden Paragraphennetzes gezwängt. Er beginnt unter Umständen zu resignieren und sich auf das Schicksal eines „Betreuungsfalls“ umzorientieren. Mit Recht wurde darauf verwiesen (Badelt), daß hinter jeder neuen Problemlösung durch den Staat auch ein Stück Selbstaufgabe der Bürger steckt.

Manchmal gibt man sogar das eigenständige, selbständige Denken auf, übernimmt unreflektiert die Parole der Partei, ist bequem (auch für andere) und gibt damit einen Teil seiner selbst auf. „Non cogitant — ergo non sunt“ kann für diese Zeitgenossen gelten.

Im allgemeinen kann man aber ein Ansteigen des „parteienkritischen“ Potentials konstatieren; die Menschen emanzipieren sich auch von unbedingten Parteoyalitäten; dieser Prozeß hat bei den bürgerlichen Parteien früher eingesetzt und wird auch Sozialisten noch stärker erfassen. Es ist, wenn man so will, eine weitere Säkularisierungswelle, die mit breiterem Strömungen des Wertwandels in Verbindung steht.

Die spezifische Mängelsituation und die Beunruhigung ob der neuartigen Gefahren lassen ein Orientierungsverhalten, verbunden mit langsamem Wertwandel (seinerseits verbunden mit noch langsamem Verhaltenswandel), eigentlich vernünftig erscheinen. Selbst wenn man zur Erfolgsgeneration gehört, die mit der materiellen Wachstumsmilch großgezogen wurde. So wird unter anderem erklärlich, weshalb zu „alten Werten“ wie „Schonung des leiblichen Lebens von Personen“, „Respektierung des Eigentums“ etc. neue hinzukommen bzw. wieder-aufleben, die auf den Schutz der Natur, persönliche Freiheitsräume, neue soziale Beziehungen Rücksicht nehmen. Es ist hier nicht der Platz (vornehmlich nicht der räumliche), um ein einigermaßen komplettes Spektrum der sich andeutenden Wertverschiebungen zu geben. E. Oldemeyer hat kürzlich eine sehr breite Auffächerung versucht, aus der stichproben- und schlagwortartig zitiert sei: Vom Herrschaftsprinzip (im politischen staatlichen Bereich) zum Partizipationsprinzip, von der Ausweitung der Staatsverantwortlichkeiten zur Entstaatlichung vieler Lebensbereiche (Minimalstaat?), von Konkurrenz zum Solidaritätsprinzip, von der Leistungsstimulation durch materiellen Anreiz zur Leistungsförderung durch Freude an der Arbeit, von der Herrschaft der Menschen über die Natur und der „Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse“ (Karl Marx) zur Ach-

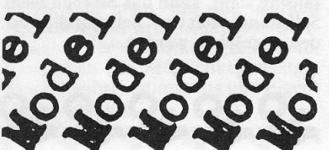
tung vor der Natur als dem autarken System aller ökologischen Systeme, von technischen Makrosystemen zu „angepaßter“, „sanfter“, „mittlerer“ Technik, von einer „Haben“- zu einer „Sein“-Orientierung; neben aktivistischem Expansionismus auch ein mehr kontemplativer „Weg nach innen“, von einem Programm der Säkularisierung und Entmythisierung zur (Wieder-) Anerkennung von sinngebenden Erfahrungen, wie sie in Mythos bzw. Religion aufbewahrt sind.

Vieles davon keimt erst, manches wird nur knöchelhoch; aber in einzelnen Fällen deutet sich an, daß diese „postmaterialistischen“ Haltungen, zumindest im Bewußtsein vieler Menschen, bereits bzw. noch immer hoch im Kurs stehen.

In einer empirischen Studie aus der Mitte der 70er Jahre wurde unter anderem der Prozentsatz der „Postmaterialisten“ in mehreren Ländern festgestellt (unter anderem in den Niederlanden, Großbritannien, USA, BRD und Österreich). Nach Abzug aller methodenbedingter Zweifel — Soziologen gehen sichtlich mit Wertpräferenzen ebenso rüde um wie Ökonomen — bleibt eine Reihe bemerkenswerter Erkenntnisse: Ca. 40% der repräsentativen Bevölkerungszahl waren der „materialistischen Kategorie“ zuzuordnen. 9% waren „Postmaterialisten“. Der Rest entfiel auf Mischtypen, die zu ca. einem Drittel als „gemischt materialistisch“ und zu ca. einem Fünftel als „gemischt postmaterialistisch“ anzusprechen waren. In Österreich war damals die Gruppe der „Postmaterialisten“ mit 5% an relativ kleinen, in den Niederlanden mit 21% am höchsten.

In allen Ländern neigten jüngere Gruppen signifikant stärker zu „postmaterialistischen Einstellungen bzw. Werthaltungen“.

EBenso klar trat eine positive Korrelation zum Wohlstands niveau und insbesondere zur Schulbildung zutage. Zumaldest für die Bundesrepublik Deutschland kam man aufgrund schwieriger Vergleiche zur Vermutung, daß es sich bei diesem Bild nicht um eine seit Jahrzehnten gleichartige Wertstruktur handle, sondern, daß zwischen 1951 und 1974 tatsächliche Verschiebungen in den Wertprioritäten stattgefunden hätten (die allerdings nicht nur zugunsten postmaterialistischer Haltungen ausfielen).



In Österreich gab es 1975 ebenfalls Postmaterialisten, aber — Robert Musil variiert — „nicht zu viele“; vor allem wußten sie wahrscheinlich nicht, daß sie solche seien und sich mehrten könnten. Ihr Erstaunen über das Zwettendorf-Ergebnis muß der Bestürzung eines Erlösers geglichen haben, der eines Morgens beim Aufwachen feststellte, daß die Erlösung bereits vollzogen war. Der Vergleich ist — vor allem angesichts der Komplexität des erwähnten Entscheidungslabyrinths — so falsch wie alle bildlichen Vergleiche, aber ein Abbild von Wahrheit ist darin wohl enthalten.

Charakteristisch für solche Menschen ist nun auch ihre erhöhte politische Partizipationsbereitschaft, die sich nicht auf Wahlgänge beschränken lassen will. Sie organisieren sich in kleinen Gruppen, diskutieren, schreiben Leserbriefe, tun sich in Bürgerinitiativen zusammen, sie sind unbequem: sich und anderen gegenüber.

Der Anspruch einer politischen Partei, die größte Bürgerinitiative des Landes zu sein (Gratz über die SPÖ), erscheint ihnen schlicht gesagt unglaublich. Von einem Vertreter dieser Gruppe könnte der schöne Satz stammen: „Die Partei hat immer recht – aber immer eine andere.“ Sie präferieren Wahlmöglichkeiten gegenüber „todsicheren Lösungen ohne Alternative“.

Dennoch sind sie keine egoistischen Individualisten, — sie wollen nur ihr Schicksal — zusammen mit anderen — selbst in die Hand nehmen, um es nicht nur Experten überlassen zu müssen. Sie sind auch keine Kollektivistinnen, die stets zentrale Lösungen **mit allen für alle** im Auge und im Sinn haben. Eher könnte man sie als Menschen bezeichnen, die das Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen und als eigenständige Individuen soziale Mitverantwortung tragen wollen. Es sind Mutige, die Ermutigung brauchen, die Selbständigkeit verwirklichen wollen, damit sie nicht nur ein Schlagwort bleibt.

Die Herausforderung für die gewachsenen und wichtigen Institutionen besteht darin, diesem Wunsch nach Selbständigkeit zu entsprechen, die Möglichkeit zu sinnvoller Mittägigkeit zu eröffnen, was durch Abgabe von Verantwortung teilweise möglich ist.

Das schaffte neue Sinnquellen („Ligaturen“, Dahrendorf), neue Möglichkeiten für die (Wieder-)Gewinnung von Identität, die einem in einer Welt, in der man viele Titelrollen ohne eigenen Text spielen muß, leicht verlorengehen kann. (Bedeutung von Familie und kleineren Gemeinschaften für Erlebnis der persönlichen Selbständigkeit und Identität). Eine Politik, die vom Menschen mehr Selbständigkeit fordert (als Konsument, Lernender, Arbeitender, Wohnender etc.), hätte nicht nur wirtschaftliche Folgen. Sie könnte auch gegen das Gefühl vieler Menschen ankämpfen, „in ihrem Leben nur eine untergeordnete Rolle zu spielen“ bzw. auf der Bühne des Lebens herumzustehen und nicht einmal Statist zu sein.

„We but half express ourselves, and are ashamed of that divine idea which each of us represents“, sagt der amerikanische Philosoph Ermerson in seinem berühmten Essay „Self reliance“.

Wir sollten uns nicht schämen, „this divine idea“, diese göttliche Idee, die mit Selbständigkeit und Selbstentfaltung Wirklichkeit werden kann, zu entwickeln, unser eigenes unverwechselbares SELBST.

*Dr. Rudolf Bretschneider ist seit 1965 am Institut für Markt- und Meinungsforschung FESSEL + GfK tätig und heute Geschäftsführer dieses Institutes.*

Dr. Bretschneider studierte Psychologie und ist Lehrbeauftragter an der Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien.

Steiermark Modell Apfel

1. Die Information über einen bedrohlichen Zustand der Umwelt hatte zwangsläufig zur Folge, daß zunächst nur die für vordringlich gehaltenen ökologisch positiven Auswirkungen des Umweltschutzes bewußt wurden — die Fünf-vor-Zwölf-Uhr-Stimmung wurde ausgenutzt.

2. Die überwiegende Vollzugsphase der Umweltpolitik fiel in eine Phase der wirtschaftlichen Rezession.

3. Die Umweltpolitik führt als Strukturpolitik zu wesentlich selektiven Konsequenzen bei einzelnen Branchen als eine breit angelegte Stabilisierungspolitik. Sie trifft meist auf gut organisierte und verfestigte Interessenstrukturen, die die Nichttragbarkeit zusätzlicher Belastungen einseitig herausstellt.

4. Vergleichbare Organisationen ökonomischer Interessen am Umweltschutz haben sich noch nicht etabliert; dies wäre die Entsorgungsindustrie oder das Entsorgungsgewerbe.

Die Überbetonung des Kostenargumentes und der negative ökonomische Beigeschmack des Umweltschutzes sind schließlich auch auf ein Mißverständnis in der gleichzeitig einsetzenden Diskussion um die Verlagerung vom quantitativen auf das qualitative Wachstum zurückzuführen. Diese Diskussion wird bis heute vorwiegend unter dem Aspekt geführt, daß qualitatives Wachstum, zu dem auch Umweltschutzmaßnahmen beitragen, etwas „Unökonomisches“ sei, das dem quantitativen Wachstum diametral entgegenstünde.

Der Schluß liegt nahe, daß alle Aufwendungen um die neue Dimension des qualitativen Wachstums nicht nur kurzfristig, sondern auf Dauer das „eigentliche“ Wachstum schmälern müßten.

Andererseits ist durchaus bekannt, daß ein Betrieb mit mangelnder Umweltschutztechnologie heute auch ein Betrieb mit mangelnder Prozeßtechnologie sein kann.

Wenn also die Behauptung aufgestellt wird, daß Umweltschutz Arbeitsplätze gefährde, dann müßte nachzuweisen sein, daß es ohne Umweltschutz mehr Arbeitsplätze gäbe!

Angebot und Nachfrage regeln den Preis. Schäbige Umwelt, viel Lärm, viel Asphalt, viel Abgase und viele Chemikalien entwerten die Umwelt; jedermann weiß und sieht, hier geht es offensichtlich billig zu. Dieses Angebot ist manchmal reichlich, die Nachfrage entsprechend und auch am Preis erkennbar. Was heißt es aber in der politischen Praxis und Diskussion, wenn Ruhe und gute Luft Privilegien werden könnten oder bleiben sollten?

## Umweltverträglichkeitsprüfung — Landeskompetenz

Bei der Diskussion um die Umweltenschutzkompetenzerteilung zwischen Bund und Ländern können zwei aktuelle Anmerkungen getroffen werden. Das Energiericht ist reine Landeskompetenz, somit auch der Kraftwerksbau auf kalorischer Basis.

Es mehrten sich bei Voitsberg III die Zeichen, daß die Auflagen zum Bau einer Rauchgasentschwefelungsanlage im Energierechtsbescheid — dieselben Auflagen finden sich im Baubescheid wieder — exekutionsfähig werden.

Auch der Kraftwerksbau des Fernheizwerkes in Graz-Süd fällt in die Landeskompetenz; ich würde dringend bitten, den Umweltschutzatbestand, der z. B. zur Frage der Luftreinhaltung weit über die Standortgemeinde hinausgeht, nicht dem Bürgermeister oder dem Gemeinderat zu überlassen.

Hier könnte das Land Steiermark zeigen, wie man sich im Kraftwerksbau eine Art „Umweltverträglichkeitsprüfung“ vorstellt. Dank der Aufgeschlossenheit der Stewag und der guten Zusammenarbeit mit der Behörde sind für diesen Vorgang äußerst günstige Anzeichen zu sehen.

Aus der Erfahrung bei Neutrassierungen von Straßenobjekten oder der Neuerichtung von größeren Industrie- und Kraftwerkseinrichtungen wurden Stimmen laut, die eine Art Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen bzw. modellhaft an bestimmten Anlagen eine derartige Studie zu erproben.

Die praktischen Ergebnisse solcher Versuche rechtfertigen, diese Anliegen weiterzuverfolgen. Hier werden zwei verschiedene Vorgänge zur Diskussion gestellt:

1. „Koordiniertes Verfahren“ vor den eigentlichen Verhandlungen; Vorverhandlung, Vorinformation in der Weise, daß Konsenswerber bzw. Betreiber und von Immissionen Betroffene gleich zuvorkommend oder gleich zurückhaltend durch die Behörde behandelt werden.

Dieser Versuch bietet sich auch im Verfahren für die Pöller Zellulosefabrik an.

2. Auflistung der Grundansprüche seitens der Emissions- und Immissionsbedingungen, damit Betreiber und Nachbarn frühzeitig ihre Positionen und Bedingungen kennen.

## Am Beispiel Lärmschutz und Luftreinhaltung

Lärmschutz, die Handhabung der Raumordnungsgrundsätze und der aktuelle Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof entwickeln sich derzeit diametral. Der Anspruch auf normierte Ruhe, wenigstens während der Nachtstunden, wird Überlegungen in Gang setzen müssen, ein Nachtflugverbot oder besondere Lärmschutzmaßnahmen aktiver oder passiver Art ins Auge zu fassen.

Auch der Kfz-Lärm ist kein gottgewollter Zustand; die Einrichtung eines Lärmschutzfonds zur namhaften Unterstützung für den Einbau von Lärmschutzfenstern entlang von hochbelasteten Straßen ist weiterzuentwickeln.

Die Luftreinhaltung ist historisch gesehen das schwächste Glied der Umweltschutzmaterie; die „Brunnenvergifter“ werden schon sehr lange verfolgt.

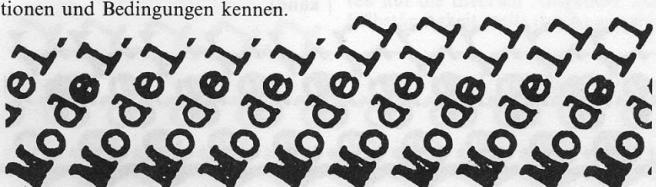
Aus der Luftgütekarte des Landes Steiermark und aus den Meßergebnissen und anderen Anzeichen wissen wir, daß wir in bestimmten Gebieten die Schadstoffabsenkung zielstrebig vorantreiben müssen. Dazu ist es sicher notwendig, daß wir von Normen, d. h. von allgemein akzeptierten und bekannten Grenzwerten ausgehen, damit einerseits eine bestimmte Rechtssicherheit für jedermann vorhanden ist und andererseits die Maßnahmen auch laufend überwacht werden können. Dazu kann berichtet werden, daß an einem derartigen Beamtenentwurf über die Grenzwerte des Schadstoffes  $SO_2$  intensiv gearbeitet wird.

## Grundbasis: Optimismus

Die Grundbasis der Umweltpolitik ist der Optimismus bei der Realisierung aller Vorhaben und das Wissen, daß auf Zukunftsvorsorge mehr Gewicht gelegt wird.

Dazu ist die Kette möglicher Folgerungen weiter aufzulisten und als Entscheidungsinstrument auszurichten.

Es ist sicherlich nicht Anliegen der Umweltschützer, ununterbrochen die Schuldigen ausfindig zu machen, unser Anliegen ist eher die Absicht, dieses oder jenes Potential zu heben und zu fördern, das Einigende und „Uunaufgebbare“ zu suchen und zu entwickeln.



● An zweiter Stelle der Wachstumsproblematik steht die zunehmende Überbauung und Asphaltierung bzw. Betonierung des Bodens und damit Verminderung der produktiven landwirtschaftlichen bzw. protektiven, d. h. vor allem auch ökologisch genutzten Flächen, z. B. Alpweiden und Wald. Einer der Unterlagen Ihrer Arbeitsgruppe entnehme ich, daß in Österreich derzeit jährlich 8000 ha und in der Steiermark ca. 1500 ha jährlich Freiflächen verlorengehen. In der gleichen Unterlage ist von einer „starken Verbauung bzw. Verhüttung der Landschaft infolge Straßenbau—Autobahnbau und insbesondere Häuserbau in den ländlichen Gebieten“ die Rede. Wenn dieser Prozeß so weitergeht, ist in absehbarer Zeit kein Boden mehr für die Landwirtschaft, die wir als Selbstversorgungsbasis für Zeiten gestörter Zufuhr dringend benötigen, und für die ökologische Nutzung des Bodens vorhanden. Dazu kommt die starke Übernutzung des Bodens in der Landwirtschaft selbst inkl. Anwendung von chemischen Schädlings- und Unkrautbekämpfungsmitteln. Einschränkung der Freiflächen und die Chemisierung der Landwirtschaft zusammen führen zu einer raschen Reduktion des Artenreichtums in der Tier- und Pflanzenwelt. Jede Stunde geht eine Tier- und Pflanzenart für immer von der Erde. Über einer halben Million Arten steht dieses Schicksal in den 80er Jahren bevor. Man schätzt, daß ein Drittel der Millionen aller Arten dieser Erde das Jahr zweitausend nicht mehr erlebt.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß der Boden der knappste Rohstoff ist, den wir besitzen, denn wir können ihn nicht importieren; wir müssen mit den Flächen auskommen, die wir haben, und wir müssen ihn optimal auf die verschiedensten gleichberechtigten Nutzungen verteilen; eine derart einseitige Bevorzugung der Siedlungsnutzung, wie wir es bisher praktiziert haben, ist nicht mehr zulässig.



● An dritter Stelle, aber im gleichen Rang, nenne ich die Umweltbelastungen durch Abfälle und Emissionen. Dabei ist an das bekannte Wort des Physikers Robert Mayer aus dem Jahr 1834 zu erinnern, der den zuerst auch in der Physik belächelten Satz aufgestellt hat: „Nichts wird aus nichts, nichts wird zu nichts.“ Dieser Satz, der unterdessen zum Bestandteil unseres naturwissenschaftlichen Wissens geworden ist, ist bisher in der Wirtschaftswissenschaft und in der Wirtschaftspolitik noch nicht gehört worden. Wenn man nur schwer realisiert, daß „Produktion“ im Grunde nur Transformation von natürlichen Ressourcen ist, so ist man sich erst recht nicht im klaren, daß auch der „Konsument“ nur Transformation ist und somit im gleichen Ausmaß Abfälle hinterläßt, als natürliche Ressourcen in das Produkt eingegangen sind. Wenn das früher zu keinen Problemen geführt hat, so nur deswegen, weil man praktisch nur erneuerbare d. h. organische Ressourcen verwendete, deren Abfälle im ökologischen Kreislaufprozeß wieder zu neuen Ressourcen werden. Zwei Gründe führen heute zur Umweltbelastung durch Abfälle und Emissionen: erstens die Einleitung von Abfällen aus organischen, erneuerbaren Ressourcen in falsche Kanäle, z. B. Überdüngung des Wassers durch die Haushaltsabfälle statt Düngung des Bodens; zweitens die ständige Erhöhung der Abfallberge und Emissionen aus nicht erneuerbaren Ressourcen, vor allem aus Energieträgern und chemischen Stoffen. Die Folgen sind sowohl Störungen der ökologischen Kreisläufe wie der menschlichen Gesundheit. Bezuglich der Chemikalien schreibt das Innenministerium der deutschen Bundesrepublik in einem vor kurzem herausgegebenen Informationsblatt: „Werden wir nicht schon lange mit Problemen konfrontiert, Problemen, die eine völlig neue Dimension möglicher Gefahren in sich bergen? Jeder dritte von uns wird an Krebs erkranken, jeder fünfte daran sterben. Ist dies ein natürlicher, unbeeinflußbarer Vorgang oder evtl. die Folge weltweiter, langfristiger Vergiftung mit Chemikalien in unserer Umwelt? Unsere Forschung scheint den zweiten Verdacht zu erhärten: für bis zu 80 Prozent aller Krebskrankungen werden heute Langzeitvergiftungen mit Chemikalien verantwortlich gemacht.“

Die Umweltschutzvorschriften, die seit 20 Jahren, vor allem etwa seit 10 Jahren, sukzessive in allen Ländern erlassen wurden, haben zwar einige Verbesserungen gebracht. So sind im allgemeinen die Belastungen mit bestimmten Schadstoffen in den Ballungsgebieten gesunken. Sie haben sich aber in den Nicht-Ballungsgebieten ausgedehnt. Vor allem aber reichen die bisherigen Vorkehrungen nicht aus, wenn der Ressourceninput und damit der Abfall und Output ständig zunimmt. Die bisherigen Vorkehrungen waren nämlich meist auf das sog. Konzentrations- oder Verdünnungsprinzip ausgerichtet, nämlich darauf, die Abfälle irgendwo anzuhäufen (Müllhalden) oder so fein zu verteilen, daß sie nicht mehr merkbar sind (hohe Schornsteine), eine Methode, die offensichtlich nur bis zu einer gewissen Menge von Abfällen und Emissionen funktioniert. Dazu kommt das ungelöste Chemikalienproblem und schließlich das Auftreten von sog. perversen Risiken im Zusammenhang mit den großtechnologischen Anlagen (z. B. Kernkraftwerken), die sehr unwahrscheinlich sind, aber, wenn sie auftreten, katastrophale Ausmaße haben.

\*

Wie soll man sich nun angesichts dieser unleugbaren Probleme verhalten? Man kann drei verschiedene Strategien unterscheiden, um dieser Situation zu begegnen.

Ich möchte sie als die Strategien – des quantitativen Wirtschaftswachstums,  
– des qualitativen Wirtschaftswachstums  
– und der rein ökologisch orientierten Wirtschaft bezeichnen.

Der Strategie des quantitativen Wirtschaftswachstums liegt die sog. Durchbrecherthese zugrunde, d. h. die Vorstellung, daß sich die Umweltprobleme, die sich aus dem Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte ergeben haben, mit noch mehr Wirtschaftswachstum lösen lassen, indem man aus dem größeren Zuwachs des Sozialprodukts einen bestimmten Anteil für den Umweltschutz abweigt. Die Bodenproblematik findet in dieser Strategie keine Berücksichtigung. Voraussetzung dieser Strategie ist allerdings eine praktisch unendliche Steigerung der Industrieproduktion, so daß das Wachstum von der Ressourcenseite her nicht in Frage gestellt wird. Es ist die Strategie der Großtechnologie, Konzentration und Agglomeration sowie der totalen Industrialisierung und Elektrifizierung aller Lebensbereiche.

Ihr steht als extremer Gegensatz die Strategie der rein ökologisch orientierten Wirtschaft gegenüber, die nur auf erneuerbaren Ressourcen und der Regeneration dieser Ressourcen in ökologischen Kreisläufen aufbaut. In dieser Wirtschaft gibt es per definitionem keine Ressourcen- und keine Abfall- und Umweltproblematik, da es ja wegen der Regeneration der erneuerbaren Abfälle nie zur Erschöpfung der Ressourcenvorräte dieser Wirtschaft und damit auch nie zur Anhäufung von Abfallbergen und schädlichen Emissionen kommt. Es gibt überhaupt keine Umweltpolitik und trotzdem oder gerade deswegen keine Umweltprobleme. Es ist die Strategie der Kleintechnologie, der Dezentralisierung und Rationalisierung sowie einer Reagrarisierung der Wirtschaft.

In der Mitte steht die Strategie des qualitativen Wachstums, die vielleicht in ihrer Zielsetzung am besten umschrieben werden kann mit einem Satz aus dem Diskussionsentwurf Ihres Arbeitsbereiches „Umwelt“ zum Modell Steiermark. Er lautet: „Aufgabe des Gemeinwesens ist es, eine ausgewogene Ökologie anzustreben, gleichzeitig aber die Möglichkeiten für die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Leistungen entsprechend unserer Kultur und Zivilisationsstufe zu gewährleisten.“ Diese Strategie beinhaltet eine Berücksichtigung ökologischer Kreisläufe, wo immer dies möglich ist, aber keinen Verzicht auf den Einsatz nicht erneuerbarer Ressourcen, sondern — und das ist das Entscheidende — Streckung der Weltvorräte durch sparsamen Gebrauch derselben, Verwirklichung des Umweltschutzes durch eine Kombination des traditionellen Umweltschutzes auf der Outputseite der Wirtschaft und verhindert Einsatz von Ressourcen auf der Inputseite der Wirtschaft; sog. Entkopplung von Ressourcen- und insbesondere Energieverbrauch und Sozialproduktwachstum; Unterordnung des Sozialproduktkonzepts unter den weiteren Begriff Wohlfahrt und Lebensqualität. Es ist die Strategie der mittleren Technologie, der dezentralisierten Konzentration und einer gemischten Energieversorgung und der Aufrechterhaltung von nicht wirtschaftlich genutzten Freiräumen. Es ist die Strategie einer Aufrechterhaltung des erreichten Lebensstandards, die weder Askese und Rückkehr zur Situation der Höhlenbewohner noch Überfülle konsumierbarer Waren und Flucht nach vorne in die Unfreiheit der Weltraumfahrer beinhaltet. Es ist — mit einem Wort — die Strategie der Vernunft, aber gleichzeitig die Strategie, die am schwierigsten zu verwirklichen ist, denn alles

Vernünftige ist schwierig zu realisieren. Es ist deshalb schwierig, weil das Vernünftigste nie ein Extrem sein kann, sondern nur ein Optimum, in dem verschiedene Ansprüche gegenüber abgewogen werden. Jeder Optimierungsprozeß setzt aber große Denkarbeit voraus — und denken ist eben schwierig, viel schwieriger als sich einem Extrem zu verschreiben. Nichtsdestoweniger möchte ich hier mit Ihnen für die Vernunft und damit für ein qualitatives Wachstum und damit für einen gangbaren Weg aus der Wohlstandsfall plädieren. Die anderen Wege sind entweder nicht realisierbar oder führen in ein wirtschaftliches oder politisches Chaos.

Das qualitative Wachstum ist vor allem dadurch charakterisiert, daß es von der Steigerung des Sozialproduktes als Zielsetzung der Wirtschaftspolitik abrückt und es durch das allgemeinere Konzept einer Erhöhung der Wohlfahrt und der Lebensqualität ersetzt. Dies bedeutet, daß eine Erhöhung des Sozialproduktes bloß ein etwaiges Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung sein kann, wenn sie sich von selbst aus dem Marktprozeß ergibt oder die konkreten wirtschaftspolitischen Ziele dies erfordern sollten. Wenn aber die Wirtschaft funktioniert, dann besteht kein Grund mehr, mit allen Mitteln darüber hinaus die Steigerung des Sozialprodukts zu forcieren und damit das übergeordnete Ziel der Wohlfahrtsmehrung zu gefährden.

Um diese Aussage zu verstehen, muß man sich bewußt sein, daß das Sozialprodukt ein völlig ungenügendes Konzept ist, um über die Wohlfahrt bzw. den Nutzen der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Volkswirtschaft Auskunft zu geben. Nur einige Beispiele:

Im Sozialprodukt werden nur die bezahlten Güter und Leistungen berücksichtigt. Dies hat zur Folge, daß das Sozialprodukt sinkt, wenn ein Mann seine Haushälterin heiratet; die Leistung der Hausfrau wird ja nicht bezahlt und geht daher nicht in das Sozialprodukt ein. Das gleiche gilt für die Leistungen, die im sog. Bereich der Eigenproduktion, d. h. der Produktion im Konsumbereich bzw. der Selbstversorgung in kleinen und größeren Gemeinschaften, erbracht und entweder ohne direkte oder nur mit natürlicher Gegenleistung ausgetauscht werden.

Ebenso werden die Gratisleistungen der Natur im Sozialprodukt außer acht gelassen. Wenn man daher einen verschmutzten See so sauber macht, daß man wieder in ihm baden kann, so wird zwar der Aufwand für die Säuberung das Sozialprodukt erhöhen (ohne vorherige Verschmutzung hätte man es allerdings noch billiger haben können), aber der konkrete Nutzenzuwachs findet im Sozialprodukt keinen Niederschlag.

Das gleiche gilt im Gesundheitswesen. Jede präventive Maßnahme, z. B. Korrektur einer gefährlichen Straßenkreuzung zur Reduktion der Unfallgefahr, trägt weniger zu Erhöhung des Sozialproduktes bei als die Aufrechterhaltung von Unfall-Fällen, weil die Pflege der Verunfallten und der Kauf neuer Autos das Sozialprodukt auf die Dauer stärker erhöhen. Je mehr Unfälle, desto höher das Sozialprodukt — so läßt sich die Problematik des Sozialprodukt-Konzepts zusammenfassen.

Dabei ließe sich die Liste der kritischen Punkte noch beliebig verlängern. Das Sozialprodukt darf daher auf keinen Fall weiter als die entscheidende Kennzahl der volkswirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden, nur weil man es besser messen kann als die Wohlfahrt, die sich nie zu einer einheitlichen Größe wird zusammenfassen lassen. Wer trotzdem darauf beharrt, gleicht dem Mann, der seinen Hut auf der dunklen Straßenseite verloren hat, ihn aber auf der hellen suchen geht, weil er dort besser sehen kann.

Es geht im Rahmen des qualitativen Wachstums vielmehr darum, eine funktionierende Wirtschaft zu gewährleisten, d. h. Krisen, Arbeitslosigkeit und Inflation zu vermeiden, und zusätzlich die Umweltbelastung in allen ihren Formen nicht weiter anwachsen zu lassen und wo immer möglich zu reduzieren.

Wie ist nun ein Ausgleich zwischen diesen verschiedenen Forderungen herzustellen? Grundsätzlich so: Die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit sowohl in bezug auf die Gesamtzahl der Arbeitsplätze, wie in bezug auf die Vorsorge für Krankheit, Invalidität und Alter unter Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards, unter Einbezug der Leistungen, die im Bereich der Eigenproduktion und der direkten Sozialhilfe im Familien- und Nachbarschaftsbereich erbracht werden können, hat erste Priorität.

Die zweite Priorität muß aber heute die Umweltstabilisierung und damit die Aufrechterhaltung unserer ökonomischen und ökologischen Lebensgrundlagen für die Zukunft haben.

Erst an dritter Stelle geht es heute noch um eine weitere Steigerung des Sozialprodukts und damit des Konsums von käuflichen Dingen, die nur allzuoft das Resultat der Zerstörung nichtkäuflicher Dinge sind.

Ich glaube, daß diese Prioritätenordnung auch heute weitgehend der Einstellung der meisten Menschen entspricht. Sie zittern beim Gedanken, zu große Rücksichtnahme auf die Stabilisierung der Umwelt könnte zum Verlust des Arbeitsplatzes führen, ohne daß sie einen neuen gleichwertigen erhalten. Aber sie sind — das haben Meinungsumfragen wiederholt gezeigt — durchaus bereit, anstelle eines Einkommenswachstums von einem oder zwei Prozent ein Mehr an Umweltqualität, z. B. eine Reduktion des Lärms, zu wählen. Diese Einstellung ist durchaus rational und verständlich. Es ist eben ein großer Unterschied, ob man 100 Prozent seines Einkommens oder doch wenigstens einen großen Teil desselben verliert, wenn man bloß noch eine Arbeitslosenunterstützung erhält, oder ob man nur auf etwas verzichten soll, das man noch gar nicht hat und dessen Grenzen eigentlich schon sehr niedrig geworden sind — niedriger eben als der Grenznutzen einer verbesserten Umwelt.

Wenn man von dieser Erkenntnis ausgeht, stellen sich im Rahmen des qualitativen Wachstums zwei Aufgaben:

1. Es ist ein Gesamtkonzept der Umweltstabilisierung zu erarbeiten, das in gleich faßbarer operativer Weise neben das Konzept der Vollbeschäftigung und die übrigen Voraussetzungen der sozialen Sicherheit gestellt werden kann, und es ist 2. aufzusezigen, wie Umweltstabilisierung und eine stabile Wirtschaft mit Vollbeschäftigung in Übereinstimmung zu bringen sind.

Ich möchte zu beiden Anforderungen hier einiges sagen, auch wenn es angesichts der beschränkten Zeit nur im Sinne von Andeutungen möglich sein wird.

Das Konzept der Umweltstabilisierung kann entsprechend meinen anfänglichen Ausführungen als aus drei Teilen bestehend aufgefaßt werden, mit den Überschriften: natürliche Ressourcen, Boden, Abfälle und Emissionen. Was kann unter diesen drei Überschriften die konkrete, operationale Zielsetzung sein?

Bezüglich der natürlichen Ressourcen ist zwischen erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen zu unterscheiden:

— Hinsichtlich erneuerbarer Ressourcen gilt: Oberstes Ziel ist die Aufrechterhaltung der Regenerationsfähigkeit der betreffenden Ressourcen. Das bedeutet im Sinn einer **Minimalbedingung**: der Bestand der Ressource darf nicht soweit verringert werden, daß die Regenerationsfähigkeit überhaupt in Frage gestellt wird. Es darf kein Raubbau betrieben werden. Die **optimale Bedingung** wäre: Nutzung der regenerierbaren Ressourcen in dem Ausmaß, daß eine maximale Regeneration und damit für die Dauer eine maximale „Ernte“ garantiert ist; es soll also keine Übernutzung stattfinden. Außerdem ist möglichst die Rückführung der Abfälle aus regenerierbaren Ressourcen in den „richtigen“ ökologischen Kreislauf zu verlangen (Beispiel: Anstelle der Verschmutzung des Wassers durch „falsche“ Beseitigung der Haushaltsabfälle Düngung des Bodens mittels dieser Abfälle). Stabilisierung der Umweltbelastung in bezug auf die erneuerbaren Ressourcen heißt somit insgesamt Aufrechterhaltung der Regenerationsfähigkeit durch **nachhaltige Nutzung**. Dieses Prinzip der Nachhaltigkeit ist bezüglich des Waldbestandes schon lange bekannt; es wird ihm nur nicht immer genügend Rechnung getragen. Es muß heute der Wasserhaushalt ausgedehnt werden, der durch die Konzentration von Siedlungen in Großagglomerationen gestört worden ist. Vor allem aber ist es auf dem Gesamtbereich der Landwirtschaft bzw. des landwirtschaftlichen Bodens anzuwenden, der sowohl durch Übernutzung und Verödung gefährdet ist. Schließlich ergibt sich daraus die Notwendigkeit der Erhaltung der Arten im Pflanzen- und Tierbereich und damit die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Gen-Potentials, das zur Stabilisierung des Naturhaushalts nötig ist.

— Hinsichtlich der nichterneuerbaren Ressourcen ist daran zu erinnern, daß ihr Verbrauch dem Abbau eines gegebenen Kapitalbestandes ohne Erneuerungsinvestitionen gleich. Bei einem endlichen Gesamtvorrat einer Ressource (ökologisches Kapital) geht der heutige Verbrauch auf Kosten des künftigen Verbrauchs. Die durch den heutigen Verbrauch erzwungene Mindernutzung in der Zukunft ist damit dem heutigen Verbrauch anzulasten. Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß eine künftige Nutzung nicht die gleiche Bedeutung hat wie die heutige und daher auf den Gegenwartswert diskontiert werden muß. Sie kennen das Prinzip der Diskontierung zur Errechnung des Gegenwartswertes künftiger Kapitalerträge: wenn man ein Kapital von 100 Schilling zu 5% auf ein Jahr anlegt, ist es nach einem Jahr auf 105 Schilling angewachsen. Umgekehrt ist daher ein Betrag von 105 Schilling nach einem Jahr heute nur 100 Schilling wert, indem man den Betrag von 105 Schilling durch den Zinsfaktor, nämlich 1,05 dividiert bzw. eben diskontiert. Die Idee ist, daß eine entsprechende Diskontierung auch für künftige Nutzerträge aus dem ökologischen Kapital vorzunehmen sei. Welcher Diskontierungsfaktor ist aber hier zu wählen?

Allgemein gilt: je höher die Diskontrate, desto größer dieser abdiskontierte zukünftige Nutzen; ein desto geringeres Gewicht erhält also der zukünftige Nutzen. Umgekehrt wird der künftige Nutzen umso höher bewertet, je geringer die Diskontrate ist. Eine Diskontrate von null würde bedeuten, daß die künftige Nutzung das gleiche Gewicht erhält wie die heutige Nutzung und diese somit auf das unbedingt Nötige zu beschränken wäre (dies entspricht der Strategie einer rein ökologischen Wirtschaft). Eine Diskontrate von unendlich hingegen würde die Ressourcen völlig der momentanen Nutzung und damit der Vergeudung preisgeben (dies entspricht der Strategie des quantitativen Wachstums). Zur Strategie des qualitativen Wachstums gehört die explizite oder mindestens implizite Festlegung einer endlichen Diskontrate, was gleichzeitig die Wahl eines bestimmten Zeithorizonts bedeutet, bis zu dem man sich verantwortlich fühlt.



Die konkrete Festlegung der Diskontrakte ist offensichtlich eine politische Frage. Sie ist einerseits eine Frage der Ethik im Sinne der Vorsorge für künftige Generationen, andererseits eine Frage des Vertrauens in die Fähigkeit der Technik, bei einer Verknappung genügend wirtschaftlich verwertbare Ersatzressourcen zur Verfügung zu stellen, bei deren Produktion und Verwendung keine allzu großen ökologischen und gesundheitlichen Risiken entstehen. In der Bewertung dieser Risiken liegt das eigentliche Problem.

Die Berücksichtigung von „user-costs“ bzw. der Reservationskosten führt aber in jedem Fall zu einer relativen Verlangsamung des Resourcenabbaus gegenüber einer rein auf Maximierung des Gegenwartsgewinnes ausgerichteten Ressourcenverbrauchspolitik. Die sich aus der Berücksichtigung von Zukunftsinteressen ergebende **Mindestanforderung** ist die Verpflichtung zu sparsamem Gebrauch und zur Vermeidung und Verschwendungen, wie sie etwa durch die künstliche Obsoleszenz hervorgerufen wird. Aus diesen Überlegungen ergibt sich zusammenfassend das Postulat eines Übergangs von einer heute weitgehend praktizierten Kurzfristökonomie zu einer neuen **Langfristökonomie**.

Diese Betrachtungsweise ist allerdings zu erweitern durch die Berücksichtigung der Tatsache, daß die Welt in souveräne Staaten aufgeteilt ist. Dies hat einerseits zur Folge, daß ein einzelner Staat nicht allein verantwortlich gemacht werden kann für die Politik der Langfristökonomie; er hat ja gar nicht bzw. nur zu einem kleinen Teil die Handhabe dazu.

Andererseits ist er aber gerade wegen des Mangels einer verbindlichen internationalen Ordnung nicht nur in Zukunft durch die Ausschöpfung der vorhandenen Weltvorräte bedroht, vielmehr kann die Zufuhr einer Ressource in Kriegs- und Krisenzeiten, vielleicht aber auch nur im Zusammenhang mit monopolistischen oder oligopolistischen Preisstrategien eingeschränkt oder gesperrt werden. Aus diesen Gründen ist auf eine ausreichende Selbstversorgung bezüglich lebenswichtiger Ressourcen Rücksicht zu nehmen. Dies betrifft etwa die Energie. Hier geht es auch um die Aufrechterhaltung einer genügend großen landwirtschaftlichen Bodenfläche zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, wenn aus irgendeinem Grund Lebensmittelimporte im heutigen Ausmaß behindert sind. Eine solche Vorsorge gehört eindeutig zum Gesamtkonzept der Umweltstabilisierung.

Bezüglich des **Bodens** kann ich an Postulate betreffend die Pflicht zur nachhaltigen Bewirtschaftung und zur Aufrechterhaltung eines ausreichenden Grads der Selbstversorgung anknüpfen.

Die gegenwärtige Entwicklung kennzeichnet sich durch eine ständig beschleunigte Überbauung ökologisch und landwirtschaftlich genutzten Bodens. Man nähert sich dabei zwei Grenzen: Einmal wird der zur Regeneration des komplizierten, aus vielen ökologischen Kreisläufen bestehenden Systems Erde benötigte „lebende Boden“ dauernd zurückgedrängt; dazu gehören artenreiche, hoch stabile „protektive“ Flächen, umfassend Wald, Weideland und Biotope. Zum anderen werden die „produktiven“ Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden, vermindert. Das kann, wie gesagt, dazu führen, daß jenes Mindestmaß unterschritten wird, das in Notzeiten einen erfolgreichen Rückzug in die Selbstversorgung gewährleisten würde. Dagegen nimmt die sogenannte „sterile“ Fläche, umfassend Siedlungs-, Industrie- und Verkehrsflächen, zu.

Das Ziel der Umweltstabilisierung verlangt daher eine **langfristige Strategie für den Siedlungsverbrauch**. Es ist an der Zeit, einen obersten Umfang der Siedlungsfläche zu fixieren, der den oben erwähnten ökologischen und landwirtschaftlichen Aspekten Rechnung trägt und allmählich — in jährlich abnehmenden Raten — ausgenutzt wird: diese oberste Siedlungsfläche bestimmt also das Niveau, auf dem sich die Bautätigkeit nach allmählicher Annäherung auf dem für Ausbau und Renovationen nötigen Niveau stabilisiert. Eine weniger weitgehende Alternative wäre vorerst, als Zielvorstellung für einen genügend langen Zeitraum (von mindestens 4 Jahren), eine spürbare Verringerung der Zuwachsrate bei der Umwidmung von Freiflächen in Siedlungsflächen zu erreichen.

Bezüglich der **Umweltgüter Wasser, Luft und Boden** ist noch hinzuzufügen: Der Umweltschutz war bis dahin mit Schweregewicht auf dem Gebiet der Konzentration und Verdünnung der Abfälle und Emissionen tätig. Auch bei einer gründlich imputorientierten, umfassenden Umweltpolitik wird es immer Verschmutzungen geben, die erst im nachhinein beseitigt werden können. Es stellt sich dabei die Aufgabe, die Obergrenze der Verschmutzung bzw. Verunstaltung der einzelnen Umweltgüter (Luft, Wasser, Boden bzw. Landschaft) pro Region zu bestimmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Zeitverzögerungen eine wirksame Bekämpfung negativer Folgen der Verschmutzung erschweren: treten erste Symptome auf, so kommen die Schutzmaßnahmen oft schon zu spät. Würde eine Obergrenze überschritten, hülften Umweltschutzmaßnahmen nichts mehr; es darf also gar nicht so weit kommen.

Grundsätzlich ist daher eine Stabilisierung der Umweltbelastung gemäß **Vorsorgeprinzip** anzustreben. Dieses Prinzip geht von der Erkenntnis aus, daß es meistens zu spät ist für eine Schutzmaßnahme, wenn man sie erst ergreift, nachdem die Schäden festgestellt sind. Umweltschutz würde dann immer mehr zu einer bloßen Funktion der Meßverfahren der effektiven Verschmutzung werden. Dabei ist immer auch zu berücksichtigen, daß die Einleitung der Schutzmaßnahmen sowohl aus technischen wie aus politischen Gründen mit großen Zeitverzögerungen verbunden ist, und es komplizierter und aufwendiger ist, umweltbelastende Anlagen und Betriebe nachträglich zu ändern, als Neues von Anfang an umweltgerecht zu gestalten.

Aus diesen knappen Bemerkungen zur Präzisierung des Begriffes Umweltstabilisierung im Rahmen des qualitativen Wachstums möchte ich zur Behebung allfälliger Mißverständnisse hinzufügen, daß diese Operationalisierung der Umweltstabilisierung in der Wirtschaftspolitik keineswegs eine Erhöhung der Staatseingriffe zur Folge haben muß. Vielmehr könnte daraus — vom Postulat einer genügenden Selbstversorgung vielleicht abgesehen — ebenso gut die Forderung eines Rückzuges des Staates aus der Wirtschaft gefordert werden, denn zweifellos ist ein so starkes quantitatives wirtschaftliches Wachstum mit der entsprechenden Umweltbelastung, wie wir es erlebt haben, nur möglich, weil der Staat in expansiven Sinne bereits massiv in die Wirtschaft eingegriffen hat und weiterhin eingreift

— durch die staatliche Geldversorgung, die das Geld vom Gold trennt, und die auf der Papierwährung aufbauende Möglichkeit zur ungehemmten Geld- und Kreditexpansion,

— durch die Ausdehnung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mittels Staatsdefiziten im Zusammenhang mit der Übernahme der Verantwortung für die Vollbeschäftigung unter Belassung der Tarifautonomie bei den Sozialpartnern (was den Sozialpartnern ermöglicht, die Löhne ohne Rücksicht auf den negativen Beschäftigungseffekt zu erhöhen),  
— durch den praktisch zu 100 % vom Staat finanzierten Ausbau der Infrastruktur auf allen Ebenen usw.

Ich möchte besonders auf diesen Tatbestand hinweisen, weil immer wieder fälschlicherweise behauptet wird, zur Stabilisierung der Umweltbrauche es einen erhöhten Staatsdiktatismus. Demgegenüber liegt auf der Hand, daß es in einer reinen Marktwirtschaft inkl. einer rein marktwirtschaftlichen Geldversorgung kaum ein expansiveres Wirtschaftswachstum und daher auch kaum eine Umweltbelastung gäbe. Qualitatives Wachstum ließe sich daher sehr wohl mit einer Rückkehr zur reinen Marktwirtschaft verbinden. Wenn man aber eine solche Rückkehr zur Marktwirtschaft nicht will, z. B. wegen der sozialen Probleme, die u. U. damit verbunden sind, dann muß allerdings auch der Staat etwas in Richtung Umweltstabilisierung konkret tun — **sozusagen, um sich selber zu korrigieren**. Dabei geht es allerdings auch dann kaum um einen Ausbau, sondern vor allem um eine **Umorientierung** der bisherigen Politik.

Ich würde nun zu allen diesen Bereichen gerne konkrete Ausführungen machen, zumal ich mich zu verschiedenen Malen schon dazu geäußert habe. Hier muß ich mich aber begnügen, generell das Postulat einer **Umweltverträglichkeitsprüfung** für alle staatlichen Maßnahmen aufzustellen. Das betrifft neben der Umweltpolitik in erster Linie die Geld- und Kreditpolitik und die gesamte Finanzpolitik, dann aber die sog. speziellen Politiken wie die Energiepolitik, die Verkehrspolitik, die Agrarpolitik usw. und schließlich — was für Sie besonders von Bedeutung ist — die Infrastruktur- und Raumordnungspolitik. Ich hoffe aber, durch die Hinweise auf die mögliche Operationalisierung des Begriffes der Umweltstabilisierung doch schon einige Anhaltspunkte für die Überprüfung aller dieser Politiken im Hinblick auf die Umweltverträglichkeit bzw. die Umweltstabilisierung gegeben zu haben.

Nur auf einen entscheidenden Punkt möchte ich, wie bereits angekündigt, zum Schluß noch etwas näher eingehen: auf die Möglichkeit der Harmonisierung von Umweltstabilisierung und Sicherheit des Arbeitsplatzes bzw. Vollbeschäftigung, und damit auf die entscheidende Frage nach dem Zauberwort zur Beendigung der Zauberei, das der Zauberlehrling vergessen hatte.

Als erster, wenn auch ungenügender Hinweis für eine mögliche Harmonisierung beider Ziele dienen die Untersuchungen des Batelle-Institutes und der beiden Ökonomen Hödl und Meissner, die im Auftrag des Innenministeriums der Bundesrepublik durchgeführt wurden. Sie zeigen auf, daß durch Umweltschutzinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland bis gegen Ende der 80er Jahre ca. 370.000 Arbeitsplätze entstanden sind, nur aber ca. 15.000 bis 20.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Auch wenn diese Untersuchungen selbstverständlich mit allen Mängeln behaftet sind, die jeder Statistik eigen sind, so sind die Resultate doch genügend deutlich, um darzulegen, daß bis heute aus Umweltschutzgründen kaum je ein Betrieb abschließen oder abwandern mußte. Ein konkreter Konflikt zwischen Umweltstabilisierung und Vollbeschäftigung hat sich daher bisher nicht ergeben. Im Gegenteil, beides ging Hand in Hand. Dies gilt auch, wenn man den Verzicht auf den Bau von Kernkraftwerken und u. U. auch auf andere Großbauprojekte als Teil eines Programms zur Umweltstabilisierung rechnet (und ich meine, man sollte es tun). Dabei ist nämlich einmal zu berücksichtigen, daß solche Investitionen nur sehr kurzfristig eine größere Anzahl Arbeitsplätze schaffen. Beim Bau der Kernkraftwerke ist es etwa das fünfte Baujahr. Nachher sinkt die Zahl der Arbeitsplätze, die durch das Kernkraftwerk geschaffen wurden, auf einen kleinen Bruchteil. Außerdem aber — und das ist der entscheidende Punkt — werden durch den erhöhten Energieeinsatz, wenn die Kernkraftwerke fertiggestellt sind und die von ihnen erzeugte Energie abgesetzt werden muß, immer weitere Arbeitsplätze wegrationalisiert. Darum ist ein zentrales Postulat für die Koordination von Vollbeschäftigung und Umweltstabilisierung die Forderung aufzustellen: weg von der Forcierung der arbeitssparenden Investitionen mit erhöhtem Energie- und Rohstoffeinsatz und hin zu energie- und ressourcensparenden Investitionen, die nicht nur — wie alle Investitionen — im Investitionsgüterbereich Arbeitsplätze schaffen, sondern im Produktionsbereich die Arbeitsplätze belassen!

Dabei gebe ich mich allerdings nicht der Illusion hin, daß sich daraus eine genügend starke Gegentendenz gegen die in Zukunft zu erwartende weitere Freisetzung von Arbeitskräften durch Verbreitung der Mikroelektronik ergibt. In nennenswertem Ausmaß sind auf jeden Fall solche Arbeitsplatzverluste zu erwarten. Diese werden in Zukunft im Interesse des Umweltstabilisierens nicht mehr einfach durch weiteres Wachstum des Sozialprodukts aufgefangen werden können und dürfen. Das ist aber auch nicht nötig, wenn

- a) eine entsprechende Kürzung der Erwerbsarbeitszeit realisiert und damit die Erwerbsarbeitszeit auf mehr Arbeitnehmer verteilt wird und
- b) die Kürzung der Erwerbsarbeitszeit nicht einfach als Kürzung der gesamten Arbeitszeit eines Arbeitnehmers aufgefaßt wird, an deren Stelle die sog. Freizeit bzw. Konsumzeit rückt, sondern auch als Erweiterung des Bereichs der Eigenproduktion, also der Selbstversorgung in der Familie und anderen überschaubaren Gemeinschaften der „kleinen Netze“ bzw. des Sozialdienstes (Produktion im Konsumbereich).

Die Produktion im Konsumbereich wird als Teil des realen Einkommens zu werten und damit in die Tarifverhandlungen der Sozialpartner einzubeziehen sein, damit der Stundenlohn nicht übermäßig ansteigt und immer weitere Rationalisierungen und Arbeitsplatzfreisetzungen erzwingt. Eine Neuorientierung der Tarifverhandlungen in diesem Sinn gehört daher unumgänglich zur Koordination von Umweltschutzstabilisierung und Vollbeschäftigung. Allerdings kann auch die öffentliche Hand zu einem Ausbau und einer Aufwertung dieses zweiten Einkommensbereiches beitragen: durch verbesserte Koordination zwischen den Sozialdienst-Organisationen, durch Unterstützung von Quartierwerkstätten, durch Reform des Schulprogramms im Sinne einer vermehrten Anleitung zum Do it yourself usw. Es stellt sich die Frage, ob nicht auch vermehrt ein Teil der Sozialhilfe in diesem Rahmen, als Hilfe zur Selbsthilfe, gegeben werden sollte.

St. St. St. St. St.  
Modell Modell Modell Modell Modell

Ich habe letzte Woche am Deutschen Katholikentag in Berlin teilgenommen. In dem Forum, an dem ich teilnahm, wurde über die Frage „Anders leben — aber wie?“ gesprochen. Ein einleitenden Referat machte der Hauptredner, Pater Constantin aus Petropolis, Brasilien, einige Feststellungen, die ich hier zum Schluß anfügen möchte. Er sagte: „Es ist sicher wahr, daß die Rationalisierung mit dem Ziel, Arbeit einzusparen, nicht immer der Kultur und der Menschlichkeit dient. Wieder auf „arbeitsintensiv“ umzuschalten, nicht im Sinne des „im Schweiße deines Antlitzes“, sondern im Sinne differenzierter Einzelherstellung mit Einsatz von Phantasie und Herz neben Sachverständ und Fachkompetenz, würde die vermasgende Serienherstellung mit ihren vielfältigen Folgen, die menschliche Verflachung und Abstumpfung, vermindern. Dafür würden wieder mehr Einzelprodukte mit Charakter und Individualität möglich. Ich bin so einfältig, zu glauben, daß dadurch viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Das nagende „schlechte Gewissen“ wäre dann bei Herstellern, Verkäufern und Verbrauchern ebenfalls weg, und das wäre kein geringer Glücksfaktor.

Dafür muß ein Preis gezahlt werden. Ich bin nicht einfältig genug, das zu übersehen und es mir zu verhehlen. Indes: ist der Preis, den man für den Amoklauf ins Verderben bedenkenlos zahlt, denn nicht weit höher? Es ist ja wirklich nicht so, daß es nur auf der einen Seite einen Preis zu zahlen gibt. Daß es nicht so weitergehen darf, daran zweifelt ja niemand. Warum nimmt man diese Überzeugung nicht ernst genug?“

Das Modell Steiermark ist, denke ich, ein Ansatzpunkt, um diese Überzeugung ernst zu nehmen und so einen Ausweg aus der Wohlfahrtsfalle zu finden.

Univ.-Prof. Dr. Hans Binswanger,  
Hochschule St. Gallen

Geboren am 19. Juni 1929.

Studium der Volkswirtschaftslehre in Zürich und Kiel.

1957 bis 1967 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

1967 Habilitation mit einer Habilitationsschrift über „Markt und internationale Währungsordnung“.

1968 Wahl zum Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen. Vorsitzender der Leitung der „Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie“ an der Hochschule St. Gallen.

1969 Antrittsvorlesung über das Thema „Wirtschaftliches Wachstum — Fortschritt oder Raubbau?“

1972 bis 1978 Leitung des vom Schweizerischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung finanzierten Forschungsprojekts „Neue Analysen für Wachstum und Umwelt“ (NAWU).

1979 Herausgabe (zusammen mit W. Geissberger und T. Ginsburg) einer Kurzfassung der Forschungsergebnisse unter dem Titel „Wege aus der Wohlstandsfalle — Der NAWU-Report: Strategie gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung“ (S. Fischer Verlag).

# EIN DOKUMENT DER RATLOSIGKEIT

Als 1972 ein Büchlein mit dem Titel „Rote Markierungen“ erschien, mit sieben Beiträgen zur „Ideologie und Praxis der Sozialdemokratie“, wurde damals ein wichtiger Beitrag geliefert zu einer Grundsatzzdiskussion, der lediglich, aber entscheidend der Widerpart auf der ÖVP-Seite fehlte. Die SPÖ stand damals noch mit aufgekrempelten Ärmeln am Beginn einer von ihr dominierten Phase der österreichischen Innenpolitik, ein freies Feld lag vor ihr. Nicht die Frage, was sozialistische Politik ausmacht, stand im Vordergrund, sondern wie groß die Häppchen sein dürfen, die man den entscheidenden Wählerschichten verabreichen dürfe, ohne die Mehrheit und damit das Vehikel sozialistischer Politik zu gefährden. Das mittlerweile geflügelte Wort von der Doppelstrategie brachte damals Dr. Heinz Fischer ins österreichische Politik-Vokabular.

Kaum acht Jahre später, 1980, veröffentlicht Heinz Fischer wieder ein Buch mit dem Namen „Rote Markierungen“. Die Autorenzahl ist mittlerweile von sieben auf siebzehn explodiert. Die inhaltliche Substanz entwickelte sich dagegen verkehrt proportional. Versucht man, die Artikel auf einen Nenner zu bringen, dann drängt sich der Eindruck eines Dokumentes der Ratlosigkeit auf. Eine Ratlosigkeit, die in den besseren und ehrlicheren Beiträgen mitunter sehr unverblümtd beim Namen genannt wird (Matzner, Lesser, Fischer-Kowalski, Nowotny), die bei vielen schwächeren Beiträgen aus der Feder sehr prominenter Autoren mehr oder weniger geschickt mit platter Propagandaroutine oder Sprachkunststückchen überspielt wird, aber genau deshalb umso peinlicher sichtbar wird.

Das trifft Fischer in vorderster Linie, der lediglich in einem einzigen kurzen Absatz eine wirkliche Bombe in die Hand nimmt, aber schnell weglegt, als hätte ihm geschwant, daß er damit dem Salzburger Programm und dem Subsidiaritätsprinzip in die weit geöffneten Arme läuft und einige Jahrzehnte sozialistischer Praxis in Frage stellt. Gemeint ist jene kurze Anmerkung, mehr ist es wirklich nicht, in der Fischer überlegt, ob staatliche Förderungen nicht künftig an den Nachweis wirklicher Bedürftigkeit und Einkommensgrenzen gebunden werden sollten. Schade, er hätte eine wirkliche Grundsatzdis-

kussion auslösen können, hätte er diesen Gedanken ein wenig ausgeführt und durchgedacht und sich dafür den übrigen eher schwachen Aufguß der erläuternden Bemerkungen zum neuen SPÖ-Programm gespart.

Was die Herren Minister Broda (zur Rechtspolitik) und Salcher (zur Umweltpolitik) zu sagen haben, bewegt sich ebenfalls in den indifferen- renten Bereichen routinierter Sonn- tagsredner. Anstöße kommen von dort nicht. Wahrscheinlich soll man die von so exponierten Personen, wie es Minister sind, auch nicht erwarten.

Letztere Entschuldigung gilt nicht für Karl Blecha, der mit seinem Beitrag zur Problematik Sozialismus und Christentum den Ruf aufs Spiel setzt, ein intellektuell ernstzunehmender Mann zu sein. Man schlägt seinen Beitrag mit wirklichem Interesse auf, aber das ist denn doch ein wenig zu sehr Holzhammer, wie hier einfach das Christentum nach eher abgestandener Methode auf soziales Engagement reduziert wird und die Christen gegen die böse Hierarchie ausgespielt werden. Und Fragen wie Eherecht und Fristenlösung werden in ganzen drei Zeilen abgetan, obwohl doch nicht zuletzt da der Punkt wäre, an dem ein sozialistischer Christ Farbe bekennen müßte, wo es schwierig wird, wo man wirklich in grundsätzliche Fragen des Menschenbildes hineinkommt.

Ähnliches muß man leider auch über einen persönlich von mir sehr geschätzten Mann wie Rupert Gmoser sagen, der in seinem Beitrag über Mitbestimmung und Arbeitswelt gewerkschaftsfromme Erbauungsliteratur ab liefert. Beinahe schwer zu glauben, daß der immer originelle, aufmüpfige „Ruperl“ das geschrieben haben soll. Ist er schon so deformiert von seiner Abgeordnetenwürde?

Günther Nenning wiederum frönt seinem neuesten Hobby, den Grünen zu erzählen, daß sie alle in Wirklichkeit nur brave Sozialisten seien und daher dort am besten bedient. Und wo es an zündenden Argumenten fehlt, da ist Nenning immer noch für gekonnte ablenkende und verwirrende Wortakrobatik gut. Lustig, aber nicht sehr informativ.

Ro Ro Ro Ro Ro

Genug genörgelt. Da alle diese Personen ja nicht gleichzeitig aus irgendwelchen undurchsichtigen privaten Gründen ihre Spritzigkeit und ihren Mut zum unkonventionellen Gedanken und Argument verloren haben können, muß diese kollektive Formkrise irgend etwas auch mit der Gesamtsituation zu tun haben. Unzulässig wäre nur der Schluß, daß der Sozialismus in Österreich auch politisch schon am Krückstock geht. Davon ist er noch weit entfernt.

Wo der Wurm sitzt, das kann man bei anderen, weniger etablierten und daher weniger zu Rücksichtnahme verhaltenen Autoren lesen. Wenn man sich etwa durch das mühsame Ökonom-Chinesisch der Marina Fischer-Kowalski kämpft, dann dämmert schon einiges auf, dann wird da genau jene Frage gestellt, auf die die Autoren rundum eine Antwort entweder verweigern oder umgehen. Wie soll das mit der Gleichheit wirklich funktionieren? Da ist einerseits die Gefahr, daß Gleichheit in Zwang ausartet, die von allen mit beinahe schon verzweifelt klingender Intensität in Abrede gestellt wird, da sind andererseits die Angehörigen diverser neuer Klassen, die sich, Marx hin, Marx her, in ihrer neu gewonnenen Ungleichheit gefährlich wohl fühlen.

Dieses Leitmotiv wird zum machtvoll dröhnen Hauptthema bei den wahrscheinlich wichtigsten Beiträgen von Norbert Leser und Egon Matzner. Beide sprechen schon im Titel die Zukunftfrage an. Das Dilemma von Bekämpfung einer vorgefundenen Gesellschaft einerseits und andererseits Identifizierung mit dem Instrumentarium zwecks Durchsetzung eigener Ziele. Die Frage, was nach dem Wohlfahrtsstaat kommt. Man dürfe nicht hinter das Erreichte zurückgehen, beschwört Leser die Genossen, die Sozialdemokratie dürfe nicht ihre Hauptleistung vernachlässigen, nämlich „Sicherheit zu produzieren“, sagt Matzner. Aber dann kommt das „aber“. Ebenso unisono warnen diese beiden derzeit wohl wichtigsten ideologischen Denker in der SPÖ vor der bloßen Fortsetzung des bis dato geübten und erfolgreichen Weges.

Eindringlich und mutig warnt Leser vor einer Degeneration zur bloßen Funktionärserrschaft, ja er greift sogar ein wirkliches Tabu an: Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. Der derzeit die Partei dominierende Pragmatismus der Gewerkschaftsapparate, das technokratische „Machertum“, da sieht er die größten Gefahren für die Zukunft des Sozialismus. Und Matzner sekundiert wenige Seiten weiter mit deutlichen Warnungen vor der schwedischen und englischen „Sackgasse“.

Der Ausweg, den sowohl Leser und Matzner anstreben, ist mehr Offenheit für Selbstorganisation als Ausweg aus dem Dilemma zwischen Marktmechanismen und Staat. Mehr kleine Einheiten, mehr individuelle Vorsorge. Die Frage stellt sich aber, wie dergleichen mit dem Gleichheitsideal unter einem Hut zu bringen ist, das beide gleichwohl als unverzichtbar hochhalten. Dazu fällt ihnen, ebenso wie allen anderen Autoren zu dieser Frage, wenig mehr ein als der Stoßauszer, daß die Gleichheit schwer zu verwirklichen sei, auf mannigfache praktische Schwierigkeiten stoße, aber eben trotzdem immer wieder versucht werden müsse.

Durchaus lesenswerte Marginalien zu diesem Thema, nämlich aus der nüchternen Sicht des Ökonomen, liefert dann noch Ewald Nowotny. Auch er bekennt sich brav zum Prinzip der Egalität und zur Umverteilung, aber er leuchtet die objektiven Schwierigkeiten detailliert aus. Vor allem arbeitet er heraus, was alles grundlegend umgekämpft und in Frage gestellt werden müßte, nimmt man das Gleichheitsgebot ernst, und phasenweise hat man den Eindruck, Nowotny wolle hier einen hehren Grundsatz ad absurdum führen. Das Erziehungswesen müßte zunächst einmal total geändert werden, wobei der Autor das Problem der Begabung gar nicht erst anspricht. Er setzt voraus, man könne weitgehend mit materiellen Mitteln „kompensatorisch“ wirken.

Das nächste wäre das Erbrecht, zumindest an Produktivvermögen, dem man den Garaus machen müßte, aber überhaupt schon Sparen, Vermögensbildung, vor allem Eigentumsbildung in Realbesitz, wirken massiv gegen die Gleichheit, müßten also — aber da wird Nowotny schon vorsichtig und sagt das nicht ausdrücklich — im Grunde bekämpft werden. Dann folgt schon das Problem der „Leistungsgerechtigkeit“. Die Frage taucht auf, wer Leistung beurteilt, wenn dies nicht der Markt unter bestimmten Knappheits- und Überflußbedingungen tut.

Daß die Leistungsgerechtigkeit in der Praxis oft eine schiefe Sache ist, damit rennt Nowotny sicher auch bei Konservativen offene Türen ein, einen Lösungsvorschlag vermag er nicht zu machen, außer daß er sich vorstellen könnte, daß die Bankdirektoren ihre Arbeit auch zu niedrigeren Gehältern tun würden. Glücklicherweise ist Nowotny ansonsten nicht so platt. Dann geht es an die „bedürfnisgerechte Verteilung“ mit gleichem, eher fragwürdigem Ergebnis und dann ein interessantes Kapitel, das Problem der „Positionsgüter“. Da auch Nowotny eine Gesellschaft nicht denkbar erscheint, in der es ohne Verantwortungsposten und Macht abgeht — wie verteilt man das „Mehr“ an Ehre, Prestige, Macht, Verantwortung bei grundsätzlich kaum gegebener Vermehrbarkeit und auch nicht Teilbarkeit dieser Güter unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit?

Und kaum hat der gläubige Konsument des SPÖ-Programms diesen Brocken verdaut, verpaßt ihm der Autor schon den nächsten: Es sei unbestreitbar, daß ein Übermaß an Ungleichheit dem wirtschaftlichen Fortschritt und der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung schade. Da klatscht sogar die Industrievereinigung diskret Beifall. Aber: „Hält man weiteres wirtschaftliches Wachstum für erforderlich — und dies dürfte der Intention einer großen Mehrheit der Österreicher entsprechen —, so wird sich aber jedenfalls ergeben, daß ein gewisses Ausmaß an ökonomischer Ungleichheit als wirtschaftlich funktional akzeptiert werden muß.“

Und damit sind die ratlosen Artisten in der Zirkuskuppel wieder mit dem Gleichheitsproblem am Anfang. Es scheint das einzige zu sein, was als wirklich sozialistisch so etwas wie Zukunftsdimension haben könnte, aber es ist so gut wie nicht verwirklichbar, wie der Ökonom unbestechlich vorrechnet. Und unbestreitbar ist es auch, wo man es sich doch gerade in den schönen neuen Privilegien nett eingerichtet hat.

Wie schreibt Nenning doch so herzerfrischend zynisch, aber eigentlich tödlich für die ganze Diskussion: „Wer hat, redet von Freiheit, wer nichts hat, von Gleichheit.“ Und damit dürfte er das Dilemma einer zu Macht und lukrativen Posten gekommenen Partei, die gleichwohl an Werten im Gepäck fast nur noch die Gleichheit sieht, gültig formuliert haben.



# Bernd Schilcher

## MERK'S ÖVP

**A**ls die ersten „Roten Markierungen“ geschrieben wurden, war die Alleinregierung Kreisky ein knappes Jahr alt. Jetzt, zum zehnten Jahrestag des sozialistischen Wahlsieges, legt Heinz Fischer die „Roten Markierungen 80“ vor. Als einen, wie es im Vorwort heißt, längst fälligen weiteren Beitrag zur Standortbestimmung der Sozialdemokratie.

Auf den ersten Blick fällt auf, daß sich die Zahl der Autoren und Beiträge gegenüber den „Roten Markierungen 72“ beträchtlich erhöht hat, genau von 7 auf 17. Prominentester Neuzugang ist Bruno Kreisky als Einbegleiter, stärkster inhaltlicher Gewinn kommt von Marina Fischer-Kowalski, Ewald Nowotny und Egon Matzner.

Interessant ist aber nicht nur, wer neu hinzukommt, sondern auch wer nicht mehr schreibt. Statt des Sino-watz-Schützlings Hermann, weiland Kämpfer für einen sozialistischen Kulturbegriff und aufgefallen durch harsche Ablehnung Karajanscher Hochkultur, befaßt sich der partei-lose Design-Spezialist Peter Noever mit „Kunst und Politik“. An die Stelle des allzu starren Pro-Zwentendorfers und Generaldirektors Kienz ist der Gewerkschafter und Ökonom Sepp Wille getreten. Eva Kreisky, Herbert Salcher, Ina Wagner, Herbert Ostleitner und Peter Jankowitsch sind die weiteren Markierungsneulinge.

Wie sieht es nun aber nach zehn Jahren SPÖ in Österreich aus? Heinz Fischer zieht Bilanz in Frageform: „Wer könnte leugnen, daß Österreich in diesem Zeitraum nicht nur in bezug auf die Entwicklung seiner Wirtschaft und die Erhöhung des Lebensstandards seiner Bevölkerung große Fortschritte gemacht hat, sondern daß auch eine große Anzahl wichtiger Reformen verwirklicht werden konnte, die bewirken, daß Österreich insgesamt moderner, liberaler, offener und pluralistischer geworden ist?“

Kurz gesagt, es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute. Allein der Reallohnzuwachs betrug laut Fischer von 1970 bis 1978 47,5%. Was Fischer nicht sagt: Im gleichen Zeitraum erhöhte sich bekanntlich die Staatsverschuldung von rund 50 Milliarden Schilling auf 200 Milliarden Schilling — also um 200%. Mit anderen Worten, für jeden Schilling Reallohnsteigerung mußten S 2,70 ausgeborgt werden.

Womit sich drei Fragen stellen. Einmal die, ob es unseren Kindern und Enkeln, die das, wovon wir jetzt gut leben, einmal zurückzahlen müssen, auch noch so gut gehen wird? Das ist die Frage nach der Zukunft. Zweitens: Wem geht es um das viele Geld eigentlich wirklich gut? Allen Österreichern oder nur einigen und denen besonders gut? Das ist die Frage nach der Gleichheit. Schließlich drittens: Was heißt das eigentlich — „Gut gehen“? Mehr haben oder mehr sein? Das ist die Frage nach dem Sinn.

Für eine Partei, die das Prinzip der Gleichheit zum politischen Fundamentalprinzip erhoben hat, ist die zweite Frage die entscheidende: Geht es allen Österreichern gleich gut — zumindest ökonomisch? Dazu Günther Nenning:

„Nach -zg Jahren sozialdemokratischer Mit- und Alleinregierung in kapitalistischen Staaten ist die materielle Ungleichheit nicht kleiner, sondern größer. Außer ein paar Jusos scheint das niemand zu stören.“

Egon Matzner:

„Jede neue empirische Untersuchung liefert den Beleg dafür, daß die Ungleichheit in Österreich nach zehnjähriger Regierungszeit der SPÖ auf Bundesebene und bald fünfzigjähriger Regierungszeit in Wien unverändert ist.“

Damit droht der Sozialismus, wie Norbert Leser befürchtet, „zu einer Fassade für eine Funktionärs herrschaft zu werden, die kapitalistisches Erfolgs- und Profitstreben mit Allüren eines Neofeudalismus und eines Parteilehensystems verbindet“!

Auffallendes Symptom dieser Entwicklung sei das schlechte Gewissen der neuen Klasse. Egon Matzner: „Anderer wäre es nicht zu erklären, daß die SPÖ-Politiker im Wiener Rathaus eine Untersuchung der Einkommensverhältnisse in ihrem Bereich ablehnt haben, mit der Begründung, daß kein magistratsinterner Bedarf danach bestehe.“ Und: „Die häufige Weigerung von SPÖ-Millionären, über ihr Einkommen öffentlich auszusagen, oder ihre Unfähigkeit, sich an die genaue Höhe ihres Reichtums zu erinnern, sind nichts anderes als Ausdruck des Bewußtseins, daß das Einkommen eine Höhe erreicht hat, die ethisch nicht mehr legitimierbar ist.“

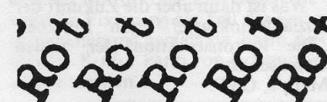
Diese neue Kluft zwischen oben und unten kennt im Wohlfahrtsstaat viele Verstärker. Der eine liegt in der wuchernden Gesetzesflut. Nur wer heute die Gesetze und alle Auslegungskniffe kennt, wer Beziehung zur herrschenden Klasse hat, der erhält auch die meisten Segnungen des Wohlfahrtsstaates. Das sind aber mit Sicherheit nicht die Schwächsten der Gesellschaft. Eine IFES-Untersuchung hat gezeigt, daß von den 150.000 einkommensschwächsten Steirern nur 8% Sozialhilfe aus dem Ressort des sozialistischen Landesrats erhalten. Das heißt aber, daß 92% der Sozialhilfe an Personen gehen, die jedenfalls nicht so bedürftig sind.

Ewald Nowotny: „Ungleichheiten resultieren nicht nur vielfach aus ökonomischer Ungleichheit, sie können umgekehrt auch wieder dazu beitragen, ökonomische Ungleichheiten zu perpetuieren, etwa durch unterschiedliche Möglichkeiten und Fähigkeiten, sich der Dienste der öffentlichen Verwaltung zu bedienen.“

Ein weiterer Verstärker der Ungleichheit ist die sogenannte Objektförderung. Jahrzehntelang haben Sozialisten erklärt, man dürfe staatliche Leistungen und Subventionen nicht vom Einkommen des einzelnen abhängig machen. Andernfalls würde man die Armen sozial stigmatisieren.

Also fördert man Wohnungen ohne Rücksicht auf ihre Bewohner, zahlt man Heiratsprämien, Schülerrahmen, Schulbücher usw., ohne danach zu fragen, ob sie einem Millionär oder einem armen Schlucker zugute kommen. Erst unlängst erklärte der Bundeskanzler, daß jede andere Form der Förderung zu teuer käme. Und Frau Staatsekretär Eipelauer will als große sozialpolitische Tat „Startwohnungen“ für junge Menschen fördern.

Ganz anders die „Roten Markierungen“. Ewald Nowotny: „Der Streuungsverlust einer Objektförderung, das heißt, die Begünstigung solcher, die hinsichtlich dieser Elementargüter keine Begünstigung brauchen, wächst. Dazu kommt das Hineinwachsen großer Gruppen von Lohnabhängigen in die direkte Besteuerung, was dazu führt, daß in noch höherem Umfang als früher die Umverteilung nur innerhalb der Gruppe der kleinen bis mittleren Einkommen erfolgt, dies aber mit erheblichen bürokratischen Reibungsverlusten.“



Wer hat also recht? Kreisky/Eipeltauer — oder Nowotny?

Die Erkenntnis, daß materielle Ungleichheit ausgerechnet unter sozialistischer Politik wächst, daß einfach — wie Marina Fischer sagt — ein „Herrentausch“ stattgefunden hat, erzeugt unter vielen Sozialisten einen starken moralischen Schock. Umso mehr, als dieser Makel kaum durch erhöhte persönliche Glücks- oder Sinnerfahrung aufgewogen wird. Im Gegenteil. Marina Fischer-Kowalski:

„Einer der wichtigsten Mängel ist der Mangel an Zeit. Das Mißverhältnis zwischen der geringen technologisch notwendigen Arbeitszeit... und der ungeheuren Zeitnot und Hetze, die sämtliche Lebensäußerungen bestimmen, ist geradezu grotesk. Ein anderer Mangel ist der an Liebe, froher Sinnlichkeit und freien sozialen Beziehungen.“ Und: „Wen die Kategorie des künstlichen Mangels nicht überzeugt, der halte sich an die auffälligen negativen Erscheinungen, die gesellschaftlichen Anomien, wie es so schön heißt, ... Selbstmorde, Alkoholkrankheiten, Zwangspsychiatrie und Verkehrstote. ... Besonders glücklich scheinen die Menschen unter den herrschenden Verhältnissen nicht zu sein — und mich tröstet nicht, daß es anderswo nicht besser sein soll.“

Heftig beklagt die Politologin die gewalttätige Vernichtung von Geschichte im Namen des sogenannten Fortschritts. Marina Fischer:

„Es wäre grundlegend falsch, darüber hinwegzusehen, daß die von der Sozialdemokratie wesentlich mitgetragene Fortschrittstheorie ihre reale Basis in der Befriedigung elementarer und berechtigter Bedürfnisse der Menschen gehabt hat — andere Bedürfnisse jedoch hat sie verkümmern lassen und was schlimmer ist, den Fortschritt in Richtung Destruktion der Menschheit überhaupt nicht behindert.“

Für wen also ist dieses Österreich wirklich moderner, liberaler und lebenswerter geworden? Bestimmt nicht für die wachsende Gruppe der, wie Noever sie nennt, „Aussteiger“: der Alternativler, der Bürgeraktivisten, der Staatsverdrossenen, der Grünen, der Sinsucher.

Es ist offenbar ganz und gar nicht so, wie Rupert Gmoser meint, daß man diesen Gruppen die Gretchenfrage stellen müßte: Wie hältst ihr's mit dem Rechtsstaat, mit der Gewalt? Schon eher wird die ganze Alternativbewegung zur Gretchenfrage für die Sozialdemokratie. An ihr scheiden sich auch die Geister der „Roten Markierer“. Da gibt es auf der einen Seite die selbstbewußte Antwort des Machtpolitikers Heinz Fischer:

„Nach wie vor ist die Sozialdemokratie die größte Alternativbewegung des zwanzigsten Jahrhunderts.“

Im Verhältnis zur Wirklichkeit ist das Vogel Strauß in Reinkultur. Auch für Gmoser sind diese neuen Gruppen bestenfalls eine Herausforderung zu noch mehr Reformpolitik. Dies, obgleich die Alternativbewegung ihrerseits gerade das jüngste Kind des Reformsozialismus ist.

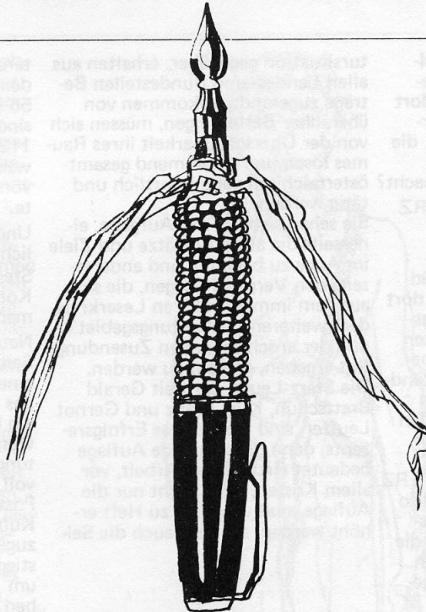
Ganz anders daher auch Günther Nenning: „Das Gewimmel der Bürgerinitiativen, widersprüchlich wie es ist, ist der Beginn einer großen, neuen Gleichheitsbewegung. Merk's, Sozialdemokratie“.

Das ist Midas-Sozialismus. Alles, was Herr Nenning angreift oder aufgreift, gerät ihm zum Sozialismus. Aus der Bürgerbewegung wird die Gleichheitsbewegung. Aus der Gefühlsbewegung ein Gefühlssozialismus. Nenning: „Gefühl ist ein sozialistischer Grundwert.“ Fehlt also heute das Gefühl, dann fehlt der Sozialismus. Kommt der Sozialismus, dann kommen wieder Gefühl und Gleichheit. So einfach ist das.

Andere tun sich freilich schwerer mit der Zukunft der Sozialdemokratie. Ewald Nowotny nimmt Zuflucht bei Günter Grass: „Fortschritt im Schneekentempo.“ Wohin — das ist sozilich ungewiß. Man spürt quer durch die „Roten Markierungen 80“: Der alte Schwung ist weg. Dahin wie der Glaube an die Macht der Institutionen. Kein Wort mehr vom Vertrauen in den Staat. Für Nowotny etwa geht es darum, Menschen künftig dazu zu bringen, „mehr als bisher ihre Probleme in solidarischer Kooperation mit anderen selbst zu lösen“. Das ist der selbständige Mensch, die gute alte Nachbarschaftshilfe.

Noch deutlicher wird Egon Matzner. Für ihn führt der „Österreichische Weg“ direkt in die Sackgasse. „Eine weitere generelle Ausweitung der materiellen Produktion und der Institutionen des Sozialstaats ist nicht mehr wie in der Vergangenheit imstande, existentielle Sicherheit für alle zu gewährleisten.“

Was ist dann aber die Zukunft der Sozialdemokratie? Egon Matzner: „Die Rekonstruktion der, zivilen Gesellschaft.“ Merk's, ÖVP.



# Sterz

## im Aufwind

Textausschnitt aus Sterz 1

### Gründungsmanifest

Der Sterz ist nichts anderes, als der uralte Brei der Körndl- und Bergbauern - nur sagt in Österreich niemand 'Brei' sondern 'Koch, Mus, STERZ oder Plenten'. (Aus Franz Maier-Bruck: "Das große Sacher Kochbuch")

Der STERZ muß locker sein, darf aber trotzdem nicht bei den Ohren herausstauben, das heißt, er muß fett genug sein.

### Zur Zeitung:

Hypothese: Marktlücke: In der Weststeiermark besteht keine Publikation, die es ermöglicht, kontinuierlich eigene Produkte erscheinen zu lassen.

Funktion: Wechselwirkung von Produzenten und Lesern.

Die Zeitung ist ein Forum, das sowohl kulturell Interessierten die Möglichkeit zur Veröffentlichung bietet, als auch Anreiz geben soll, einen neuen Kreis von Interessenten zu erfassen.

Ziel: Kultur ohne Normen: Kultur bedeutet nicht etwas Erhabenes und Hehres, das einer Elite vorbehalten ist, sondern jenes Sichtbarmachen subjektiven Gestaltmachen. Wir leben in einem dem einzelnen nicht bewußten Kulturreis. Erst durch die kreative Fixierung als Teil der Selbstverwirklichung genügt sie ihrem Anspruch. Kultur kann von jedem gemacht werden.

### 1980:

STERZ 12 ist ausverkauft mit einer Auflage von 4.000 Stück, was ungemein viel ist für eine unabhängige Kulturzeitschrift mit vorerst noch regionaler Verbreitung, in der Steiermark und, in einem gewissen Grad, in Wien.

STERZ 13 muß mit einer Auflage von 6.000 Stück gedruckt werden, um den epidemischen STERZ-Heißhunger zu stillen.

Wie erklärt sich diese Erfolgsmeldung von einer auf dem Land gemachten Kulturzeitschrift, die dort reüssiert, auch noch die Stadt erobert und eine Auflage erreicht, die STERZ zur größten Kulturzeitschrift ihrer Art in Österreich macht?

Was sind das für Leute, die STERZ lesen, wo sind die zu Hause?

Sterz hat, noch aus seiner Gründungszeit eine starke Basis im südweststeirischen Raum und wird dort in so ziemlich allen Bevölkerungsschichten gelesen, von Landwirten und Arbeitern, Lehrern, Gewerbetreibenden und anderen Mittelständlern, von Jugendlichen, Betagten und was an Altersstufen die beiden verbindet, von Schwarzen, Roten, Blauen und Grünen, alle sind STERZ-Konsumenten, denn STERZ kennt (fast) keine Grenzen. Und so wird STERZ in der Stadt mindestens genau so gerne konsumiert, die Verkaufszahlen in Graz und Wien signalisieren auch dort einen allgemeinen Bedarf nach STERZ. Es ist wirklich mehr als verwunderlich, daß Landproduktenhändler an die Städter etwas anderes verkaufen als Nahrungsmitel, frische Luft und abgestandene Folklore.

Die Leute, die ursprünglich ein lokales Bedürfnis orteten, für Weststeirer schreiben, sie zur Produktion anregen wollten, sehen sich plötzlich der gesamtösterreichischen Kul-

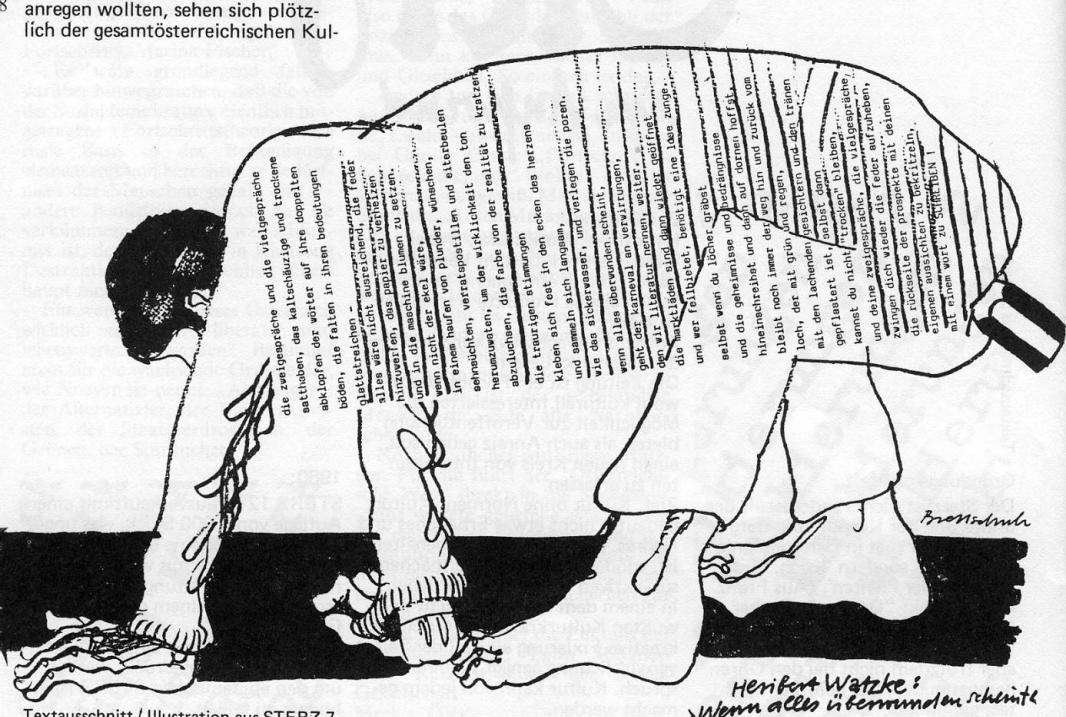
tursituation gegenüber, erhalten aus allen Landes- und Bundesländern Beiträge zugesandt, bekommen von überallher Bestellungen, müssen sich von der Überschaubarkeit ihres Raumes lösen und zunehmend gesamtösterreichisch verantwortlich und tätig werden.

Sie sehen sich vor der Aufgabe, einerseits die alten Vorsätze und Ziele im Auge zu behalten und andererseits den Verpflichtungen, die sich aus dem immer größeren Leserkreis, dem weiteren Verbreitungsgebiet und der anschwellenden Zusendungsflut ergeben, gerecht zu werden. Die Sterz-Leute, zur Zeit Gerald Brettschuh, Kurt Franz und Gernot Lauffer, sind Opfer ihres Erfolgsrezepts, denn die steigende Auflage bedeutet ein Mehr an Arbeit, vor allem Kosten, denn nicht nur die Auflage muß von Heft zu Heft erhöht werden, sondern auch die Sei-

tenzahl, die bei der letzten Ausgabe, dem 12er STERZ, sage und schreibe 56 Din-A-3 Seiten ausmachte. Das sind im normalen Magazinformat 112 und im Buchformat 224 Seiten, was übers Jahr gerechnet ein Buch von annähernd 1.000 Seiten erbrachte.

Und 35,- pro Heft sind dafür herzlich wenig (120,- Abo/Jahr), aber Sterz sieht seine Aufgabe darin, Kommunikation und nicht, Geld zu machen.

Natürlich sind die großformatigen Seiten nicht so eng bedruckt wie die eines vergleichsweisen Buches, denn das STERZ-Rezept beinhaltet auch ein kunstvolles Lay-out, eine lockere Gestaltung, eine lustvolle Aufbereitung, lustvoll für die Leser, denn ein weiteres Postulat des Sterzrezepts ist: Kultur soll Spaß machen, soll leicht zugänglich sein, zumindest im "Einstieg", wenn der Schwierigkeitsgrad, um bei der Klettersprache zu bleiben, auch bei einigen Beiträgen ganz schön zunehmen kann.



Ansprechend und künstlerisch hochstehend ist auch die Gestaltung der Werbung. Die Inserate, die "Kunstchef" Gerald Bretschuh in seiner unnachahmlichen Art zeichnet, passen sich nahtlos ins STERZ-Geschehen ein. Sie finden überdurchschnittliche Beachtung, denn sie sind das, was gute Werbung sein sollte, ein positiver Erreger von Aufmerksamkeit. Und tatsächlich sind die Namen der inserierenden Unternehmen den STERZ-Lesern ein Selbstverständlicher Begriff, verbinden sie doch damit ganz bestimmte Zeichnungen und raffinierte Serien von des Bretschuhs Hand.

STERZ soll aber nicht nur Spaß machen, einen leichten Einstieg in kulturelle Bereiche vermitteln, STERZ will auch zum Nachdenken anregen, Diskussionen provozieren, Stellungnahmen herausfordern. Darum hat jedes Heft ein eigenes Thema, eine Problematik, die in der Luft liegt, die wichtig ist, zu der es viele kontroverse Meinungen gibt. "Das Leben und die Kultur am Land", "Frauen", "Flucht" und "Bildervervisuelle Kommunikation" sind einige davon.

Es werden Autoren eingeladen, die ihren Standpunkt essayistisch, provokant und oft auch polemisch formulieren, die Leser werden aufgefordert, sich zu beteiligen, literarische Versuche einzusenden, Stellung zu beziehen, Illustrationen zu produzieren. Der Anfänger steht oft neben dem "Profi". Dazu wird das Thema für die nächsten Hefte angekündigt: Im Herbst: "Warum lesen, warum schreiben?" und im Winter vielleicht: "Zukunft".

Die STERZ-Bauern sind Nebenerwerbsbauern, das Sterzmachen ist ihr Steckenpferd, ihre Spielwiese



Am schlimmsten wachsen sich die Vertuschungsversuche des Herkunftsortes aus. Da wird herumgedrückt und die Nähe der Landeshauptstadt gesucht. Auskünfte will man am liebsten in einer unbekannten Fremdsprache geben.

Doch dies dauert nicht so lange, so lange man gesucht. Idenität zu verlieren heißt nicht, man sich aufzugeben, denn bleibt die Hilflosigkeit der eigenen Person und des eigenen Körpers als Rückzugsgefühl. Man merkt sich aus, fliecht in die Krankheit und findet nur mehr so Bestätigung der eigenen Existenz. Krank ist man auf dem "flachen" Land genauso gefragt, wie in der Stadt. Man spricht die gemeinsame Sprache des Beipflichts und der Sprachlosigkeit aus.

Da es mir noch nicht gelungen ist,

die graue Alltagshaut meines Marktfleckens abzutreiften - trotz unzähliger Häutungen - bin ich zurückgekehrt in die Sandgrube meiner Kindheit. "Die Suche nach der verlorenen Zeit" ist damit eingeleitet worden. (Es ist bezeichnend, dass man als gebildeter Ländler selbst "Heimsuchung" nur mehr in einem anderen Sinn als "Heimkehr" empfindet.) Doch der erwünschte Ruhm an den heimatlichen Eindrücken ist nicht zu fangen.

Man dient sich hoch.

Was gefordert wird, sind Vierzig und Unterwerfung. So kämpft man nicht nur gegen die auskriminierten Ausgangsbedingungen, sondern auch gegen noch nicht erlernte und durchschauten Herrschaftsmechanismen.

Unter diesen Bedingungen beginnt man sich selbst auf das Maul zu schauen, korrigiert sich schon vor der erwarteten Rüge und verwirkt alles, was einmal etwas bedeutet hat. Man versucht, von den Handzeichen des Vaters loszukommen, bemüht sich, die Wörter, die die Mutter gerne verwendet, zu unterdrücken. Man achtet auf geputzte Schuhe und gebürstete Stulpen.

Die bittere Witzelei hat ihren Grund nicht allein in der "Heimatlosigkeit" des Autors, sondern auch in den Erlebnissen und Erfahrungen, die er als Kulturaktivist auf dem Dorf sammeln konnte.

Es hat sich gezeigt, dass Bedürfnisse, die man sieben elternlos ist, nicht nur eine Vielzahl von Marktbevölkern betreffen. Vor allem die Jüngeren unserer Gemeinde waren und sind von der kulturellen Wüstei betroffen. Wir beschlossen deshalb gegen diese Brache etwas zu unternehmen. Wir, das sind ein paar junge Mitbürger aus dem Markt St. Martin in Graz. Nun verfällt man als "Gebildeter" oder leichter als Verführer des eigenen Ausbildung. Nur Überruht, nimmt die Kulturbegriffe in Inhalt und Wort. Gleich einem Missionar zieht man dann durch das Dorf. Doch nicht nur die zu konsumierenden Angebote bleiben im Rahmen "klassischer" Bildung, auch die Aktiven zu Problemlösungen anregenden Veranstaltungen fallen aus ihm nicht heraus. Kultur und ihre Erzeugung wird zur Ware der Freizeitindustrie. Gesondert von den Dingen der Praktischen Erziehung, die den Erbauung der Erkenntnis, die mehr "Offenbarung" ist als Hilfe. Probleme der Menschen auf dem Land werden nur in jenem Teil des "Kulturtags" angesiedelt, der sie in die zerfallende Gesellschaft wieder integrieren kann, oder dies zu können vorgibt. Nehmen nun die Menschen auf dem Dorf die "Kulturproduktion" selbst in die Hand, sie sieht nun gleich den Sprung in Kletches und der Putzigkeit weiter weichen.

Die einen betrachten das Land als den heiligen Urquell völkischer Kultur, sie deln auf Boden und Scholle. Für sie gibt es einen Zerfall des "Erbreben". Ihre Bestrebungen laufen auf die "Aufzündung" der "Erbohr"-Kultur hinaus. Dann gibt es die zweiten, die in all dem, was man auf dem Land als "heimisch" ansieht, einen Talbau für die Sonnenindustrie und des Heimatbottentourismus sehen. Und schließlich die dritten, sie fließen aus den "Hochburgen" des Kapitalismus in die "klare" Luft des Landes. Dort will sie das Wahre finden. Was sie aber suchen, ist nur die "Ware", die sich gegen alles tauschen lässt und dabei einen selbst nicht in einen Sache macht. Sie sind enttäuscht, dass die Falle des Kapitalismus rent. "Small is beautiful" empfehlen sie und verkennen, dass ihr "Landleben" auch nur ein Angebot des allmächtigen Warenkatalogs des Kapitalismus ist.

In unserem Dorf standen wir und stehn wir diesen drei Kulturrerstaaffeln gegenüber. Man muss gerechterweise bekennen, dass sich die Gruppe der Kulturbauern selbst aus Angehörigen des oben genannten Mannschaften zusammensetzt.

So bauen einen alten Ältere für die "neuen" Götter, die anderen pflegen die Gräber ihrer gefallenen "Heldenkultur". Die Bewohner des "flachen" Landes schließen sich bleiben die ewig Geschäftigen. Es gilt also scharf zu machen gegen den Breiberg; sein Mus ist der Schnus der Wörter, die der Kultur und dem Land auf die Füße hauen. Sein Scheit auf machen wird es auch gegen die Realität der zerstörerischen kapitalistischen Kultur, die jedem Menschen als Einzelnen von seiner Familie, von seiner Gruppe abtrennt. Als Überdrift zu einem Fahrplan für eine "Kultur auf dem Land" sei hier Ernst Bloch zitiert: "Die vergangenen wie lebenden wie künftigen Kulturen konvergieren einzig auf einem noch nirgend zuverlässig manifestieren, doch nur zureich end antizipierbaren Humanum". Tübinger Einleitung zu "die Philosophie", Band 1, 2. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1971, S. 262.

#### Vorrede; Versuch 2

Als Kind des Landes, nämlich des "flachen", habe ich schon viele Kultivierungen durchgemacht über mich erwerben lassen müssen.

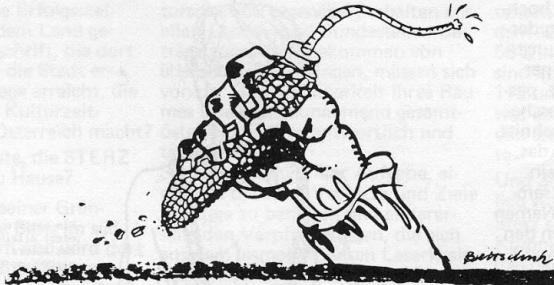
Geboren in einem Weiler, aufgewachsen in einem Marktflecken und ausgebildet in der Landeshauptstadt, war der Weg gezeichnet mit Steinen der Anpassung, die für unsreinen von Lande bereitgehalten werden.

Man dient sich hoch.

Was gefordert wird, sind Vierzig und Unterwerfung. So kämpft man nicht nur gegen die auskriminierten Ausgangsbedingungen, sondern auch gegen noch nicht erlernte und durchschauten Herrschaftsmechanismen.

Unter diesen Bedingungen beginnt man sich selbst auf das Maul zu schauen, korrigiert sich schon vor der erwarteten Rüge und verwirkt alles, was einmal etwas bedeutet hat. Man versucht, von den Handzeichen des Vaters loszukommen, bemüht sich, die Wörter, die die Mutter gerne verwendet, zu unterdrücken. Man achtet auf geputzte Schuhe und gebürstete Stulpen.

**Heribert Watzke**  
**Götter, Gräber und Geschaße**



Wien ist des STERZens "Mann in Wien". Sie macht die Wien-Beilage, die die dortigen STERZ-Koch- und Konsumsehnsüchte befriedigen soll. Wieso Wien? werden möglicherweise einige Steirer befremdet fragen. Ein weiteres Ingredienz im STERZ-Rezept ist das des Dialogs, des Gedankenaustausches wie der zwischen Stadt und Land und in diesem Fall zwischen Bundesla(e)n-dern und der Bundeshauptstadt.

Zwar glauben die STERZler, daß in Zeiten des Telefons und der gut ausgebauten Verkehrsverbindungen, des hochentwickelten Medienviertelbundes von Radio, Fernsehen, Zeitschriften und Zeitungen kulturelle Informationen auch auf dem Land in hohem Maß zugänglich sind, und der allgemeine Zuzug vieler Kreativarbeiter in die Ruhe und Beschaulichkeit des Landes verbessert die Lage zusätzlich, aber immer noch sind die großen Städte der Ort, wo Wesentliches auf dem Sektor von Kunst und Kultur entsteht und passiert. Doch das Land entwickelt sich zusehends zu einem ernstzunehmenden Dialogpartner, wie sonst wäre wohl der kometenhafte Aufstieg von STERZ zu erklären.

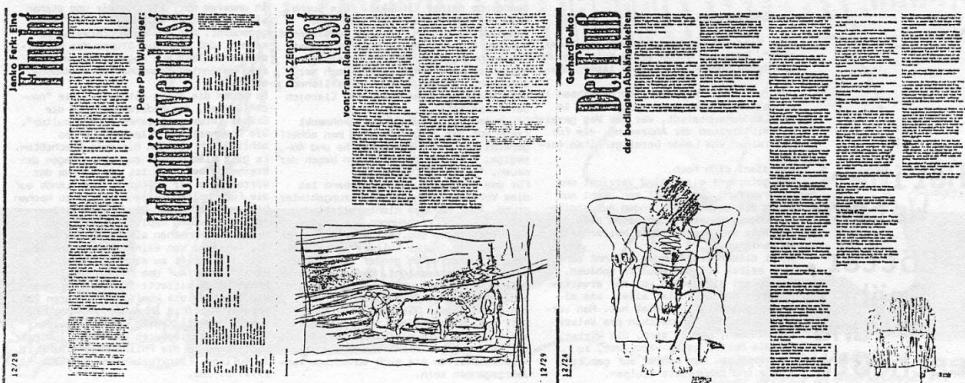
Sterz ist zu einer Lawine geworden, die die, die sie losgetreten haben, zu verschütten droht. Die redaktionelle Arbeit, die Verwaltung und

die Beschaffung der nötigen Geldmittel nehmen immer mehr Zeit in Anspruch, ganz abgesehen von der Produktion der Druckvorlagen, bei der die gestalterische Komposition, das Lay-out, mit der Schlußredaktion zusammenfällt. – Und darin liegt vielleicht auch einer der Reize von STERZ, daß Redaktion und Produktion in einer Hand liegen, daß Form und Inhalt aus einem Guß sind, handwerklich hergestellt, die Überschriften selbst von alten Holz- und Bleisätzen abgezogen, der Satz auf einem eigenen Setzgerät gefertigt, sodaß alle Möglichkeiten des Offsetdrucks voll ausgeschöpft werden können.

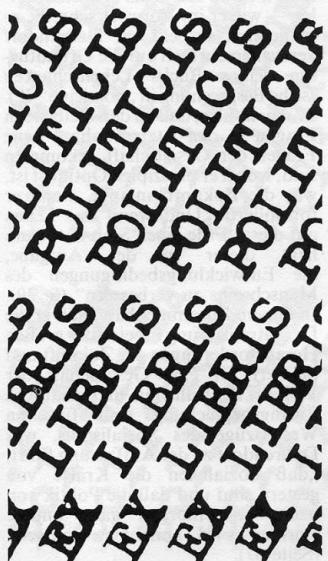
STERZ gibt es in fast allen Grazer Buch- und Zeitschriftenhandlungen, und in vielen steirischen und einigen Wiener Buchhandlungen.

Anfragen an die Adresse 8552 Eibiswald 220, Abos oder Kostproben an 8430 Leibnitz, Leop. Feßlerg. 28.

oder ihre "Sandkiste", wie es im Innenumschlag des 12er-STERZes heißt. Gerald Brettschuh, zuständig für bildende Kunst, ist ein Maler und Grafiker, der nach langer Wanderschaft wieder in seinem südsteirischen Heimatort Arnfels zurückgekehrt ist, Kurt Franz ist in Eibiswald zu Hause und ißt dort das harte Brot des freien Schriftstellers. Mit seinen hintergründigen Stücken ist er eben im Begriff, "die Bretter, die die Welt bedeuten" zu erobern. Er betreut im STERZ den weitgespannten Sektor der Literatur. Gernot Laufer, Architekt in Graz, betreibt den kulturpolitischen Teil des STERZ-Geschehens. Zusammen mit Brettschuh zeichnet er auch verantwortlich für die äußere Erscheinungsform der Zeitschrift, für das Lay-out. Marlies Breier, Brettschuh's Schülerin aus seiner Zeit auf der Anwandten in Wien, mit Doppelwohnsitz in Oberedelstauden und



# EX LIBRIS POLITICIS



## Schlchte Gedanken gegen komplizierte Techniken

Die Technik als neutrales Instrument, durch den vorwärtsstrebenden Geist des Menschen zu immer neuen Triumphen vervollkommen, einsetzbar für jeden beliebigen Zweck, ein williger, dem Menschen jeweils dienstbarer Geist — die Zeit jener Attribute scheint für die Technologien jeder Art weitgehend vorbei zu sein. Immer mehr wird die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß jenes neutrale Vehikel „Technik“ hintertrücks die Macht ergriffen zu haben scheint: Nicht im Sinne einer politischen Revolution, aber durch eine revolutionierende Verwandlung unserer Lebensstile, durch die Usurpation unserer Vorstellungskraft, durch die Setzung der Grenzmarken unserer Wahlfreiheit. E. F. Schumacher kann nicht nur für sich in Anspruch nehmen, einen „Weltslogan“ für eine neue Befindlichkeit bestimmter Gruppen in den siebziger und achtziger Jahren unseres Jahrhunderts mit seinem „Small is beautyfull“ geprägt, sondern auch auf diese „Technologisierung“ unseres Lebens frühzeitig aufmerksam gemacht zu haben. Seine „Rückkehr zum menschlichen Maß“ hat vor allem die technologischen Fragen erörtert, sein „Rat für die Ratlosen“ philosophische Hinweise zum sinnerfüllten Leben gegeben. Das vorliegende Buch

**E. F. Schumacher: Das Ende unserer Epoche. Reden und Aufsätze, Rowohlt-Verlag, Hamburg 1980**  
faßt eine Reihe von Vorträgen, in der Mitte der siebziger Jahre in den Vereinigten Staaten gehalten, zusammen; es ist somit nicht zu erwarten, daß sich hier plötzlich jene soziologische Subtilität entfaltet, die schon in den anderen genannten Büchern am Platz gewesen wäre. Die Erwartung, daß Schumacher sein Credo auch in diesem Band sprachgewaltig, anekdotenhaft, in flüssiger Rhetorik, plastisch und verständlich an den Mann und die Frau bringt, wird nicht enttäuscht. Die Industriegesellschaft wird, so meint Schumacher — mit einigen guten Gründen — vorauszusehen, ein schlimmes Ende nehmen; Marx, das Evangelium und einige weitere Referenten lassen sich dafür benennen, die Neigung, alles immer größer, komplizierter, kapitalintensiver und gewalttätiger zu machen, kann als Begründung dienen. Der Gegenvorschlag: „Laßt euch gefälligst etwas einfallen und macht die Dinge menschlicher.“ Und das bedeutet nach Schumacher und seinen Jüngern: kleinere Betriebe, weniger komplizierte Verfahren, mittlere Technologien; einfache Produkte und Prozesse, die auch in unterentwickelten Ländern herstellbar und

einsetzbar sind, die aber auch den überentwickelten angetragen werden. Ein schlichter Gedanke — vielleicht nur deswegen da und dort ein wenig verwirklichbar. Diese Hoffnung bleibt uns.

Manfred Prisching

## Grundsatzprogramme in der Perspektive

Es gibt Bücher, deren Notwendigkeit unbestritten ist; bei dieser je nach Standpunkt lapidaren oder gewagten Aussage muß nicht unbedingt an Kochbücher und Reiseführer gedacht werden; auch die „Delikatessen“ ideologischer Diskussionen und die Exkursionen in die Gefilde grundsätzlicher politischer Auseinandersetzungen mögen dabei ins Auge gefaßt werden. Klaus Berchtold hatte 1967 „Österreichische Parteiprogramme 1868 — 1966“ in einem Band zusammengefaßt; das Handbuch war mittlerweile durch Aktivitäten der Grundsatzprogrammbastler in allen Parteien überholt. Eine neue Zusammenfassung liegt nun vor:

**Albert Kadan und Anton Pelinka: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, Verlag Niederösterreichisches Pressehaus, St. Pölten 1979.**

Nicht nur die gültigen Programme der Parteien (ÖVP 1972, SPÖ 1978, FPÖ 1968 und 1973, KPÖ 1974), sondern auch deren wichtigste Voraussetzungen sind in diesem Band vereinigt; übersichtliche Absatzziffern und Randverweise im aktuellen Teil machen einen raschen Zugriff auf die zum Vergleich gesuchte Thematik der anderen Parteien möglich. Aber nicht nur die Dokumentation der Polit-Papiere, sondern auch ihrer funktionellen, komperativen, historischen, inhaltlichen Analyse widmen sich die Autoren. Viel Bekanntes wird dabei kurz wieder einmal referiert, und das ist gut so: die Unterscheidung von Grundsatz- und Aktionsprogrammen, die Außen- und Innenfunktion von Ideologiediskussionen und Parteiprogrammen, die grundsätzlichen inhaltlichen Positionen „links“ und „rechts“ der „Mitte“, die ideologische „Konvergenz“ von „Volksparteien“, das Dilemma von breiter Programmatik für Wechselwähler und Grundsatzverpflichtung für die Getreuen, jenes von kurz- und langfristigem Denken der Politiker, der Einfluß von Programmtradien usw. Immer wieder drängt sich dem Leser bei allgemeinen politologischen Erörterungen die politische Aktualität auf; etwa wenn die „Sogwirkung der demokratischen Parteienkonkurrenz“ auf den (zurückhaltend formulierten) Nenner gebracht wird: „Wenn diese Partei zu der begründet

ten Auffassung kommt, bestimmte Aussagen wären für den Wahlsieg günstig, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß eben diese Aussagen gemacht werden.“ Auch Grundsätze werden dem Wahlkalkül unterstellt, werden stimmenmaximierend vermarktet — oder überhaupt beiseite geschoben: Das Erscheinungsbild der Parteien (und der von ihnen requirierten Symbole) „in seiner emotional stärksten Form ist reduziert auf die Idylle des „glücklichen Verbrauchers“, dem von allen Seiten eine „sichere Zukunft“ versprochen wird.“ Die unendliche Harmonie auf allen Seiten beruht auf einer Reihe nachweisbarer Konvergenzen von ÖVP und SPÖ: im Demokratie-, Gesellschafts-, Religionsverständnis. Auch wenn die diesbezüglichen grundsatzprogrammatischen Äußerungen letztlich wenig praktische Konsequenzen zeitigen: „Welche Politik die Parteien tatsächlich machen“, so Pelinka, „kann nur sehr indirekt, kann in vielen Fällen überhaupt nicht von den Grundsatzprogrammen abgeleitet werden. Grundsatzprogramme sind nicht Fahrpläne, von denen der Ablauf konkreter Politik abgelesen werden kann. Dennoch sind Grundsatzprogramme wichtig. Alle ihre Funktionen zusammengefaßt, sorgen die Grundsatzprogramme für eine erhöhte Legitimität der Parteien und damit unserer Demokratie.“ Demnach ist auch das besprochene Buch wichtig; als Beitrag zu der vom Wähler zu erarbeitenden Information, inwieweit Schein und Realität einer Partei einander entsprechen.

Manfred Prisching

## Muß die Jugend aussteigen?

Reimar Oltmanns

Du hast keine Chance, aber nutze sie  
Eine Jugend steigt aus  
Rowohlt Verlag, Reinbek bei  
Hamburg 1980

Ein ziemlich gutes, aber erschreckendes Spiegelbild der Situation der deutschen Jugend, ihrer Stellung zur Gesellschaft und vor allem auch der Haltung der etablierten politischen Kräfte ihr gegenüber gibt dieser Report des Journalisten Reimar Oltmanns. Der Autor hat sich offensichtlich eingehend in der deutschen Alternativszene umgeschaut und berichtet wirklichkeitsnah aus ihr. Vor allem zeigt er das ganze Dilemma der deutschen Gesellschaft und Politik auf, die durch eine tiefe Polarisierung und ein gegenseitiges Verständnis zwischen etablierten Kräften und der kritischen Jugend gekennzeichnet ist, es präsentieren sich zwei verschiedene Welten: Kultur und Gegenkultur. Vor allem wird auch deutlich, warum die enttäuschten Hoffnungen, die vor

allem Studenten zur Zeit der Studen tenrevolte in Brandts SPD gesetzt haben, in eine derart ablehnende Haltung gegenüber dem Staat umgeschlagen haben. Ein Buch, das uns in Österreich dazu mahnt, das Gespräch mit Alternativ-, Jugend- und Randgruppen nicht abreißen zu lassen, um ähnliche Situationen zu vermeiden.

## Demagogie um Technik

Karl Steinbuch

Diese verdammte Technik

Tatsachen gegen Demagogie

Herbig-Verlag, München 1980

Mit einem Großaufgebot von prominenten Autorennamen — wie etwa Theodor Heuss und Albert Speer — versucht Karl Steinbuch gegen die Demagogie gegenüber der Technik zu Felden zu ziehen, wie sie zweifellos in gewissen Alternativgruppen vorherrscht. Viele heikle Fragen von der Atomenergie bis zur Umweltbedrohung durch Chemikalien werden in interessanten Abhandlungen aufgegriffen. Im großen aber herrscht ein Fortschrittsoptimismus vor, der Großtechnologien in Kauf nimmt und selbst auch vor demagogischen Untergriffen nicht haltmacht. Ein Buch jedenfalls, das nicht unbedingt die Kluft von Technikern und ihren Kritikern überwinden hilft.

## Umstrittene „Meinungstheorie“

Elisabeth Noelle-Neumann

Die Schweigespirale

Öffentliche Meinung — unsere

soziale Haut

Piper & Co Verlag, München 1980

Elisabeth Noelle-Neumann macht nicht nur mit präzisen Voraussagen von Wahlergebnissen von sich reden, sondern insbesondere auch durch umstrittene Interpretationen zum Thema öffentliche Meinung. Die Schweigespirale ist so eine, wobei Noelle vor allem behauptet, daß das überwiegend sozial-liberal eingestellte journalistische und technische Personal der Medien, insbesondere des Fernsehens, 1976 wesentlich das deutsche Bundestagswahlergebnis zugunsten von SPD und FDP beeinflußt hat. Eine heftig diskutierte und angezweifelte These, die allerdings nur einen kleinen Teil des Buches ausmacht. Wesentlich weniger umstritten ist eine andere Beobachtung der Meinungsforscherin, nämlich, daß der Bekennertum der einzelnen Parteianhänger (Tragen von Abzeichen, Aufkleber, Optimismus im Gespräch) einen wichtigen positiven Einfluß auf das Wahlergebnis hat — was auch spiegelverkehrt gilt. Äußerst instruktiv ist Noelles polit-historische Abhandlung über

den Begriff „öffentliche Meinung“ im Laufe der Jahrhunderte, die bis Rousseau und Tolueville zurückgreift.

## Pragmatische Europaperspektive

Werner Weidenfeld

Europa 2000

Zukunftsfragen der europäischen Einigung

Olzog Verlag, Sonderreihe Analysen und Perspektiven, Band 3, München 1980

Der junge Mainzer Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld zeigt in diesem knapp gefaßten Taschenbuch prägnant die europäische Problematik auf und entwickelt eine realistische und pragmatische Zukunfts perspektive. Erfrischend ist, daß Weidenfeld das Europaproblem nicht so sehr unter dem Blickwinkel technokratischer Detailfragen, sondern vor allem auch von einem umfassenden — auch zeithistorischen — Standpunkt aus betrachtet.

## Neue Aufgaben für Liberale

Ralf Dahrendorf

Der Liberalismus und Europa

Fragen von Vincenzo Ferrari

Piper & Co Verlag, München 1980

In einem Gespräch mit dem italienischen Journalisten Vincenzo Ferrari formuliert der bekannte deutsche liberale Theoretiker und Direktor der Londoner „School of Economics“, Ralf Dahrendorf, in einer für die praktische politische Orientierung anregenden Pointiertheit, die ihm selbst als Wissenschaftler — wie er im Vorwort schreibt manchmal suspekt ist. Dahrendorf verweist mehrfach auf die Grundthesen seines Buchs Lebenschancen (siehe Besprechung in „politicum“ 1). Er macht klar, daß zu den bleibenden Fragen in den letzten Jahren neue Fragen der Gesellschaft gekommen sind, wobei er prinzipiell Optimist ist, was die Zukunft anlangt, wenn er formuliert: „Und wenn das Leben auf dieser Erde einen Sinn hat, dann liegt dieser in der Aufgabe, die Entwicklungsbedingungen des Menschseins zu verbessern“ (S. 39). In diesem Zusammenhang hält er die Dezentralisierung für eine der großen Herausforderungen der Zukunft und plädiert für eine Gesellschaft der Vielfalt. Zentralismus und staatliche Zwangsbeglückung sind für ihn Wesenszüge des Sozialismus, was Dahrendorf zu der Auffassung führt, „daß Sozialisten die Kräfte von gestern sind und daß die Politik von heute und morgen ganz andere Formen wird annehmen müssen“ (Seite 67).

Diese Aussagen werden in dem Interview für die verschiedenen Bereiche von Gesellschaft und Politik variiert und sind insbesondere auch

deshalb auffällig, weil Dahrendorf als einer der geistigen Geburtshelfer des deutschen sozial-liberalen Bildnisses 1969 gilt.

## **Liebe Freunde**

*Einige Bemerkungen zur ersten Nummer dieser neuen Zeitschrift seien mir gestattet:*

Einige Leute haben zum Teil bereits jenes Sensorium, das G. SPERL in seinem Beitrag fordert. Der Mut der Redaktion, heutzutage eine Zeitschrift mit den Idealen kritisch, offen und parteilich herauszugeben, zeugt davon. Die (Über-)lebensberechtigung der Zeitschrift wird sich zeigen an der Fähigkeit, die Offenheit gegen die Parteilichkeit zu verteidigen.

Nur — in einem Punkt siegt bereits jetzt in einer beinahe beängstigend typischen Weise die (volks-)parteiische Einstellung — in puncto Frauen. Daß gleich in der Eröffnungsnummer eine Frau zu Wort kommen würde, war nicht zu erwarten. Aber auch in den geplanten Nummern entdecke ich keinen Hoffnungsschimmer. Hoffentlich gibt es auch im ÖVP-(Um-)Kreis einige Leute, die darüber nachdenken, was andere bereits seit einiger Zeit mit mehr oder weniger Geist vordernen. Denn nur wenn auch frauliche Be trachtungsweisen miteinander werden, kann jenes Spektrum an Meinungen erreicht werden, welches eine kritische (auch selbstkritische) Zeitschrift von sich fordern muß.

Mit freundschaftlichen Grüßen  
Claus Albertani

Dieser erste Leserbrief soll zugleich Ermutigung zu weiteren kritischen oder auch zustimmenden Äußerungen unserer Leserschaft sein.

# Als Abonnenten begrüßen wir:

Ing. Hans ALFONS, Hartberg  
Ing. Erich AMERER, Graz  
Dr. Gabriele ABESSER, Graz  
Franz AUTISCHER, St. Lorenzen/M.  
General Albert BACH, Graz  
Dr. Alois BAUMANN, Graz  
Statrat Dipl.-Ing. Oskar BEER, Graz  
Benediktinerstift Admont  
Bildungsinstitut f. Sozial- und Wirtschaftskunde, Linz

Bischöfliches Seminar, Graz  
Bischöfliches Ordinariat, Graz

Rudolf BLODER jun., Ilz  
Dr. Herwig BRANDSTETTER, Graz  
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER, Graz  
Caritas d. Diözese Graz-Seckau, Graz  
Leopold CERNY, Laxenburg  
Prof. Heinrich CHARUSA, Graz  
Dipl.-Ing. Geri CLODI, Graz  
Mag. pharm. Dr. CORDES-POPOVIC, Graz  
Detektivbüro Graz  
OSIR, Prof. Dr. DEMBACHER, Graz  
Dr. Wolfgang DICCHOC, Graz  
Dipl.-Ing. DÖMWEBER, Fürstenfeld  
Gen.-Dir. Dr. Georg DOPPELHOFER, Graz  
Johann DREXLER, Pinksfeld/Bgl.  
Dipl.-Ing. Dieter EIGNER, Graz  
Herbert EGGER, Kleinlobming  
GR, Dipl.-Ing. Enrico EUSTACIO, Graz  
Hotel Erzherzog Johann, Graz  
Anton FALZBERGER, Mürzzuschlag  
GR, Peter FAUSTER, Graz  
Dipl.-Ing. FENEBERG, Graz  
Univ.-Prof. Dr. Günther FETTMEIER, Leoben

FEISCHHACKER, Graz  
Ernst FINK, Feldbach

Maria FRANIA, Feldkirchen

Hermann FREISMUTH, Murau

Dipl.-Ing. Karl FRIEDL, Graz

Dr. Magdalena GADERER, Graz

DDR, Karl GASTGEBER, Graz

Univ.-Prof. Dr. Herbert GEYER, Graz

Dr. Hermann GEISSLER, Mixnitz/Mur

Dr. Ottokar GERNROSS, Graz

Dipl.-Ing. Leonhard GEISSMANN, Graz

Dipl.-Ing. GLAWISCHNIG, Liezen

Albin GÖLKER, Gröbming

Dr. Ewald GOSCHNIG, Gleichenberg

OSR, Prof. Dipl.-Ing. Titus GRUBER, Irnding

Josef GÖSCHIEL, Graz

Dr. Max GUTSCHREIDER, Leoben

Roman GUSEL, Graz

Dr. Hans GUETTER, Graz

Oskar HABERLANDT, Graz

NRAbg. Dr. Hans HAFNER, Graz

Ing. Peter HAFEGGER, Kapfenberg

Wilfried HAIDACHER, Graz

Walter HALLING, Kapfenberg

Dr. Albert HAMMER, Graz

MR, Dr. Helmut HAMMER, Graz

Hofrat Dr. Karl HAMMER, Hartberg

Meinrad HANDSTANGER, Graz

Prim. Dr. med. Karl HARNONCOURT, Graz

Univ.-Prof. Dr. Philip HARNONCOURT, Graz

NRAbg. Dr. D. Adolf HARWALIK, Graz

Bezirksvorsteher Othmar HAIDER, Graz

Dipl.-Ing. Günther HASEWOLD, Graz

Vzbgm. Dipl.-Ing. Franz HASIBA, Graz

Prof. Mag. phil. Günther HASPETER, Stainach

Dr. Hans HEGENBARTH, Graz

Dipl.-Ing. Heiner HERZOG, Graz

Gerhard HERTLICH, Heimschuh

Franz HILBERGER, Fehring

Arch. Dipl.-Ing. Erich HILLBRAND, Graz

Dr. Siegfried HILLECKER, Graz

Arch. Dipl.-Ing. HOLUB, Graz

Arch. Dipl.-Ing. Helmut HOFFMANN, Graz

Bundesrat Otto HOFMANN-WELLENHOF, Graz

WINTER-HOLZINGER, Graz

H. Martin HOFF, Graz

Dir. Richard HOHNERLEIN, Groß St. Florian

Präz. Comm. Dr. Ernst HÖLLER, Graz

Dr. Alfred HÖSELE, Graz

Günther HUBWIESER, Graz

HUMANIC Aktiengesellschaft, Graz

Dipl.-Ing. HUMMITZSCH, Graz

Marktgemeinde ILZ, Fürstenfeld

Bibiane JANDA, Judenburg

Dr. Markus JAROSCHKA, Graz

Junge ÖVP Waltendorf, Graz

Hofrat Dir. Monsignore Wilhelm KAHLBACHER, Graz

Julia KAINZER, Kapfenberg

Ing. KAIPER, Graz

Dr. J. KALTENEGGER, Steirgarn

Dir. Dipl.-Ing. Othmar KAMMERHOFER, Leoben

LAbg. Dr.-Stv. Richard KANDUTH, Admont

Anton KANDUTHOFER, Pollau

Prof. Franz M. KAPFHAMMER, Graz

Peter KAPFER, Graz

Dr. Elirnz KEIFL, Graz

Dr. Rudolf KELLERMAYR, Graz

Wilhelm Kainz KERN, Feldkirchen

Dieter KIEGEL, Graz

Hans KINSKY, St. Ruprecht/Raab

Leopold KNITTELFELDER, Graz

Dr. Peter KÖRP, Graz

Dipl.-Ing. Hans KOTTULINSKY, Neudau

Dr. Peter KOREN, Graz

Rosa KOWALD, Neusiedlersberg

Dr. Gabriele KÖSSLER, Linz

Karl KLUGER, Graz

Bgm. Anton KOBER, Pischelsdorf

Magdalena KRAMER, Graz

Arch. Mag. Ing. Anton KREMNITZER, Hartberg

ORR. Dr. K. KRANICH, Graz

Landesrat Dr. Josef KRAINER, Graz

Dipl.-Ing. Dr. KRIEBERNEG, Graz

Prof. Dr. Karl KUBINZKY, Graz

Dipl.-Ing. Dr. techn. Richard KUNG, Graz

NRAbg. Karl LAUFER, Rohr

Dr. Dora LAUFER, Graz

Maria LAUTNER, Rettenegg

Prof. Dr. Engelbert LACKNER, Graz

Leopoldine Stink., Graz

Ing. Roman LEITGEB, Graz

Univ.-Prof. Dr. Peter LECHNER, Graz

Mag. Fritz LEMMER, Graz

Serbian Berichte, Seewalchen

Ing. Johann LÖCKER, Hausmannstätten

Sägewerk LUSSMANN, Gams b. Hieflau

Dir. Dr. Gerold LANG, Graz

Johann LERBEGG, Kroisbach/Ktn.

Gemeinde LÖDERSDORF, Feldbach

Dr. med. Adalbert LUBETZ, Leibnitz

Mag. Otto MAERTENS, Graz

Dr. Karl MAIER, Knittelfeld

Johannes MARBÖCK, Graz

Dipl.-Ing. W. MARIACHER, Graz

Dr. Adolf MATTNER, St. Martin

Josef MATZER, Lohngraben

Dir. Mag. Helmut MAYER, Fürstenfeld

Arch. Dipl.-Ing. Jörg MAYR, Graz

Karl MAYER-ÖBUT, Aigen

OSR, Mag. Matthias MAYER, Judenburg

Bgm. Ing. Erich MEINZ, Trautentals

Hofrat Mag. Gerhard MELZER, Graz

Univ.-Prof. Dr. Helmut MEZLER-ANDELBERG, Graz

Univ.-Prof. Dr. Hermann MITTELBERGER, Graz

Dir. Ing. Hans MORITZ, Kapfenberg

Franz MORITZ, Graz

Dir. F. MOSHAMMER, Liezen

Hofrat Prof. Dr. Eduard MOSER, Graz

Johann NEUHOLD, Unterpremstätten

Gertraud NEUREITER, Graz

Hofrat Dr. Erich NOPP, Graz

Dr. Jan OHMS, Graz

ÖVP-Bezirksparteileitung Graz-Mariatrost, Graz

ÖVP-Hauptbezirksparteileitung, Fürstenfeld

ÖVP St. Peter/Freienstein

ÖVP-Stadtteilleitung, Mürzzuschlag

Öster. Wohnbaugemeinschaft, Graz

Ferdinand PÄCHERNEG, Schladming

Dipl.-Ing. Herbert PAIERL, Graz

Dir. i. R. Dr. Franz PAIL, Graz

Stadtrat Dr. Heinz PAMMER, Graz

Wolfgang PANNOLD, Graz

Bildungszentrum PANNONIAHAUS, Loipersdorf

Pädagogische Akademie d. Diözese Graz-Seckau, Graz

Dr. Arthur PASQUALI, Graz

Rudolf PAULICEK, Grambach

Ing. Adolf PELLISCHEK, Feldkirchen

Johana PENDL, Spar-Markt, Bad Radkersburg

LAbg. Dr. Friedrich PFOHL, Graz

Kaufhaus Ges.m.b.h. PITZER, St. Georgen

Dr. Rudolf PIEBER, Graz

Franz PICHLER, Deutschlandsberg

Dipl.-Ing. PLANK, Graz

Josef PLANK, Öblarn

Dipl.-Ing. Dr. Hugo POINTNER, Graz

Emmerich PODHÖVNIK, Graz

Politische Akademie der ÖVP, Wien

Prof. Josef POLLAK, Stainach

Karl POLZ, Graz

Hofrat Dr. Fritz POPPMEIER, Graz

Dr. med. Anna POPOVIC, Graz

Josef PREGARTNER, Weiz

Dipl.-Ing. Werner PUFF, Graz

Dr. Alois PUNTIGAM, Graz

Dipl.-Ing. Max PUMPERNIG, Wien

BR. Herbert PUMPERNIG, Graz

Reinhold PURR, Gr. St. Florian

Edwin RAINER, Graz

Karl REINISCH, Graz

Peter RIESER, Obdach

Mag. Werner RINNER, Graz

LAbg. Hermann RITZINGER, Neumarkt

Erich ROBNIK, Graz

Dipl.-Ing. Robert ROSSIN, Graz

Prof. Frieda RUCKGABER, Leoben

Wirkl. Hofrat Dr. Manfred RUPPRECHT, Graz

Peter SAFRANEK, Feldbach

Dr. Alois SATTLER, Graz

Dr. Peter SOMMERSGUTER, Hartberg

Josefa SOTILL, Kapfenberg

Dr. Karl SOMMER, Graz

Franz SCHÄFER, Graz

Dr. Dr. Erich SCHELLANDER, Graz

Dr. Ludwig SCHERER, Graz

Dr. Hans SCHMEISER, St. Stefan i. Rosental

Dipl.-Ing. SCHNEIDER-MANNS-AU, Graz

Liselotte SCHIFFNER, Graz

Dr. Hans SCHIFPKO, Murau

Komm.-Rat Hans SCHMAUTZ, Graz

Dipl.-Ing. Johann SCHMIDT, Feldbach

Prim. Dr. Rose SCHMIDT, Knittelfeld

Hannelore SCHNUDERL, Rottenmann

Prim. Dr. DR. SCHILL, Graz

Dr. Elisabeth SCHMITZ, Wien

Jürgen SCHMIDT, Knittelfeld

Dr. Werner SCHMÖLZER, Bruck

Dr. Franz SCHRANK, Graz

S. D. Fürst zu SCHWARZENBERG, Wien

Reinhard SCHWARZENBERGER, Attendorf

Dir. Ferdinand SCHWARZ, Straß

Dir. Ludwig SCHWARZ, Graz

Prof. Herbert SCHWETZ, Graz

Karl SCHWEIGHOFER, Graz

Maria SCHWEIGHOFER, Alteritz

Dr. K. SCHWER, Gams

Helmut SCHÜTZ, Bad Radkersburg

Dr. G. SPERL, Leoben

Friedrich STANGL, Lassing

Dieter STARKA, Graz

Dr. Reinhard STANZEL, Graz

Reg.-Rat. Johann STÄFLER, Graz

Oberst i. R. Ing. Herbert STEFFL, Graz

Steirisches Wasserwerk u. ElektrizitätsAG, Graz

Dipl.-Ing. Reinhold STÖCKLER, Graz

Dr. Paul TAVI, Lavamünd

Ing. Manfred TROISCHNIG, Graz

Volksschule Mixnitz, Mixnitz

David WAGENHOFER, Gleisdorf

Günther WALTTL, Graz

Ing. Andreas WASTL, Graz

Med.-Rat Dr. WATZINGER, Graz

Univ.-Doz. Dr. Kurt WEINKE, Graz

DDr. Alfred WEIZENDORF, Leoben

Dr. Leopold WIESMAYER, Graz

Norbert WINKLMAIER, Graz

Mag. Robert WINTER, Graz

Wolfgang WRATSCHGÖ, Gleisdorf

Dr. Ernst WUSTINGER, Graz

Dipl.-Ing. Karl ZANKL, Thörl

Prof. Dr. Georg ZECHNER, Graz

Konrad ZEILER, Niederöblarn

Dkfm. Othmar ZAGA, Graz

Robert ZÖHRER, Graz

Charlotte ZUSSNER, Graz

## Wir danken herzlich für die großzügigen Spenden.